

Einwohnerratssitzung 2016/2017
Protokoll Nr. 9

Sitzungsdatum **Donnerstag, 29. Juni 2017**
Sitzungszeit 13:00 Uhr bis 19:20 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Präsidialdienste	
Direktwahl	041 329 63 09	29. Juni 2017

Anwesend	Präsident	Raphael Spörri
	Einwohnerrat	29 Mitglieder
	Gemeinderat	5 Mitglieder Judith Luthiger-Senn (bis 15:30 Uhr) Lothar Sidler (bis 15:30 Uhr)
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Janine Lipp

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 436 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 6</u> vom 16. März 2017 | | Seite 436 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindeinitiative: Für ein staufreies Kriens | Nr. 056/17 | Seite 437 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Mülirain, 1. Lesung | Nr. 059/17 | Seite 450 |
| 5. | <u>Postulat Camenisch:</u> Gesamtverkehrskonzept an die richtige Stelle
<i>Begründung</i> | Nr. 040/17 | Seite 455 |
| 6. | <u>Postulat Sigg:</u> Verbesserung des Verkehrsflusses und Erhöhung der Sicherheit an der Amlehn & Schachenstrasse
<i>Begründung</i> | Nr. 041/17 | Seite 459 |
| 7. | <u>Postulat Tanner:</u> Einführung eUmzug in der Gemeinde Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 046/17 | Seite 463 |
| 8. | <u>Bericht dringliches Postulat Büchi:</u> Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil | Nr. 008/16 | Seite 464 |
| 9. | <u>Bericht dringliches Postulat Tschümperlin:</u> Solaranlage Brunnmatt | Nr. 022/16 | Seite 472 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Graber:</u> Verkehrskonzept Kriens – Eigenthal | Nr. 029/17 | Seite 474 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin:</u> Ersatzabgabe für nicht erstellte Parkplätze | Nr. 051/17 | Seite 476 |
| 12. | <u>Motion Zellweger:</u> Frühzeitige Prüfung Sparpaket 2019
<i>Begründung</i> | Nr. 053/17 | Seite 481 |
| 13. | <u>Postulat Ercolani:</u> Fachbegleitungen für Beschaffungen
<i>Begründung</i> | Nr. 057/17 | Seite 490 |
| 14. | <u>Motion Rösch:</u> Planungskredit für Neubau Restaurant Parkbad Kleinfeld
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 058/17 | Seite 495 |
| 15. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 495 |

Neueingangsliste

- Nr. 057/17 Postulat Ercolani: Fachbegleitungen für Beschaffungen
Eingang: 19.05.2017
- Nr. 058/17 Motion Rösch: Planungskredit für Neubau Restaurant Parkbad Kleinfeld
Eingang: 19.05.2017
- Nr. 056/17 Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative: „Für ein staufreies Kriens“
- Nr. 059/17 Bericht und Antrag: Bebauungsplan Mülirain
- Nr. 060/17 Schriftliche Anfrage Portmann: Barrierefreie Toiletten für Menschen mit Behinderung endlich auch in Kriens?
Eingang: 16.06.2017
- Nr. 061/17 Postulat Portmann: Visuell-taktile Markierungen für Sehbeeinträchtigte auch in Kriens?
Eingang: 16.06.2017
- Nr. 062/17 Interpellation Manoharan: Zwischennutzung von leerstehenden, gemeindeeigenen Räumlichkeiten
Eingang: 21.06.2017
- Nr. 063/17 Postulat Camenisch: Namensänderung von „Luzern Süd“ auf Krienser Territorium
Eingang: 26.06.2017

Raphael Spörri begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung unter seiner Leitung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Glaus.

Vorneweg möchte er allen Mitwirkenden für die geleistete Arbeit und Engagement herzlich danken.

Die Demokratie findet bereits circa 50 v. Christus erste Bemerkungen. So ist von Cicero, römischer Politiker, Anwalt, Schriftsteller und Philosoph über das Gemeinwesen zu lesen: „Wenn man nämlich die Vermögen gleichzumachen nicht gewillt ist, wenn die Begabungen aller nicht gleich sein können, müssen sicherlich wenigstens die Rechte derer unter sich gleich sein, die Bürger in demselben Gemeinwesen sind. Was ist denn der Staat [...], wenn nicht die Rechtsgemeinschaft der Bürger?“

Der Einwohnerrat soll versuchen den Auftrag der Bürger, von denen er gewählt ist, zu vertreten. Dies mit bestem Wissen und Gewissen und in Kompromissen. Ein Kompromiss wird übrigens in Wikipedia folgendermassen erklärt: „*Er, der Kompromiss, lebt von der Achtung der gegnerischen Positionen und gehört zum Wesen der Demokratie.*“

Lothar Sidler und Judith Luthiger-Senn verlassen die Sitzung um ca. 15:30 Uhr wegen einer Delegiertenversammlung.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Raphael Spörri keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Raphael Spörri freut sich auf den Einwohnerrats-Ausflug vom kommenden Samstag. Für den Teil am Nachmittag bittet er aus Sicherheitsgründen gute Halbschuhe zu tragen.

Aufgrund der Pendenzenliste kann davon ausgegangen werden, dass die Einwohnerratssitzung vom 28. September 2017 ganztägig angesetzt wird.

Es wurde sicher bemerkt, dass das neue Ratsinformationssystem noch nicht so läuft, wie man sich das gewünscht hat. Alle beteiligten Unternehmungen sind jedoch mit Hochdruck an der Lösung der Probleme. Der Sprechende bittet um Entschuldigung für die Unannehmlichkeiten und dankt für das Verständnis. Es wird alles daran gesetzt, dass das System bis nach den Sommerferien reibungslos läuft und zur Verfügung steht.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Gemäss Judith Luthiger-Senn wurden der Bibliotheksbericht und die Sommeröffnungszeiten verteilt. Es ist eine erneute Steigerung bei der Ausleihe der Bücher, wie auch den Non-Books, festzustellen. Neu können bei der Badi Bücher ausgeliehen werden. Die Abo-Angebote können aus der Broschüre entnommen werden. Nun gibt es auch eine Lösung für wenig Ausleihende.

2. Protokoll Nr. 6 vom 16. März 2017

Gemäss Raphael Spörri sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative: Für ein staufreies Kriens Nr. 056/17

Der KBVU wurde laut Viktor Bienz der vorliegende Bericht und Antrag anhand einer Präsentation erläutert. Die Forderung der Initiative ist ein neues Reglement für die Mobilitätsplanung mit folgenden Grundsätzen:

- Berechnung des künftigen Verkehrs durch die Gemeinde
- Forderung an Bund und Kanton zur nötigen Kapazitätserweiterung
- Prüfung von langfristigen Massnahmen wie Südumfahrung oder Motelstrasse mit Gegenverkehr
- Die Gemeinde Kriens stoppt Kapazitätsreduktionen für den MIV und prüft Kapazitätserweiterungen auf den Gemeindestrassen für alle Verkehrsteilnehmer

Die KBVU ist grundsätzlich für Eintreten auf den Bericht und Antrag, lehnt aber die Initiative grossmehrheitlich ab. Ein möglicher Gegenvorschlag wurde zur Diskussion gebracht. Der Text zum Gegenvorschlag ist jedoch zur Überarbeitung und Ergänzung bis zur Einreichung zurückgegeben worden. Die Kommissionsmitglieder sehen es positiv mit einem mehrheitsfähigen Gegenvorschlag, einen möglichen Rückzug der Initiative zu unterstützen. Die KBVU stimmt dem Beschlusstext mit 4:1 Stimmen zu.

Gemäss Martin Zellweger wurde der Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Für ein staufreies Kriens“ in der KFG behandelt und auch kontrovers diskutiert. In unterschiedlichen Ausprägungen wurde die Thematik der Tunnellösung diskutiert. Vielfach wurde die Südumfahrung via Untertunnelung als einzige Variante und damit logische Schlussfolgerung für einen Kapazitätsausbau ins Zentrum der Diskussion gestellt. Dass die Gemeinde in der aktuellen Finanzlage eine Verschuldung, wie vom Gemeinderat im Bericht dargelegt, für diese Lösung nicht stemmen kann, blieb unbestritten. Allerdings stand nicht für alle die Tunnellösung im Zentrum, sondern die Forderung der Initianten nach Verzicht auf die Reduktion von Kapazitäten sowie die Prüfung von Kapazitätserweiterungen für alle Verkehrsteilnehmer, mit kurz- und langfristiger Ausprägung, aber auch der Einsatz bei Bund und Kanton. Von verschiedenen Seiten wurde die Kommunikation der aktuellen Tätigkeit des Gemeinderates und der Gemeinde in Bezug auf die Verkehrsentwicklung bemängelt. Einerseits scheinen laufende Projekte und deren Wirkung für die Krienser nicht genügend sichtbar zu sein. Auch das bereits fertiggestellte Gesamtverkehrskonzept wurde in der Beantwortung des vorliegenden B+A nicht verwendet oder es wurde zu wenig aufgezeigt, welche Antworten im Konzept auf die Anforderungen der Initiative zu erwarten sind. Ebenfalls angesprochen wurde der zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhandene, jetzt vorliegende Antrag für den Gegenvorschlag. Sämtliche Fraktionen sind auf den B+A eingetreten und dem Beschlusstext wurde mit 5:4 Stimmen zugestimmt.

Für Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, tönt der Titel der Initiative verführerisch. Wer könnte sich ernsthaft gegen staufreie Verkehrsverhältnisse in Kriens wehren? Wahrscheinlich niemand, weil letztendlich alle Verkehrsträger von staufreien Verhältnissen profitieren. Wenn man jedoch die drei Forderungen der Initianten und nun die Antwort und Schlussfolgerung des Gemeinderates, die im Bericht und Antrag vorliegen, anschaut, muss man ganz klar die rote Karte zeigen und mit aller Vehemenz Stopp sagen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist ebenfalls für ein staufreies Kriens, aber auf den Grundlagen und Grundsätzen des Planungsberichtes „Strategie der verkehrlichen Entwicklung“, die im Oktober 2015 vom Einwohnerrat positiv zur Kenntnis genommen wurde. Auf diesen Grundlagen hat die Verkehrskommission in der Zwischenzeit am Verkehrskonzept gearbeitet. Die Forderungen der Initianten zielen in die Gegenrichtung dieser Strategiegrundsätze. Sie fordern einen Ausbau der heutigen Verkehrsflächen

und eine Südumfahrung, was total unrealistisch ist. Die Antwort des Gemeinderates im vorliegenden Bericht und Antrag kommt nun auch mit der Tunnelvariante und Südumfahrung entsprechend utopisch daher. Ein Umfahrungstunnel würde die eindeutig hausgemachten Verkehrsprobleme, mit 6 % Durchgangsverkehr und sage und schreibe 94 % Ortsverkehr, in keiner Art und Weise lösen. Ganz im Gegenteil, er würde zusätzlich Durchgangsverkehr von Seiten Renggloch anziehen. Einzelne Quartiere in Kriens würden massiv von Mehrverkehr belastet werden. Die Horwerstrasse und das nachfolgende Strassennetz, die den Verkehr nach der Tunnelausfahrt aufnehmen müssten, könnten den zusätzlichen Verkehr kaum schlucken. Hat man sich schon einmal vorgestellt, wie sich eine Tunnelausfahrt neben dem Friedhof Anderallmend optisch präsentieren würde? Es wäre ein massiver Einschnitt in das bestehende Orts- und Landschaftsbild. Die erwartete Verkehrsverlagerung durch den Tunnel beträgt ohne flankierende Massnahmen nur gerade 4'000 Fahrzeuge pro Tag. Mit einer Durchfahrtsdosierung und entsprechenden Massnahmen im Zentrum müsste eine Verkehrsverlagerung zum Tunnel erwirkt werden. Dies wäre wiederum kaum im Interesse der Gewerbebetriebe im Zentrum. Wenn man die Kosten des Tunnelprojektes anschaut, kann man mit der momentanen Finanzsituation von Kriens, wirklich nur noch den Kopf schütteln. Gesamtkosten von 150-248 Mio. Franken, davon alleine Planungskosten von 17-27 Mio. Franken. Damit wäre es aber nicht getan, denn es folgen dann jährliche Unterhaltskosten von 3-5 Mio. Franken. Kriens würde wahrscheinlich alleine auf diesen Kosten sitzen, weil sich Kanton und Bund kaum an einem lokalen Verkehrsprojekt beteiligen würden. Das Vier-Säulen Prinzip und der Aufgaben- und Finanzplan werden total über den Haufen geworfen. Die Schulden steigen gegen 400 Mio. Franken an und die Pro Kopf-Verschuldung erreicht somit schwindelerregende Höhen. Eine Steuererhöhung wird wahrscheinlich unumgänglich. Die Initiative stellt ausserdem die ganze Arbeit der Verkehrskommission, in der die Initianten selber vertreten sind, in Frage. Sie fordern ein neues Reglement. Dies würde die Planung und Realisierung der notwendigen Massnahmen massiv verzögern. Man wird nur mit einem konstruktiven Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger zum gewünschten Ziel kommen. Die räumlichen Verhältnisse sind gegeben und lassen einen Ausbau des Strassenraums nicht zu. Grundsätzlich geht es beim geplanten Gesamtverkehrskonzept nicht um eine Kapazitätsreduktion, sondern, dass der Verkehr durch eine bessere Organisation weiter entwickelt wird. Dies ist nachweislich in den letzten Jahren bereits gelungen, wie die Grafik der Verkehrsentwicklung im Querschnitt Kupperhammer aufzeigt. Durch die gezielte Förderung des ÖVs und des Radverkehrs konnte die Zahl des MIV stabilisiert werden und dies trotz Zunahme der Bevölkerungszahl. Es sind längst keine neuen Erkenntnisse mehr, dass pro m² sehr viel mehr Menschen mit dem ÖV transportiert werden können und dass bessere und sicherere Verhältnisse für die Radfahrenden letztendlich Platz schaffen für jene, die auf das Auto angewiesen sind. Hört man doch endlich auf die professionellen Verkehrsplaner und vertraut auf die kleinen Schritte, die letztendlich zum gewünschten Ziel führen. Aktuell hat man aber diese nicht umsetzbare und blockierende Gemeindeinitiative auf dem Tisch. Um nach einem konstruktiven Weg zu suchen, hat die CVP/JCVP-Fraktion zusammen mit der FDP einen Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative in Form einer Anregung formuliert. Um mehr Verbindlichkeit und eine breitere Abstützung zu erhalten, wird ein Verkehrsrichtplan an Stelle eines Verkehrskonzeptes verlangt. Der Einwohnerrat wird über den Verkehrsrichtplan abstimmen können, im Gegensatz zum Konzept, dass er nur zur Kenntnis nehmen kann. Die drei Forderungen im Antrag sind offen formuliert und lassen flexible Lösungen und Entwicklungen in alle Richtungen zu. Wichtig ist der CVP/JCVP-Fraktion, dass alle Verkehrsträger genannt werden und nicht einseitig z.B. der MIV gepusht wird. Forderungen für konkrete Projekte wie z.B. die Südumfahrung oder Motelstrasse sind nicht mehr enthalten. Wichtig erscheint ihr auch, dass sich der Gemeinderat weiterhin bei Bund und Kanton für gute Krienser Verkehrsverhältnisse einsetzt und dass es auch möglich sein soll, langfristige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation zu prüfen. Die CVP/JCVP-Fraktion hofft sehr, dass das Initiativkomitee ihre Initiative mit dem vorliegenden Gegenvorschlag zurück zieht und es zu keiner Volksabstimmung kommen muss. Sie würde sich freuen, wenn alle Fraktionen den gemeinsamen Antrag von CVP/JCVP und der FDP unterstützen könnten. Dies ermöglicht der Verkehrskommission konstruktiv weiter zu arbeiten.

Laut Räto Camenisch, SVP-Fraktion, ist diese Initiative ein Aufschrei von den Kreisen, die täglich in Kriens, vor allem während der Rush Hour, im Stau stehen und frustriert sind. Diese haben bereits drei Abstimmungen gewonnen und es wird immer noch eine falsche Politik gefahren. Jetzt liegt eine Initiative vor, die auferlegt, dass man mal an die Zukunft denken soll. Die Zukunft ist nicht nächstes oder übernächstes Jahr, sondern in Jahrzehnten. Man muss doch mal wissen wohin Kriens geht. So wie es jetzt ist, funktioniert es nicht. Tunnellösungen möchte die SVP-Fraktion nicht ausschliessen, aber es ist doch völlig daneben, wenn der Gemeinderat bereits von Tunnellösungen spricht und die halbe Arbeit voraus nimmt, um zu sagen, dass man es sich sowieso nicht leisten kann. Man sollte sich ein Beispiel an Ebikon nehmen. Sie haben 40 Jahre lang am Anschluss gearbeitet, bis er jetzt verwirklicht wurde. Sie wussten was sie wollen und haben dies auch bekommen. In Kriens geht es um die Entlastung der K4. Diese gehört dem Kanton und da muss sich der Kanton auch etwas einfallen lassen. Es gehört natürlich auch in eine langfristige Planung, dass der Kanton auch miteinbezogen wird. Es wird so gesprochen, dass die Gemeinde 200 Mio. Franken zahlen muss. Momentan geht es gar nicht um Geld. Es geht darum, wie man Kriens in den nächsten Jahren gestalten möchte. In Kriens wird viel gebaut und in 20 Jahren hat man ein Kriens, das total anders aussieht als heute. Da muss man sich doch Gedanken machen. Deshalb ist die SVP-Fraktion für die Initiative und hat auch einen entsprechenden Antrag eingereicht. Es haben Gespräche mit den CVP/JCVP-, FDP-, SVP-Fraktionen und den Initianten stattgefunden. Man hat einen Vorschlag ausgearbeitet, der in diese Richtung geht, jedoch etwas weicher ist. Für die SVP-Fraktion ist dies ein lauwarmen Kaffee, aber immerhin. Wenn dieser Vorschlag im Einwohnerrat durchkommt, wird sie ihren Antrag selbstverständlich zurückziehen. Auch die Initianten werden ihre Initiative zurückziehen. Das bedeutet, dass es keine Abstimmung gibt. Vor dieser Abstimmung müsste man sich nämlich fürchten, denn diese könnte in die Hose gehen. Schon der Titel ist grandios für die Abstimmung, denn so gewinnt man. Wenn man hier nun eine gute Lösung findet, die das erspart, dann ist das für sie auch richtig. Sie möchte aber auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass man den Initianten ausweicht. Die SVP-Fraktion weicht diesen nicht aus, sondern sie stellt sich dem und sie will dies im Grunde genommen ebenfalls. Sie will eine Verkehrsplanung, die Kriens auch in Zukunft genügt. Wenn man mit etwas mehr Bussen usw. den MIV einschränken kann, dann ist das gut, aber das ist keine Lösung für die Zukunft. Das ist einfach eine nicht perfekte Lösung für die nächsten 2-3 Jahre. Den Ausbau des Rengglochs und den Bypass darf man nie vergessen. Kriens wird eine Belastung erhalten, die man nicht auf klassische Art und Weise lösen kann, wie man es jetzt andenkt. In diesem Sinn möchte die SVP-Fraktion auf den B+A eintreten und verfährt so, wie vorher ausgeführt.

Thomas Lammer nimmt vorweg, die FDP-Fraktion ist für Eintreten der Vorlage und zwar unbestritten. Zuerst möchte sie sich für den Einsatz des Initiativkomitees bedanken, welches ermöglicht hat, zum Anliegen heute im Einwohnerrat Stellung zu beziehen. Auch wird die Initiative als gültig taxiert. Im B+A sind die Forderungen der Initianten aufgeführt. Auf den ersten Blick könnte man denen aus Sicht der FDP-Fraktion eigentlich zustimmen. Sie haben sich aber in der Fraktion sehr rasch gefragt, wieso man im B+A reflexartig zu einer Tunnellösung kommt. In den Forderungen der Initianten liest Thomas Lammer dies nicht so eindeutig heraus. Diese Tunnellösung wird dann in der Folge, in diesem doch umfangreichen Dokument, gebetsmühlenartig zerzaust. Die FDP-Fraktion war sich relativ rasch einig, dass dieser Tunnel nicht die Lösung sein kann. Die Kosten fallen zuerst nur bei der Gemeinde an. Es ist durchaus möglich, dass zu einem viel späteren Zeitpunkt auch noch andere Gemeinwesen dazu beitragen. Erst auf sehr lange Sicht und einem umfangreichen politischen Prozess kann hier mit Beiträgen von Kanton oder Bund gerechnet werden. Das ist für die Gemeinde im Moment sicher nicht tragbar, gerade heute sowieso nicht. Zudem ist eine solche Variante eines Tunnels auch wenig nutzenbringend. Fast müsste man bei Ein- und Ausgang Lichtschalter montieren, damit die Benutzer diese betätigen können. So würden die Kosten für die Beleuchtung wenigstens tief ausfallen. Für sie aber besonders störend war die Forderung nach einem Reg-

lement, also einem Gesetz auf Stufe Gemeinde. Wie soll man also mit der Initiative umgehen? Inhaltlich bestehen gewisse Sympathien, aber trotzdem nicht die volle Überzeugung. Es war dann relativ rasch klar, dass sie dazu einen Gegenvorschlag einreichen will, der aufgrund seines Inhaltes folgende Ziele verfolgen soll:

- Er soll eine Mehrheitsfähigkeit im Parlament erreichen.
- Er soll Anliegen der Initianten aufnehmen und diese dazu bewegen ihre Initiative zurückzuziehen.
- Die Umsetzung des Gegenvorschlages soll dem Rat in einer Form vorgelegt werden, die es erlaubt darüber abzustimmen und die wichtigsten Elemente des GVKK behördenverbindlich zu regeln.
- Am GVKK soll als Grundlage für einen Richtplan weitergearbeitet werden können.

Mit diesen Prämissen ging ihr Vertreter in der Gewerbegruppe Kriens in Gespräche mit den Initianten und den beiden Parteien CVP und SVP. Eine erste Feedback Runde der konkreten Ausgestaltung in der KBVU führte dazu, dass zwei ursprünglich angedachte Forderungen gestrichen wurden und damit die Flughöhe der einzelnen Punkte etwa auf dem gleichen Niveau sind. In einem iterativen Prozess zusammen mit der CVP/JCVP und den Initianten wurde dann der vorliegende Antrag ausgearbeitet. In diesem Prozess konnte auch festgestellt werden, dass keine involvierte Partei eine Volksabstimmung wünscht. Sie bitten, diesen Antrag deshalb aus folgenden Gründen zu unterstützen:

- Mit den Forderungen, die in einem Richtplan umzusetzen sind, wird das Ziel erreicht, dass diese behördenverbindlich geregelt werden. Der Nachteil ist, es dauert etwas länger.
- Der Einwohnerrat kann darüber befinden und nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen.
- Mit Überweisung haben sie die Zusage des Initiativkomitees erhalten, dass diese die Initiative zurückziehen. Dies wird aber nur der Fall sein, wenn gegen den Gegenvorschlag nicht das Referendum ergriffen wird.

Die FDP-Fraktion wird den Antrag unterstützen und beim Antrag des vorliegenden B+A gemäss Antrag Gemeinderat stimmen. Er hat noch eine Bemerkung zum Inhalt des Antrages. Es betrifft Punkt zwei, der von Judith Mathis-Wicki bereits angesprochen wurde. Sie hat insbesondere erwähnt, dass keine Verkehrsteilnehmer diskriminiert werden sollten und auch die Durchflusskapazitäten für alle Verkehrsträger wie MIV, ÖV, Radfahrer und Fussgänger dabei erhalten bleiben müssen. Das ist für sie alle eine wichtige und zentrale Forderung. Das interpretiert er auch so, dass man nicht an einem Ort beispielsweise eine MIV-Reduktion vornehmen kann, ohne sie an einem anderen Ort in den Konsequenzen zu erhöhen. Das heisst es müssen alle Verkehrsträger/-teilnehmer die gleichen heute bestehenden Durchflusskapazitäten haben.

Die SP-Fraktion ist gemäss Cla Büchi für Eintreten, lehnt aber die Initiative ganz klar ab. Auch wenn die Initianten nun bemängeln, dass im B+A des Gemeinderates, der Tunnellösung zu viel Gewicht beigemessen wurde, ist es doch die Konsequenz aus den Forderungen der Initiative. Darüber zu lamentieren, dass jetzt auf das falsche Mittel gesetzt wurde, nützt nichts mehr. Die Initianten hätten sich ihrer Forderungen und Konsequenzen vorher bewusst sein sollen. Der vorliegende B+A ist das unmögliche Resultat von einem realitätsfremden Mobilitätsverständnis im urbanen Raum und zeugt von einem Wunschdenken, das weit bis ins letzte Jahrhundert zurück reicht. Der Ausbau von Strassen und die Erhöhung von Kapazitäten für den motorisierten Verkehr im städtischen Raum sind weder sinnvoll noch durchführbar. Lange Zeit hat man dem motorisierten Verkehr extrem viel Raum zugestanden und was ist die Folge davon? Kinder, Familien, ältere und handicapierte Menschen sind in ihrem Bewegungsfreiraum eingeschränkt worden. Liegenschaften und deren Wohnungen entlang Strassen haben ihre Lebensqualität und an finanziellem Wert verloren. Lärm- und Abgasimmissionen gefähr-

den die Gesundheit. Und um alle diese negativen Begleiterscheinungen einigermaßen verträglich zu machen, müssen die öffentliche Hand, aber auch die Privaten viel Geld investieren, ohne dass man eines wieder zurück gewonnen hätte, nämlich die Lebensqualität der Betroffenen. Die Verursacher kümmert das wenig, weil sie erst Betroffene werden, wenn sie in ihrem direkten Wohnumfeld die Lebensqualität auch gefährdet sehen. Und erst dann setzen sie sich zur Wehr, weil sie ihre individuelle Freiheit, Wohnqualität oder ihr Eigentum eingeschränkt sehen. So geschehen Einsprachen um den Bebauungsplan Eichhof West oder im Grunde genommen ist es mindestens teilweise auch bei der Krienser Opposition gegen das Bypass-Projekt so. Fakt ist, dass 94 % des Verkehrs in Kriens hausgemacht ist. 6 % ist Durchgangsverkehr. Eine Umfahrung baut man für den Durchgangsverkehr und das unter Umgehung des Siedlungsgebietes. Was macht es also für einen Sinn, innerhalb von Kriens einen Tunnel für 250 Mio. Franken zu bauen, um ein paar wenige Durchfahrende umzuleiten und innerhalb des Siedlungsgebietes wieder in die Wohnquartiere zu entlassen? Um das Zentrum und die Luzernerstrasse zu entlasten, müsste der hausgemachte Verkehr in den Tunnel zwangsumgeleitet werden. Aber was hat man dadurch gewonnen? Der Gemeinderat legt es im B+A dar: nicht viel, eine Verlagerung des Verkehrs in die Quartiere, mehr zurückgelegte Autokilometer und eine schlechtere Erreichbarkeit des Zentrums, woran das Gewerbe keine Freude haben dürfte. Dem stehen eine massive zusätzliche Verschuldung von Kriens, eine gesalzene Steuererhöhung und eine Pro-Kopf-Verschuldung um das sechsfache des kantonalen Mittels gegenüber. Das alles, ohne die Verkehrsprobleme tatsächlich zu lösen. Es hört sich wie ein schlechter Traum an. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass Kriens mit anderen Lösungen dem hausgemachten Verkehr begegnen muss. Man sollte die Verkehrskommission ihre Arbeit machen lassen, intelligente Massnahmen zu kreieren und das Verkehrsproblem an der Wurzel anzugehen. Man muss unter anderem mit Umlagerungsmassnahmen dafür sorgen, dass der Verkehr für diejenigen flüssiger wird, die auf ihn angewiesen sind. Damit die Umlagerung attraktiv wird, muss man in den Langsamverkehr und in den ÖV investieren, notabene mit einem Bruchteil der Kosten, der ein Tunnel verschlingt. Das hat den positiven Nebeneffekt, dass die Qualität des Lebensraums steigt und die Bevölkerung sich in Kriens heimischer fühlt. Man muss auch dafür sorgen, dass die Siedlungsentwicklung in Kriens nach dem Grundsatz der kurzen Wege erfolgt. Damit lassen sich Verkehrsdistanzen verkürzen und somit den motorisierten Individualverkehr verringern. Und genau das ist auch ein Segen für den Detailhandel und das Gewerbe. Aber wie gesagt ist die Voraussetzung ein sicheres und attraktives Langsamverkehrsnetz. Und er kann versprechen, dass eine Bevölkerung, die ihren Lebensmittelpunkt in der Gemeinde hat, zu Fuss, mit dem Bus oder mit dem Velo unterwegs ist, mit dem Buschauffeur, der Bäckerin, dem Kassierer oder den Kindern auf dem Schulweg ins Gespräch kommt, gewinnt einen Bezug zum Wohn- und Arbeitsort, schätzt ihn und engagiert sich auch in Vereinen und im Quartier. Und man braucht hier verwurzelte Menschen und nicht solche, die Kriens auf dem schnellsten Weg verlassen wollen, um ihre Freizeit und den Einkauf in Luzern, Stans oder Ebikon zu tätigen. Und er ist sich sicher, wenn man wieder mehr Menschen in Kriens hat, für die Kriens eine Heimat ist, dann hat man auch einen Teil des Verkehrsproblems gelöst.

Laut Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, steht niemand gern im Stau. Darin ist man sich wahrscheinlich einig. Wie dieses Ziel jedoch erreicht werden kann, dabei gehen die Meinungen freilich auseinander. Das Ziel eines staufreien Kriens verfolgt auch die Gemeindeinitiative, die heute behandelt wird. Den Weg, welchen die Initianten einschlagen möchten, ist aber für die Grüne/GLP-Fraktion nicht zielführend. Die Initiative fordert ein neues Reglement für die Verkehrs- und Mobilitätsplanung, welches sich insbesondere auf drei Punkte konzentriert:

- Keine Kapazitätsreduktion beim motorisierten Individualverkehr (MIV)
- Die nötigen Mittel bei Bund und Kanton zu beantragen, um die Kapazität beim MIV auszubauen

- Die Prüfung einer kurz- oder langfristigen Massnahme, wie dem Bau einer Südumfahrung

Alle drei Forderungen konzentrieren sich besonders auf einen Ausbau der Kapazitäten beim MIV. Auf den ersten Blick erscheinen diese Forderungen dann auch nur logisch, mehr Strasse bedeuten mehr Platz und weniger Stau. Dieser erste Blick täuscht aber. Mehr Strassen vermögen das Stauproblem nicht zu lösen, denn sie führen regelmässig zu mehr Verkehr. Ein Ausbau der Kapazitäten beim MIV alleine bringt also wenig bis gar nichts um dem Ziel eines staufreien Kriens näher zu kommen. Zudem sind solche Kapazitätserweiterungen im Vergleich zu anderen Massnahmen sehr teuer. Das zeigt sich insbesondere in den sehr vertieften Ausführungen des Gemeinderates zu der dritten Forderung der Initianten, der Südumfahrung. Wie sich zeigt, wäre eine Tunnelvariante die einzig sinnvolle Alternative, um ein solches Projekt umzusetzen. Wobei auch hier der Nutzen eines solchen Tunnels, gelinde gesagt, sehr fraglich wäre. Es leidet an zwei grossen Schwachpunkten. Zuerst wären da die Kosten. Die Bevölkerung von Kriens würde immense Kosten zu tragen haben. Zwischen 100 und 250 Mio. Franken würde ein Tunnelbau kosten. Wobei man daran denken sollte, dass Tunnelbauten immer ein grosses finanzielles Risiko sind und eine genaue Kostenabschätzung extrem schwierig ist. Die Betriebskosten müssten später auch noch berappt werden. Eine solche finanzielle Belastung, möchte die Grüne/GLP-Fraktion den Krienserinnen und Kriensern nicht aufbürden. Weiter gilt es auch festzuhalten, dass der Tunnel vor allem da wäre, um die Kapazitätsprobleme zu Spitzenzeiten zu brechen, denn ansonsten ist das Verkehrsproblem in Kriens nicht gravierend, wie auch die Verkehrskommission festgestellt hat. Ein Netz auf Spitzenzeiten auszurichten ist aber eine sehr teure Sache. Zudem muss man sich auch den Planungskosten von bis zu 27 Mio. Franken bewusst sein, davon rund 6 Mio. für die Vorplanung, die auch anfallen, wenn der Tunnel nie gebaut wird. In diesen Zeiten der angespannten Finanzlage von Kriens, sind solche hohen Kosten, für ein solch risikoreiches Projekt einfach nicht zu verantworten. Der zweite Punkt ist der bescheidene Nutzen. Da lediglich 6 % des Verkehrs in Kriens Durchgangsverkehr darstellen und rund 2/3 der Bevölkerung von Kriens grundsätzlich ausserhalb des Einzugsgebiets des Tunnels leben, würden die Krienserinnen und Krienser kaum vom Tunnel profitieren. So kann auch das eigentliche Ziel des Tunnels, nämlich das Zentrum von Kriens vom Verkehr zu entlasten kaum erreicht werden. Lediglich um rund 12 % könnte die Fahrtenzahl im Zentrum reduziert werden, wenn man nicht noch massiv verkehrsberuhigende Massnahmen flankierend zum Tunnel plant. Ein Vorgehen welches dem Ziel der Initianten aber klar entgegensteht. Zuletzt würde der Tunnel in verschiedenen Quartieren zu zusätzlichem Verkehr führen und die Lebensqualität würde sich verringern. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist angesichts, der extrem hohen Kosten, des sehr bescheidenen Nutzens und den negativen Auswirkungen auf die betroffenen Quartiere klar, dass eine solche Tunnelvariante klar abzulehnen ist. Die Grüne/GLP-Fraktion lehnt auch die anderen Punkte der Initiative klar ab. Wie einleitend gesagt wurde, vermag eine Kapazitätserweiterung beim MIV das Stauproblem nicht zu lösen. Es braucht eine gesamtheitlichere Betrachtung. Die Gemeinde Kriens verfolgt einen solchen Ansatz mit ihrem Gesamtverkehrskonzept, dass nun seit einiger Zeit in Planung ist. Die Grüne/GLP-Fraktion möchte an diesem Weg festhalten und folgt deshalb dem Antrag des Gemeinderates die Initiative abzulehnen. Sie könnte sich aber vorstellen dem Antrag der CVP/JCVP und FDP zuzustimmen, aber nur wenn die Initianten wirklich zugestehen, dass die Initiative zurückgezogen wird.

Für Alfons Graf ist ein staufreies Kriens ein Wunschdenken und eine Utopie. Das wäre in etwa dasselbe, wie wenn die Walliser auf dem Matterhorn einen Kiosk planen würden. Man muss schon realistisch bleiben. Stau gibt es nicht nur in Kriens, sondern auch in anderen Dörfern und Städten. Dies erlebte er während seinem Arbeitsprozess jeden Tag. Es ist die Folge des Baubooms und der Zuwanderung von 80'000 Menschen im Jahr. Man muss kein Prophet oder Hellseher sein, um zu sehen, dass unter diesen Umständen der Platz immer kleiner wird und der Verkehr Dimensionen annimmt, welche nicht mehr verkraftbar ist. Kriens muss längerfristig planen und dies ist aus seiner Sicht nur mit einem Tunnel Projekt möglich und zwar

vom Renggloch bis Ennethorw. Wenn der Gemeinderat ein solches Projekt nicht anpackt, werden die nachkommenden Generationen das blaue Wunder erleben. Wenn behauptet wird, dass der Durchgangsverkehr in Kriens nur 6 % ausmacht, fragt er sich, wer auf solche Zahlen kommt. Diese Leute sollen mal während der Rush Hour von der Hergiswaldstrasse in die Obernauerstrasse reinfahren. Man kommt nämlich fast nicht rein. Es ist also sehr viel Durchgangsverkehr. Kurzfristig muss der Verkehr eventuell dossiert werden, analog der Einfahrt Luzern beim Verkehrshaus. Diese Dossierung muss aber weiter hinauf zum Renggloch verschoben werden. Mit der jetzigen Dossierungsstelle oberhalb der Hergiswaldstrasse werden die Gewerbe im oberen Teil des Obernaus schikaniert.

Rolf Schmid kommt auf die Ausführungen von Räto Camenisch zurück. Er sagte, dass die letzten drei Abstimmungen ganz klar zeigen, dass eine falsche Politik gefahren wurde, die letztendlich keine Lösung gebracht hat. So kann man es auch sehen. Man muss aber auch feststellen, dass sämtliche Vorlagen vom Volk abgelehnt wurden. So konnte gar kein Beweis erbracht werden, dass diese Massnahmen auch greifen würden. Der Status Quo ist nichts anderes, als der Erfolg von der Verteufelung einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik, die versucht neue Wege, aber auch einen Weg von einem ausgewogenen Nebeneinander zu gehen. Wenn man diese Schritte nicht ermöglicht, bleibt man bei diesem Status Quo.

Laut Erich Tschümperlin soll man mal einen Schritt zurück machen und sich die Forderung der Initiative aus einem anderen Blickwinkel anschauen. Nämlich aus dem Blickwinkel der Effizienz. Alle fordern von der Gemeinde, dass sie effizient mit dem Geld, das heisst mit den Steuern, umgeht. Da ist man sich von ganz links bis ganz rechts einig. Die Initiative fordert, dass die Kapazitäten für den Verkehr ausgebaut werden. Wenn man sich anschaut, wie dieser Verkehr hauptsächlich aussieht, dann stellt man fest, dass der grösste Teil davon Personenwagen sind, indem meistens eine Person sitzt. Sie verstopfen die Strassen und sind der Grund, dass die Handwerker mit ihren Lieferwagen und auch die Busse stecken bleiben. Schaut man sich mal kurz die Effizienz eines solchen Personenwagens an:

- Es braucht 1'500 bis 2'000 kg um 80 kg zu befördern. Das sind so gegen 5 % Nutzlast.
- Ein Benzin- oder Dieselmotor hat einen maximalen Wirkungsgrad von max. 25 respektive 35 %.
- Ein Personenwagen verbraucht auf der Strasse x-mal mehr Platz als ein Velo.
- Kommt dazu, dass Personenwagen durchschnittlich zu 90 - 95 % herumstehen.
- Man sieht also, dass die Effizienz von Personenwagen hundslausig ist. Die effizientesten Massnahmen zur Verhinderung von Stau sind also diejenigen, die eine Zunahme der Personenwagen verhindern oder gar Leute dazu bewegen auf etwas Effizienteres umzusteigen.
- Solche Massnahmen können auch sehr schnell umgesetzt werden – verglichen mit einem Tunnel oder Viadukt. Und der Kanton bezahlt einen beträchtlichen Teil dieser Massnahmen.

Alles in allem ist ein grosser Teil des heutigen motorisierten Verkehrs extrem ineffizient unterwegs. Die Initiative verlangt nun, dass man diese Ineffizienz staatlich subventioniert, nämlich dass man mit Steuergeldern noch mehr Strassen baut. Mehr Strassen ergeben immer mehr Verkehr. Dazu gibt es auch eine ETH-Studie. Der GVK will das Problem mit immer mehr vom gleichen lösen: immer mehr Strassen. Das Gegenteil von Effizienz ist Luxus. Wenn die Initianten mehr Kapazität verlangen, ganz egal ob dies mittels Tunnel, Viadukt, neuen Strassen oder Strassenerweiterungen geschehen soll, dann ist dies ein gigantischer Luxus, den man sich schlicht nicht leisten kann. Er weiss nicht wer sich eine Südumfahrung in Form einer Strasse vorstellen kann, wenn Häuser abgerissen werden und Strassen gebaut werden. Es wird nicht viel billiger, sondern vielleicht auch teurer. Und die Fertigstellung dieses Luxus wird der eine

oder andere Anwesende gar nicht mehr erleben. Gerade von der Seite der Initianten und deren Unterstützer FDP und SVP hört er seit Jahren, dass die Gemeinde sparen, sparen und nochmals sparen muss. Beim Verkehr dagegen wird Luxus pur gefordert, was nicht aufgeht. Hier vermisst er eine Linie. Bis heute hat er geglaubt, dass die FDP und SVP eine effiziente Gemeinde wollen. Wenn er nun heute hört, dass sie die Initiative oder den Kapazitätsausbau unterstützen, dann stimmt dies definitiv nicht mehr. Ehrlich gesagt hat er auch vom GVK mehr erwartet, nämlich innovative Vorschläge für eine schrittweise Lösung des Problems in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Natürlich ist es legitim eine Initiative zu lancieren und es ist auch gut, wenn sich Bürger oder Organisationen beteiligen. Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch. Es ist an der Zeit den Tatsachen in die Augen zu schauen, alles andere ist Träumerei oder Nostalgie. Die Forderungen sind Rezepte von vorgestern für Probleme von heute und morgen. Am besten ziehen die Initianten die Initiative zurück, denn eine solche Abstimmung selbst ist schon eine sinnlose Geldverschwendung.

Räto Camenisch stellt fest, dass somit Rolf Schmid der Meinung ist, dass die dumme Krienser Stimmbevölkerung an den katastrophalen Verkehrsverhältnissen Schuld ist. Räto Camenisch möchte dies zurückweisen. Das Krienser Volk konnte „Ja“ bzw. „Nein“ für die Vorlagen stimmen, diese wurden jedoch nicht vom Volk gemacht. Die Vorlagen haben andere gemacht, die vieles zu bestimmen haben. Da fragt er sich, wo die Ursache und Wirkung ist. Nun kommt er zur Aussage von Cla Büchi in Bezug auf das ideale Kriens mit den Gesprächen mit den Buschauffeuren, über die Gärten hinweg etc. Kriens ist keine Lebkuchenstadt. Das ist eine Gute-Nacht-Geschichte. Kriens hat ganz andere Verhältnisse und wird andere Herausforderungen haben. Das ist drei Dimensionen zu klein gedacht. Auf der einen Seite hat Kriens das Renggloch offen, auf der anderen den Bypass und man hat einen riesigen Quellverkehr aus allen Richtungen. Das ist wie beim Dach, wenn es gewittert. Wenn das Wasser runterfließt, geht es in den Keller. Die K4 ist der Krienser Keller, ob man das wahr haben will oder nicht. Das Problem liegt darin, dass Kriens eine Einachsen-Gemeinde ist. Dort liegt das Problem und nicht bei irgendwelchen Gesprächen zwischen Busfahrern etc. Es geht ihm darum, dass man für die Zukunft Ideen hat, wie man die ganze Sache kanalisieren möchte und zwar für alle Verkehrsträger wie Fussgänger, Velo, Töff, Auto und Lastwagen. Alle müssen integriert sein. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind da und die werden sich auch ändern. Es kann durchaus sein, dass eine Verlagerung über den Öffentlichen Verkehr kommt. Aber der individuelle Verkehr wird immer ein grosser Faktor sein, auch wenn er dann vielleicht elektrisch ist. Dieser ist da und braucht die Strasse. Kriens hat auch aktuelle Probleme die verschlafen wurden. Im Kantonsrat gab es eine überwiesene Motion Baumann von der SP, die forderte, dass sich der Kanton für möglichst umwelt- und bevölkerungsverträgliche Lösungen für beide Tunnellingänge einsetzt. Das ist sehr vernünftig. Aber der Kanton wollte diesen Vorstoss abschreiben. Man soll sich mal den Affront gegenüber Kriens und schlussendlich gegenüber der Stadt Luzern vorstellen, jetzt wo das ganz in der Meinungsbildung steht. Jetzt wo man mit dem ASTRA am Verhandeln ist, will der Kanton diesen Vorstoss abschreiben. Christine Kaufmann-Wolf und der Sprechende konnten sich im Kantonsrat einsetzen und verhinderten diese Abschreibung. Kriens hat kurz-, mittel- und langfristige Probleme am Hals. Diese sind mit diesem Schreckensszenario nicht zu lösen. Man hat nicht einmal überlegt, was eine Untertunnelung des Zentrums bringt.

Gemäss Davide Piras stammen die Zahlen aus Simulationen und Berichten. Diese Zahlen kann man jedoch nicht beweisen. Daran hatte er vor Jahren auch zu nagen. Er kann einen Praxisbezug machen, der den Beweis erbringt, dass der Verkehr hausgemacht und der Durchgangsverkehr nicht Schuld ist. Das gibt es an einem Tag, nämlich dem Gallustag. An diesem Tag gibt es keinen Stau auf der Hauptstrasse. Leider stimmen deshalb die Aussagen der Simulation.

Rolf Schmid wehrt sich gegen die Unterstellung, dass er die Stimmbevölkerung als dumm bezeichnet. Er hat nur gesagt, dass mit diesen Abstimmungen keine Verbesserung erzielt werden konnte, weil die Massnahmen gar nicht ergriffen werden konnten. Nichts anderes.

Yasikaran Manoharan möchte auf einige Kritikpunkte eingehen. Thomas Lammer und Rätö Camenisch kritisierten, dass der Gemeinderat sich vorwiegend auf die Tunnellösung beschränkt hat und sich keiner anderen Diskussion stellen wollte. Der Sprechende ging gerade auf die Homepage von „Staufreies Kriens“. Unter den langfristigen Lösungen möchten die Initianten als Einziges einen Umfahrungstunnel. Das ist mehrfach erwähnt. Jetzt zu sagen, dass dies gar nicht das Ziel der Initianten war, ist etwas heuchlerisch. Weiter wurde gesagt, dass die Betroffenen nach drei Abstimmungen enttäuscht sind, weil immer noch nichts passiert ist. Der Sprechende hat eher etwas Angst, dass die Betroffenen nach einem Tunnelbau oder einer Südumfahrung immer noch enttäuscht sind. Man zeigt sich auch sehr siegessicher, wenn diese Abstimmung vors Volk kommt. Er ist sich jedoch nicht so sicher, wenn Strassenerweiterungen innerhalb des Quartiers geplant werden. Die Bevölkerung wird sich sicher dagegen wehren. Cla Büchi wurde kritisiert, dass er Traumvorstellungen eines Zentrums hat, wo sich alle begegnen. Genau diese Ziele wurden auch von anderen Seiten geäussert, dass es mehr Leben, Gewerbe und Fussgängerverkehr im Zentrum geben soll. Jetzt dies zu kritisieren, findet der Sprechende nun auch falsch.

Erich Tschümperlin möchte beim Votum von Yasikaran Manoharan anknüpfen. Er hat diesen Vorwurf auch schon gehört und hat deshalb anlässlich einer Sitzung nachgefragt, was die Initianten möchten, wenn nicht diesen Tunnel. Möchten sie ein Viadukt? Sie schreiben von einer Südumfahrung. Wenn man den Gemeinderat angreift und sagt, dass der Begriff einseitig ist, dann möchte er gerne hören, was sich die Initianten noch vorstellen können. Auf seine Frage hat er bisher noch keine Antwort erhalten. Eine neue Strasse oder Viadukt wird extrem teuer. Wenn man schon nicht damit einverstanden ist, möchte er wissen, was mit dieser Südumfahrung gemeint war.

Der Gemeinderat schätzt laut Cyrril Wiget die intensive Auseinandersetzung der Fraktionen sehr. Es ist sicher eine der Chancen der Initiative, dass es dazu geführt hat nochmals über die Frage eines Tunnels zu diskutieren, welche seit den 70er Jahren im Raum steht. Damals wurde der Tunnel jedoch verworfen. Deshalb ist die Debatte im Einwohnerrat richtig. Der Gemeinderat hatte die Gelegenheit zum Üben, wie er mit solchen interdisziplinären Fragen umgehen möchte. Ein Tunnel ist eine höchst strategische Frage. In der Departementsreform und der neuen Idee der Gemeindeentwicklung ist die Gemeinde nun so organisiert. Cyrril Wiget macht nun die Einleitung und übergibt nachher das Wort an Matthias Senn und Franco Faé. Diese Arbeit der Zusammenarbeit innerhalb des Gemeinderates findet er sinnvoll. Es gibt verschiedene Fachstellen mit verschiedenem Know-How, welche so ideal zusammengetragen werden. Zur Klärung wurde eine PowerPoint-Präsentation erstellt, welche er gerne nochmals durchgehen möchte. Vieles was über den Verkehr gesagt wird, ist aus den Schützengraben aus der Verkehrsdiskussion und entspricht nicht immer den Tatsachen. Eine tiefe fachliche Auseinandersetzung ist in der Verkehrsfrage nötig. Der Einwohnerrat hat einen Vorstoss überwiesen, der verlangt hat, dass in Kriens ein Gesamtverkehrskonzept erstellt wird. Die Partizipation wollte man breit abstützen, deshalb sind auch alle Fraktionen und Quartiervereine in der Kommission vertreten. Die Auseinandersetzung erfolgte an intensiven Sitzungen. Während diesem Prozess entstand diese Initiative. Bevor das GVKK abgeschlossen wird, soll die Frage eines Tunnels geklärt werden. Diese Frage spielt bei der Überlegung vom zukünftigen Verkehrsregime eine wichtige Rolle. Dem Gemeinderat wurde vorgeworfen, dass er es als langfristige Perspektive hätte betrachten können. Wenn der Gemeinderat dies macht und die Initiative nicht ernst nimmt, auch wenn sie angenommen wird und erst in 20 Jahren dar-

über gesprochen wird, dann hagelt es Vorwürfe. Das geht so nicht. Räto Camenisch ist schon lange genug in der Politik tätig, um zu wissen, dass wenn eine Initiative auf dem Tisch liegt, diese innerhalb eines Jahres behandelt werden muss. Wenn es zu einer Urnenabstimmung kommt und diese angenommen wird, gilt es an die Umsetzung heranzugehen. Deshalb ist es richtig, dass der Gemeinderat sagt, was mit einer Umsetzung passiert. Der Gemeinderat sah es ähnlich, wie mit einem Postulat. Bei einem Postulat wird bei Annahme nur ein Satz geschrieben und bei Ablehnung folgt noch eine Begründung dazu. Genau gleich geht er deshalb mit diesem Volksanliegen um. Der Gemeinderat hat es soweit vorgeprüft, dass er weiss, worüber er spricht. Der Umgang mit der Initiative musste zuerst noch abgeklärt werden. Diese liegt bis heute auf dem Tisch, aber sie kann heute zurückgezogen und durch einen Gegenvorschlag ersetzt werden. Zu einer Volksabstimmung kommt es sowieso. Es wurde viel darüber debattiert, was nun in der Initiative steht. Es sind drei Abschnitte im Sinne einer allgemeinen Anregung enthalten und darin kommt immer die Kapazitätserweiterung vor. Hier ist insbesondere eine Erweiterung für den MIV gedacht, im Sinne einer zusätzlichen Strasse. Im zweiten Abschnitt zur Südumfahrung kommt dies hervor. Jetzt kann man darüber streiten, was der Gemeinderat bei einer solch allgemeinen Anregung abklärt. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass es sich hier um einen Tunnel handeln muss, weil die Initianten immer davon gesprochen haben und es auch so auf der Homepage steht. Es wurde auch mit den Initianten die Variante Viadukt diskutiert. Aber auch dort spricht man von den gleichen Kosten, jedoch hat man den Lärm nicht. Die Gemeinde ist weitgehend gebaut und es fällt schwer sich vorzustellen, Häuser zurückzubauen und breitere Strassen zu bauen. Mit der Kapazitätserweiterung ist nicht die K4 Obernau gedacht, worauf der Gemeinderat sehnlichst wartet. Er ist sehr unglücklich, dass es nicht schneller vorwärts geht. Deshalb wurde der Schluss gezogen, dass die Tunnellösung angeschaut werden muss und dementsprechend wurden die Abklärungen gemacht.

Matthias Senn erläutert den Nutzen. Eine Südumfahrung ist in Kriens schon seit bald 50 Jahren ein Thema. Damals wurde eine vierspurige Autostrasse über die Talackerhalde abgesteckt. Bereits da wurde diese Variante verworfen. Es ist der Verdienst der Initiative, dass man die Tunnellösung nochmals seriös angeschaut hat. Nun liegen Fakten vor, die man vor 10 Jahren noch nicht hatte. Heute liegt die Verkehrsbelastung im Durchschnitt bei Werktagsverkehr wie folgt:

- Obernau: 12'300 Fahrzeuge,
- Andritz Hydro: 22'700 Fahrzeuge
- Zentrum: 18'000 Fahrzeuge
- Grosshof: 23'600 Fahrzeuge

Es scheint so, dass 12'000 Fahrzeuge vom Renggloch her kommen und dann auf die Autobahn fahren. Das ist jedoch nicht so. Im Bericht zum Postulat Bründler und Koch von 2009 hat der Gemeinderat bereits eine Vermutung geäussert, dass der Durchgangsverkehr nur 2'000 – 3'000 Fahrzeuge sind. Dies leitete man von einer Verkehrszählung bei einer Sperrung des Rengglochs aufgrund von Unwettern ab. Die vorher genannten Zahlen wurden durch das kantonale Verkehrsmodell ermittelt. Damit kann man sehr genau berechnen wie viele von Gemeindegrenze zu Gemeindegrenze fahren. Das sind nur die 1'100 Fahrzeuge, was 6 % des Gesamtverkehrs im Zentrum entspricht. Alles andere ist Ziel- und Quellverkehr, welche von oder nach Kriens fahren oder sogar Binnenverkehr innerhalb der Gemeinde. Die Verkehrsbelastung im Grosshof ist bereits seit 10 Jahren sehr konstant. In den letzten Jahren hat sich der ÖV nicht mehr verändert. Auf der einen Seite ist der Grosshof bereits bis zur Kapazitätsgrenze belastet. Auf der anderen Seite konnten die anderen Verkehrsträger zunehmen. Zum Teil gab es auch Verlagerungen. Der MIV ist im Schnitt sehr konstant. Die Gemeinde Kriens befasst sich ja nicht alleine mit Verkehrsfragen. Es gibt auch die übergeordneten Planungen, wie den kantonalen Richtplan und das Aggloprogramm. Das Aggloprogramm ist Voraussetzung,

dass der Bund 35 % an eine Infrastrukturanlage bezahlt. Bis jetzt ist keine Umfahrung von Kriens in einem Aggloprogramm vorgesehen. Ein Ziel ist die nachhaltige Erschliessung, die Übernahme von zusätzlichem Verkehr durch den ÖV und selbstverständlich muss die nötige Mobilität für den Autoverkehr gewährleistet werden. Man hat sich Gedanken über eine gute Linienführung für eine Südumfahrung gemacht und kam auf die Lösung mit dem Beginn in der Südstrasse bis Ende Krauerwiese, wo man in die Horwerstrasse einmündet. Man kann dies natürlich auch als falsche Lösung anschauen. Beginnt der Tunnel bereits im Renggloch und geht bis zum Eichhof braucht es wahrscheinlich nicht einmal eine Entlüftung, weil dieser von so wenigen Autos befahren wird. Abgesehen davon kostet der sicherlich das Doppelte. Wenn nicht mehr Durchgangsverkehr da ist, kann auch nicht mehr Verkehr in eine Umfahrungsstrasse induziert werden. Rein verkehrstechnisch wäre es die beste Lösung, wenn die Strasse im Obernau im Boden verschwindet und nach der Hofmatt wieder nach oben kommt. Diese Lösung wäre bautechnisch noch machbar, weil die Bereiche des Portals noch frei sind. Der Gemeinderat macht sich mit einem Tagbautunnel mitten im Zentrum während fünf Jahren mehr Feinde als Freunde. Als der Tunnel Schlund gebaut wurde, gab es die Möglichkeit die Fahrspuren links und rechts vom Tunnelbau zu führen. Im Zentrum von Kriens ist dies schlicht nicht möglich. Mit dem Tunnel von der Südstrasse bis zur Krauerwiese zieht dieser 4'000 Fahrzeuge an. Diese Anzahl entlastet das Zentrum nicht richtig. Wenn das Zentrum ganz stark dosiert wird, bringt man 12'300 Fahrzeuge in den Tunnel. Dies ist für Einige bereits mit unangenehmen Umwegfahrten verbunden. Nach GVKK ist bei der Motelstrasse ein Ausbau für den Gegenverkehr vorgesehen, allerdings nur für die Buslinie 21. Der Autoverkehr möchte man auf dem übergeordneten Strassennetz belassen. Die Hauptprofiteure des Tunnels sind die Bewohner des oberen Teils von Kriens. Diese könnten eine schnellere Fahrt Richtung Zentrum oder Autobahnanschlüsse haben. Wenn das Zentrum wirklich von Verkehr entlastet wird, erhalten die Zentrumsbewohner auch eine Verbesserung. Diese Kosten sind für die Gemeinde schlicht untragbar.

Franco Faé bezieht sich auf die finanziellen Auswirkungen. Die Gesamtkosten der Südumfahrung betragen auf Schätzungen der Projekte Giswil (Bau: 2004) und Küssnacht (Bau: heute) zwischen 150 bis 248 Mio. Franken. Die grosse Differenz kommt nicht von den Baujahren, sondern auch weil neue Massnahmen bei der Umfahrung Küssnacht erforderlich wurden. Zusätzlich muss ein Sicherheitsstollen eingebaut werden. In Kriens sind sehr viel bewohnte Gebiete betroffen, was in Giswil und Küssnacht nicht der Fall ist. Auch die Leitungen im Boden würden einen Bau erschweren. Wenn die Gemeinde die Kosten alleine stemmen muss, steigt die Pro-Kopf-Verschuldung auf Fr. 11'000.00 bis 14'500.00. Das kantonale Mittel liegt bei Fr. 2'132.00. Auch der Steuersatz würde somit auf 2.31 und 2.52 Einheiten steigen. Für die Gemeinde Kriens ist es schlicht untragbar einen solchen Tunnel zu finanzieren. Der Bund beteiligt sich kaum an regionalen Umfahrungsstrassen. Auch bei der Umfahrung Küssnacht beteiligt sich der Bund nicht. Eine Mitfinanzierung durch den Kanton wird in Frage gestellt. Heute bedeutet es, dass die Gesamtkosten von 150 bis 248 Mio. Franken von Kriens getragen werden müssen. Nicht ganz vergessen darf man, wenn die Initiative angenommen wird und der Gemeinderat mit der Planung beginnen muss. Die Planungskosten betragen auch 13-16 Mio. Franken. Dies belastet die Gemeindekasse auch. Ein Tunnel verursacht hohe Kosten und einen tiefen Nutzen. Diese Kosten sind nicht tragbar. Die Mehrheit der Bevölkerung profitiert nicht.

Cyrrill Wiget attestiert den guten Willen. Niemand will Stau, denn Stau verursacht Kosten. Gesamtschweizerisch betragen die Staukosten 2 Milliarden Franken, weil die Handwerker nicht vorankommen. Der Gemeinderat hat höchstes Interesse daran den Verkehr im Zentrum so zu gestalten, dass es auch für die Siedlung und die Geschäfte attraktiver wird. Mit dem Tunnel hat man diese Lösungen jedoch nicht in Aussicht. Der Gemeinderat hat in den letzten Monaten nicht genug geschafft zu sagen, woran er überall arbeitet. Die Diskussionen in den Kom-

missionen waren intensiv. Damit hatte der Gemeinderat noch keine Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Neben der Klärung der Tunnelfrage, konnte der Gemeinderat aufgrund der Initiative aufzeigen, woran er ist. Alle umgesetzten und laufenden Verkehrsprojekte sind auf der Krienser Homepage einsehbar und beschrieben. Es ist eine interaktive Karte, bei der die Informationen zu den verschiedenen Standorten abgefragt werden können. Wenn die Klärung vorgenommen ist, kann das GVKK finalisiert werden. Mit der Kommission wurden drei Sitzungen vereinbart, bei dem das Konzept Seite für Seite durchgearbeitet wird. Anschliessend findet eine öffentliche Mitwirkung statt. Die Bevölkerung soll in einer geeigneten Form Rückmeldungen geben können. Auf Mitte 2018 sollte man bereit sein, dies dem Einwohnerrat vorzulegen. Der Gemeinderat schätzt, dass der Einwohnerrat überparteilich zusammengesessen ist und sich Gedanken zu einem allfälligen Gegenvorschlag hat unter der Berücksichtigung eines allfälligen Rückzugs gemacht hat. Der Gemeinderat findet dies einen guten Weg die Zusammenarbeit wieder zu forcieren und das Miteinander zu verstärken. Bei der Interpretation gibt es zwei Probleme. Die Initiative ist so formuliert, dass es einen relativ breiten Spielraum lässt, was sicher auch gut ist. Diese muss sich ja auch der übergeordneten Planung einfügen. An der Idee der Verkehrsrichtplanung möchte der Gemeinderat festhalten. Er versteht es so, dass der Fahrplan des GVKK nicht eingestellt wird, sondern, dass die öffentliche Mitwirkung gemacht, das GVKK abgeschlossen und im Anschluss geprüft wird, welche Teile aus diesem Konzept in einer Richtplanung überführt werden sollen. Das kann selbstverständlich im Nachgang passieren. Es ist selbstverständlich nicht falsch, wenn der Einwohnerrat dies heute so macht. Der Einwohnerrat gab dem Gemeinderat den Auftrag ein Konzept auszuarbeiten. Es wurde einiges an Geld ausgegeben, denn es wurden externe Planer hinzugezogen und die Verkehrskommission wurde ins Leben gerufen. Nun zurück auf Feld 1 mit einer Richtplanung findet der Gemeinderat nicht richtig. Im Text der Initiative ist dies nicht ganz klar. Es gibt relativ viele Auslegungsfragen. Der Gemeinderat möchte die Freiheit haben, dass wenn er an einem Ort eine gute Lösung für ein Verkehrsmittel hat, dass dies Platz und Möglichkeiten für ein anderes Verkehrsmittel an einem anderen Ort gibt. Es ist das gute Recht der FDP zu sagen, dass sie es anders versteht. Der Gemeinderat legt es schon so aus, dass er sich in der Weiterarbeit des GVKK und Richtplanung nicht vollkommen einschränken möchte. Es ist ein guter Grobkonsens, dass jedes Verkehrsmittel einen Vorteil haben soll. Wenn man die Planung der Obernauerstrasse ansieht, bei der die 2. Auflage jedoch noch auf sich warten lässt, ist das ein gutes Beispiel. Das Air-Bussystem wird soweit verbessert, dass der Fahrplan sicherer wird und wenn der Kanton Wort hält, gibt es einen Radweg. Dieser führt dazu, dass der MIV nicht mehr hinter einem Velo her fahren muss. Der MIV hat von der Verbreiterung der Strasse auch einen Vorteil, weil es eine Verflüssigung des Verkehrs geben soll. Es müssen solche Projekte realisiert werden, die allen Verkehrsträgern einen Vorteil bringen. Das Ziel ist staufrei, Verflüssigung und ein staufreies Zentrum.

Guido Solari korrigiert die Aussage von Cyrill Wiget. Die Frage ist offen, was passiert, wenn die Gemeindeinitiative zurückgezogen und der Gegenvorschlag angenommen wird. Er hat sich auf die Schnelle versucht schlau zu machen. Diese Frage ist im Kanton Luzern jedoch nicht geregelt. Aus diesen Überlegungen kommt er zu folgendem Schluss: Die Gemeindeordnung sagt ganz klar, dass dem obligatorischen Referendum eine Gemeindeinitiative unterliegt, sofern sie der Einwohnerrat abgelehnt oder einen Gegenentwurf gegenüber gestellt hat. Das heisst, der heutige Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum. Das Stimmrechts- und Gemeindegesetz regeln, wie eine Initiative zurückgezogen werden muss. Die Initiative kann zurückgezogen werden, solange sie nicht zur Abstimmung angesetzt ist. Diese Abstimmung ist selbstverständlich noch nicht angesetzt und es bleibt Zeit für einen Rückzug. Die Mehrheit des Komitees kann die Initiative zurückziehen. Im vorliegenden Fall reicht es wenn zwei Personen, da das Komitee aus drei Personen besteht, den Rückzug schriftlich beim Gemeinderat einreichen. Der Gemeinderat muss den Rückzug im Kantonsblatt veröffentlichen. Das Gemeindegesetz hat noch eine Bestimmung die sagt, dass ein Rückzug auch in Verknüpfung eines Gegenvorschlags erfolgen kann. Aufgrund dieser Abklärungen kommt er zum

Schluss, dass das kantonale Recht keine Möglichkeit sieht, dass ein solcher Gegenvorschlag, wenn die Initiative zurückgezogen wird, nicht der Urne unterbreitet werden muss. Es gibt so oder so eine Urnenabstimmung über den Gegenvorschlag oder die Initiative.

Erich Tschümperlin hat mit dem Gegenvorschlag etwas anderes verstanden. Wenn der Einwohnerrat vielleicht mit einer Motion beschliesst, dass dies mit dem Verkehrsrichtplan gemacht wird, dann werden die Initianten ihre Initiative zurückziehen. Er hat es nie als direkten Gegenvorschlag zur Initiative verstanden. Gibt es auch die Möglichkeit, einen Beschluss in Form einer Motion zu machen, damit man die Sicherheit hat, dass ein Verkehrsrichtplan erstellt wird und dann die Initiative zurückgezogen werden kann?

Gemäss Guido Solari gibt es viele Möglichkeiten. Er kann diese aber gerade nicht nennen. Im Moment liegt ein Antrag auf Gegenvorschlag vor. Man muss sich darauf stützen, was jetzt vorliegt. Wenn der Gegenvorschlag zu einer Motion umgewandelt wird, dann ist die Ausgangslage wieder eine andere.

Thomas Lammer stellt aufgrund der Diskussionen und den Erläuterungen von Guido Solari den Antrag auf Nichteintreten. Es gibt formelle regulatorische Probleme. Wenn man dies heute machen will, kann man es nicht sauber durchführen, auch wenn der Antrag in eine Motion umgewandelt wird. Die Motion muss als dringlich eingereicht werden, damit dies an der nächsten Sitzung im September abschliessend behandelt werden kann.

Abstimmung Eintreten

Mit 28:1 Stimmen wird auf den B+A nicht eingetreten.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

Das Geschäft geht zurück an den Gemeinderat.

4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Mülirain, 1. Lesung

Nr. 059/17

Der Bauvorsteher erklärte laut Viktor Bienz in der KBVU, dass die Vorprüfung noch nicht abgeschlossen ist. Die vom Kanton gewünschten Änderungen wurden vorgenommen und die überarbeitete Version dem Kanton zugestellt. Nun hat man die Situation, dass in der 1. Lesung kein definitiver Vorprüfungsbericht vom Kanton vorliegt. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass er mit einer so qualitativ guten Überbauung einen bestmöglichen Preis für das Areal erzielen kann. Das Eintreten in der KBVU auf diesen B+A war unbestritten. Die hohe Qualität des Projektes und die gute Eingliederung in die Umgebung wurden über alle Fraktionen gelobt. Auch positiv wurde gewichtet, dass die Hochspannungsleitung in den Boden verlegt wird. Bei der Detailberatung gab es Fragen zu der Höhe der Bauten. Im vorliegenden Fall sind es 13 Meter. Das Bau- und Zonenreglement muss eingehalten werden. Da es die 1. Lesung ist, gab es noch keine Abstimmung zum Beschlusstext.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat gemäss Andreas Vonesch den B+A: Bebauungsplan Mülirain positiv aufgenommen. Eintreten ist für sie unbestritten und sie wird dem B+A zustimmen. Das Areal Mülirain liegt an einer exponierten topografischen Lage. Es ist darum wichtig, eine Bebauung sorgfältig in die Umgebung einzubetten. Mit dem vorliegenden Projekt gelingt dies sehr gut. Positiv fällt auch auf, dass mit der gesamten Umgebung sorgsam umgegangen wird und sie mehr oder weniger so belassen wird, wie sie ist. Begrüssenswert ist auch, dass die Hochspannungsleitung endlich in den Boden verschwindet. Das wertet das Grundstück nochmals auf. Die Parzelle liegt an einer ausgezeichneten und gehobenen Wohnlage. Es ist darum richtig, eine Überbauung mit einer hohen Wohnqualität zu realisieren, aber auch eine attraktive Umgebungs- und Aussenraumgestaltung vorzunehmen. Sie ist überzeugt, dass die Erstellung von 32-35 Eigentumswohnungen potente Steuerzahler nach Kriens bringt, was den Finanzminister sicher freut. Die Desinvestition kommt zur richtigen Zeit und entspricht der Umsetzung der 4-Säulenstrategie. Die CVP/JCVP-Fraktion hofft, dass ein guter Verkaufserlös erzielt wird. In einer Sache ist sie aber mit dem Gemeinderat nicht ganz zufrieden. Es ist störend, dass bei einem solchen Geschäft nicht alle Dokumente vorliegen oder kurzfristig mit grossen Änderungen zugestellt werden. Besonders wenn bereits Arbeitsgruppen- oder Fraktionssitzungen stattgefunden haben, erschwert das effizientes Schaffen und eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Geschäft. Die CVP/JCVP-Fraktion bittet den Gemeinderat dies bei der Terminierung solcher Geschäfte zu berücksichtigen.

Laut Patrick Koch ist die SVP-Fraktion erfreut, dass die Desinvestitionen endlich getätigt werden. Mit der Veräusserung des Areals Mülirain und dem daraus erzielten Gewinn werden langfristige Schulden, die aus den Kosten der laufenden Investitionen entstanden sind, wieder abgebaut. Die Desinvestitionsstrategie sieht auch einen Verkauf der Liegenschaft Bosmatt vor. Auch auf der Bosmatt soll attraktives Wohnen am Hang mit hoher Lebensqualität möglich sein. Auch die Bosmatt ist an einer Toplage, wo ein maximaler Verkaufswert erzielt werden soll. Sie erachtet dies grundsätzlich als gutes Desinvestitionsprojekt. Der anliegende Grünraum und die Hecke erhalten in diesem Bebauungsplan einen sehr hohen Stellenwert. Da stellen sich für sie schon Fragen, ob die Desinvestition gewinnbringend genug und ob im Bebauungsplan die Ausnützung für das Anliegen des verdichteten Bauens genug hoch ist? Mit der Verkabelung der Hochspannungsleitung kann die Lebensqualität unbestritten im gesamten Quartier erhöht werden. Gemäss Vereinbarung verpflichtet die Gemeinde sich an der Häl-

te der Investitionskosten mit über Fr. 800'000.00 zu beteiligen. Ärgerlich ist, dass gemäss heutiger Netzplanung der CKW die Hochspannungsleitung im 2027 sowieso eliminiert würde. Mit dem vorzeitigen Rückbau kann die CKW wohl eine schöne Stange Geld sparen. Grosses Erstaunen und Unverständlichkeit löste in der SVP-Fraktion das Parkplatzangebot für den MIV aus. Das Parkplatzangebot soll im Minimum 50 % und im Maximum 100 % des Normbedarfs betragen. Bei einer Reduktion des Normalbedarfes von 100 % auf 50 % ergibt dies gerade noch 17 Parkplätze auf 35 Wohneinheiten. Das ist viel zu wenig. Begründet wird dies damit, dass eine Reduzierung der individuellen motorisierten Mobilität bezweckt werden soll. Sie fragt sich nun, ob dem Bauunternehmer die Mindestanzahl der Parkplätze vorgeschrieben wird? Mit solchen Einschränkungen verlieren die Eigentumswohnungen an Attraktivität. Nimmt man als Beispiel eine Familie mit zwei Kindern. Sobald die Kinder ins Berufsleben einsteigen, sind oft zwei, drei Autos erforderlich. Der Mülirain ist nur mittelmässig an den ÖV angebunden. Anders präsentiert sich die Situation bei Neubauten z.B. im Mattenhofquartier, das bestens mit einer S-Bahn-Station erschlossen ist. Die SVP-Fraktion will die Liegenschaft zum bestmöglichen Preis verkaufen. Dieses Ziel kann nur mit einer höheren Zahl an Parkplätzen erreicht werden. In der Detailberatung folgt ein Antrag. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten zum vorliegenden B+A.

Die FDP-Fraktion ist gemäss Thomas Lammer für Eintreten auf den vorliegenden B+A. Lange wurde der Verkauf der Liegenschaften Mülirain und Bosmatt gefordert. Nun liegt ein erster Puzzlestein im Bereich Devestitionen mit dem Bebauungsplan Mülirain vor. Die FDP-Fraktion ist darüber erfreut, denn weitere sollen ja folgen. Das kantonale Interesse an diesem Geschäft ist zwar gering. Es war aber eine Forderung aus der BZR Debatte und wurde vom Einwohner-rat so verlangt. Innerhalb der FDP-Fraktion ist das Projekt unbestritten. Neben der konzeptionellen Umsetzung bezüglich Einbettung in die Landschaft und Nachbarschaft überzeugt sie auch die geplante Verlegung der Hochspannungsleitung in den Boden. Das ist optisch aber auch immissionsbedingt sinnvoll. Aus den Verkäufen Bosmatt und Mülirain sollen insgesamt 18 Mio. Franken gelöst werden. Aus einem hohen Verkaufspreis des Mülirain Grundstückes Handlungsoptionen für die Liegenschaft Bosmatt abzuleiten, erachtet sie als nicht opportun. Vielmehr sollte das maximal Mögliche gelöst werden. Gerade auch, weil die Planung im Mülirain auch Eigentumswohnungen vorsieht, um den Mix zu Mietwohnungen zu erhalten. Die FDP-Fraktion freut sich deshalb, wenn hier im Rat über weitere Liegenschaftsveräusserungen debattiert wird, welche in der Beantwortung des Postulates Lammer „Strategie eingezonte Grundstücke der Gemeinde Kriens“ in dieser Sache sicher aufscheinen werden. Desinvestieren ist ein Teil der 4-Säulenstrategie. Die FDP-Fraktion ermächtigt den Gemeinderat in dieser Sache gemäss Antrag fortzufahren.

Laut Cla Büchi ist die SP-Fraktion für Eintreten und stimmt mehrheitlich der Weiterbearbeitung zur 2. Lesung zu. Grundsätzlich ist sie der Meinung, dass gemeindeeigene Grundstücke nur im Ausnahmefall verkauft werden sollen oder dann im Austausch eines Anderen. Aber angesichts der finanziellen Situation von Kriens und des Umstands, dass der strategische Wert des Grundstückes Mülirain tatsächlich gering ist, wird die SP-Fraktion einem Verkauf zustimmen. Hinsichtlich eines möglichen Verkaufs oder Abgabe im Baurecht des Grundstückes Bosmatt, wird sie das dann schon kritischer beurteilen. Erfreut ist die SP-Fraktion, dass der Gemeinderat im Vorfeld des Bebauungsplans einen Architekturwettbewerb durchgeführt hat. Das Ergebnis zeigt, dass sich das mehr als lohnt. Sie ist von der architektonischen Lösung überzeugt und findet, dass das Projekt auf die Situation und Topographie angemessen und qualitativ reagiert. Ob der Verkauf die prognostizierten 11 Mio. Franken oder sogar mehr einbringt, ist sie gespannt. Die SP-Fraktion hofft, dass die künftige Käuferschaft dem Umstand, dass die Gemeinde einige Vorinvestitionen wie Wettbewerb, Verlegung der Hochspannungsleitung und dem voraussichtlich gutgeheissenen Bebauungsplan Rechnung trägt und ein entsprechendes Angebot vorlegt. Zumal der Investor keine Ersatzabgaben für die allfällig nicht erstellten Auto-

abstellplätze berappen muss, weil der mögliche Reduktionsfaktor bei 50 % angesetzt wurde, was durchaus als sehr investorenfreundlich bezeichnet werden kann. Für das Verkehrsaufkommen bleibt zu hoffen, dass vom Reduktionsfaktor denn auch Gebrauch gemacht wird.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist gemäss Raoul Niederberger für Eintreten und begrüsst den B+A Bebauungsplan Mülirain grundsätzlich. Die klare Trennung zwischen spezieller Wohnzone und Grünzone findet sie wichtig und gut. Genauso begrüsst sie die gesamte interne Erschliessung für den Langsamverkehr. Zuletzt erscheint auch die Verlegung der Hochspannungsleitung sinnvoll, auch wenn sie mit einer anfänglichen Investition von Fr. 815'000.00 verbunden ist. Hingegen findet die Grüne/GLP-Fraktion es schade, dass die gerodete Hecke direkt am Waldrand wieder aufgeforstet werden soll. Sie hätte sich gewünscht, dass die Hecke wieder klar als eigenständiges Element hervorsticht. Weiter findet sie es schade, dass der Gemeinderat bei der Parkplatzanzahl nicht dem Vorschlag des BUWD gefolgt ist und keine Begrenzung nach oben fordert. Alles in allem erscheint der Bebauungsplan Mülirain begrüssenswert, wie eingangs bereits gesagt. Etwas ärgerlich ist nur noch, dass die definitive Vorprüfung des BUWD fehlt und allfällige Anpassungen erst im Rahmen einer zweiten Lesung behandelt werden können.

Enrico Ercolani findet dies eine schöne Sache, aber fragt sich, weshalb nicht die Gemeinde als Bauherr auftritt. So könnte sie 3-4 Mio. Franken Gewinn selber in die Tasche stecken. Es ist schade, dass die Gemeinde dies nicht selber macht, denn sie könnte dieses Geld gut gebrauchen.

Matthias Senn dankt für die positiven Rückmeldungen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Einwohnerrat mit dem Vorgehen nicht zufrieden ist. Er entschuldigt sich, dass im Nachhinein korrigierte Exemplare zugestellt wurden und der definitive Vorprüfungsbericht des BUWD nicht vorliegt. Aufgrund des Zeitplanes wollte der Gemeinderat die 1. Lesung vor den Sommerferien machen. Die nächste Einwohnerratssitzung findet erst in drei Monaten statt. Es wäre gut, wenn das Verfahren fortgesetzt wird, damit der Verkauf dieses Jahr noch aufgegleist wird und zumindest ein Teilbetrag des Verkaufs in diesem Jahr noch in die Rechnung einfließen kann. Warum das BUWD bei diesem Bebauungsplan so viele Korrekturen hatte, war dem Gemeinderat auch nicht ganz klar. Sie monierten, dass der Bebauungsplan nicht im kantonalen Interesse ist. Das ist richtig, aber der Einwohnerrat hat bei der Einzonung ein Sondernutzungsplanverfahren gefordert, damit er mitreden kann. Deshalb wurde eine Bebauungsplanpflicht und nicht eine Gestaltungsplanpflicht auferlegt. Es ist eine Überbauung mit ca. 30 Wohneinheiten, wobei der Kanton Recht hat, wenn er dies als Gestaltungsplan ansieht. Nichts destotrotz hofft der Gemeinderat, dass es mit der Vorprüfung gut kommt und die öffentliche Auflage gestartet werden kann. Das Parkplatzangebot wurde angesprochen. Einerseits wurde gefordert den Reduktionsfaktor komplett aufzuheben und andererseits will man, dass das übernommen wird, was der Kanton sagt. Der Einwohnerrat soll anhand des Antrages der SVP-Fraktion darüber entscheiden können. Der Reduktionsfaktor hat einen direkten Zusammenhang mit der Ersatzabgabe. Man kann noch so diskutieren, ob man bei einem Parkplatz eine Ersatzabgabe hätte verlangen sollen. Nun macht hier der Einwohnerrat die Politik, ob die Gemeinde Ersatzabgaben verlangen kann oder nicht. Das ist der bestehende Zielkonflikt. Macht man Mobilitätspolitik, wo man es als richtig erachtet, dass nicht 100 % realisiert werden können? Das heutige Parkplatzreglement lässt zu, dass mehr als 100 % realisiert werden können. Hier schlägt der Gemeinderat 50 - 100 % vor, der Kanton 50 - 80 %. Wenn der Investor dann 20 Parkplätze erstellt, kann die Gemeinde keine Ersatzabgabe einfordern. Wenn der Artikel aufgehoben wird, macht der Investor vielleicht 40 Parkplätze. Deshalb muss man sich fragen, was man genau möchte. Der B+A ist einerseits auch ein Planungsbericht für den Verkauf des Grundstücks. Der Gemeinderat dankt, dass der Einwohnerrat die Absicht wohlwol-

lend zur Kenntnis nimmt und es als richtig erachtet dieses Grundstück zu verkaufen. Bei der Bosmatt wird der Gemeinderat seine Absicht unterbreiten, die der Einwohnerrat diskutieren kann. Enrico Ercolani will, dass die Gemeinde als Bauherrin auftritt. Bisher hat sich die Gemeinde zurückgehalten private Überbauungen zu realisieren und überlies dies der Privatwirtschaft. Die Ersatzpflanzung für die Hecken kann im Hinblick auf die 2. Lesung angeschaut werden.

Raphael Spörri stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Sonderbauvorschriften

Antrag SVP zu Seite 6 – Art. 11

Die SVP-Fraktion stellt gemäss Patrick Koch den Antrag den Abschnitt 1 wie folgt anzupassen:

Das Parkplatzangebot richtet sich nach dem Parkplatzreglement Kriens und soll 100 % des Normalbedarfs betragen. Dies gilt für die Parkplätze der Bewohner, wie auch die Besucherparkplätze.

Die SVP-Fraktion möchte, dass die Gemeinde das Grundstück zum bestmöglichen Preis verkaufen kann. Das kann nur erzielt werden, wenn genügend Parkplätze vorhanden sind. Es sind 35 Wohnungen und 17 Parkplätze geplant. Das bedeutet, dass es nicht einmal einen halben Parkplatz pro Wohnung gibt. Die meisten der Anwesenden haben wahrscheinlich mehr als ein halbes Auto pro Wohnung. Das geht nicht auf.

Matthias Senn führt aus, dass es der Gemeinderat ungewöhnlich findet, dass der Investor 100 % realisieren muss. Das Parkplatzreglement sagt jedoch, dass man auch weniger machen kann, aber eine Ersatzabgabe zahlen muss. Diese Möglichkeit sollte man dem Investor offen lassen. Im Architekturwettbewerb hatte das Siegerprojekt nur 17 Parkplätze zur Verfügung. Der Gemeinderat findet den Antrag problematisch. Wenn der Absatz gestrichen wird und der Investor nur 17 Parkplätze erstellt und 35 der Normbedarf ist, muss er für 18 Parkplätze Ersatzabgabe bezahlen.

Gemäss Raoul Niederberger opponiert die Grüne/GLP-Fraktion diesem Antrag. Die SVP sagt doch immer, dass den Investoren nicht viel vorgeschrieben und ihnen möglichst viele Freiheiten gelassen werden sollen. Wenn der Gemeinderat dem Investor die Möglichkeit lässt zwischen 50 – 100 % zu erstellen, soll das so belassen werden. So ist dem Investor relativ frei gestellt, wie viele Parkplätze er erstellen will, ohne Ersatzabgaben zu leisten. Diese Regelung mindert eher den Preis, als dass dieser nach oben getrieben wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat laut Kathrin Graber diese Frage auch besprochen. Der Vorschlag des Gemeinderates hat sie überzeugt und scheint eine vernünftige Lösung zu sein, die dem Investor den nötigen Spielraum lässt. Darum unterstützt sie den Antrag nicht.

Aus Sicht von Rolf Schmid zielt der Antrag in eine falsche Richtung und ist investorenfeindlich. Die Gemeinde will einen guten Preis ausschlagen. Wenn nun der Investor sehr viel in ein

Parkhaus investieren muss, dann weiss er nicht, wie viele zuschlagen möchten und der gewünschte Preis erzielt werden kann. Mit der Möglichkeit von 50 - 100 % gibt es eine gewisse Attraktivität und Spielraum.

Patrick Koch hat bereits erläutert, dass es nicht einmal einen halben Parkplatz pro Wohnung gibt. Leute werden mehr Autos haben, das ist ganz klar. Das bedeutet, dass die Autos auf anderen Parkplätzen abgestellt werden. Es gibt mehr Verkehr, was umweltschädlich ist. Aufgrund dessen findet er es komisch, dass nicht einmal eine Ersatzabgabe gefordert werden soll. Es wäre sinnvoll, wenn wenigstens das eingehalten wird. Wenn der Antrag des Gemeinderates beibehalten wird, hält er am Antrag fest.

Thomas Lammer führt aus, dass die FDP-Fraktion auch am Vorschlag des Gemeinderates festhält. Die vorgeschlagene Flexibilität soll beibehalten werden.

Leo Sigg findet die Formulierung und das Argument mit dem halben Parkplatz der SVP schon speziell. Der Investor hat die Möglichkeit 100 % auszunutzen. Er wurde nach unten nicht eingeschränkt. Wenn es für den Investor keinen Sinn macht, muss er aber nicht 100 % erstellen. Ein Investor überlegt sich sehr wohl, ob er alle Parkplätze vergeben kann oder nicht. Wenn er zum Schluss kommt, dass er nicht alle Parkplätze vergeben kann, baut er auch nicht alle. Wenn er alle vergeben kann, wird er auch die 100 % ausnutzen.

Räto Camenisch möchte nicht nur Parkplätze und Wohnungen, sondern auch Steuerzahler. Wenn 17 Parkplätze für 34 Wohnungen erstellt werden, hat jeder Zweite kein Auto. Dies kann ja auch ein guter Steuerzahler sein, aber ist es meistens nicht. Genau da muss man aufpassen. Er hat einmal mit einem bekannten Krienser Architekten über diese Parkplatzfrage diskutiert. Der Architekt hat schon viel gebaut und er ist noch nie auf einem Parkplatz sitzen geblieben. Selbstverständlich muss der Investor selber wissen, wie viele Parkplätze er erstellen möchte, aber man muss auch wissen, welche Leute und Bauten man in Kriens möchte. Bezüglich Ersatzabgabe muss man auch wissen, was man fordern will. Das gültige Reglement soll die Grundlage sein. Aufgrund dieser Grundlage ist die Ausnutzung da. Er denkt politisch und möchte deshalb primär von der Maximalanzahl ausgehen.

Erich Tschümperlin ist seiner Meinung nach auch ein guter Steuerzahler und hat kein Auto. Es gibt solche Leute. Die Welt ändert sich. Es gibt auch Untersuchungen über die Steuerkraft von Leuten an Wohnorten. Das ist eine andere Geschichte. Es kann nicht sein, dass man den höchstmöglichen Preis und dazu Ersatzabgaben möchte. Das beisst sich definitiv. Wenn man den höchstmöglichen Preis möchte, muss dem Investor die grösstmögliche Freiheit überlassen werden. Der Investor muss die Parkplätze verkaufen und soll deshalb darüber bestimmen können. Man kann abschätzen wie teuer ein Parkplatz wird und dieser wird nicht günstig. Der Investor soll nicht auf diesen sitzen bleiben. Er staunt, dass die Linken den Investor gegenüber der SVP verteidigen müssen. Es ist sinnlos, den Investor einzuschränken. Der Sprechende hat den Vorstoss zur Ersatzabgabe gemacht. Dies hatte einen anderen Hintergrund. Er war auch fürs Parkplatereglement und unterstützt den Gemeinderat. Das obere Limit kann auch gerne nach unten korrigiert werden. Es soll jedoch so belassen werden. Der Gemeinderat hat gute Arbeit geleistet.

Rolf Schmid staunt, wie solche Behauptungen in den Raum gestellt werden. Er kann ein Beispiel nennen: Im Industriequartier in Zürich hinter dem Bahnhof an der Limmat hat es eine

neue Überbauung gegeben. Darin kostet eine Wohnung gegen Fr. 10'000.00 im Monat. Es gibt lange nicht für jede Wohnung einen Parkplatz. Diejenigen, die diese Wohnungen mieten können, sind sehr gute Steuerzahler.

Gemäss Räto Camenisch kann man den Mülirain nicht mit dem Escherwyss-Areal vergleichen. Selbstverständlich gibt es in Zürich viele Haushalte ohne Auto, denn diese brauchen gar keines.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Ablehnung), gegenüber Antrag SVP (Anpassung)
Mit 21:7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Bienz, Bruno	GR: gemäss Antrag
Bienz, Viktor	GR: gemäss Antrag
Binggeli, Michèle	SVP: Parkplatzreglement
Büchi, Cla	GR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gemäss Antrag
Camenisch, Räto	SVP: Parkplatzreglement
Ercolani, Enrico	GR: gemäss Antrag
Erni, Roger	GR: gemäss Antrag
Estermann, Yvette	SVP: Parkplatzreglement
Fluder, Hans	SVP: Parkplatzreglement
Graber, Kathrin	GR: gemäss Antrag
Graf, Alfons	SVP: Parkplatzreglement
Kobi, Tomas	GR: gemäss Antrag
Koch, Patrick	SVP: Parkplatzreglement
Lammer, Thomas	GR: gemäss Antrag
Manoharan, Yasikaran	GR: gemäss Antrag
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	GR: gemäss Antrag
Nyfeler, Nicole	GR: gemäss Antrag
Piras, Davide	GR: gemäss Antrag
Portmann, Michael	GR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	GR: gemäss Antrag
Schmid, Rolf	GR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	GR: gemäss Antrag
Sigg, Leo	GR: gemäss Antrag
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss Antrag
Vonesch, Andreas	GR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	SVP: Parkplatzreglement

Matthias Senn dankt für das Eintreten. Der Gemeinderat hofft das es so weiter geht, keine Einsprachen eingehen und im Herbst die 2. Lesung vorgelegt werden kann.

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt, findet keine Schlussabstimmung statt.

5. Postulat Camenisch: Gesamtverkehrskonzept an die richtige Stelle
Nr. 040/17

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Räto Camenisch ist nicht wegen nichts auf dieses Postulat gekommen. Mehrere Leute aus der Verkehrskommission sind an ihn gelangt. Sie haben ihrer Unzufriedenheit über die Arbeit in der Kommission Ausdruck gegeben. Insbesondere fand bis zu diesem Zeitpunkt während eines ganzen Jahres keine Sitzung statt. Kriens hat sehr viele dringliche Probleme. Es stellte sich die Frage, weshalb der Dossierswechsel nicht stattgefunden hat. Es darf in der Schweiz relativ selten vorkommen, dass die Dossiers in einem anderen Departement sind. Meistens ist es so, dass derjenige der es nicht erhält, etwas verbrochen hat, damit er es nicht nehmen darf. Das ist in der Schweiz üblich. Die Antwort des Gemeinderates besteht zu 50 % aus Belehrungen des Gemeindereglements. Selbstverständlich kennt der Sprechende dieses. Darum muss bei einem Postulat geprüft werden, ob er soll. Ihm schwebte ein Fingerzeig des Parlamentes vor, dass man gerne eine zukunftsgerichtete Lösung hat. Das zuständige Departement soll dieses Dossier bearbeiten und leiten. Ein Gesamtverkehrsdossier ist nie abgeschlossen, aber natürlich kann es Phasen geben. Aber wenn das Dossier nicht vor Abschluss übergeben wird, ist das schlicht und einfach der St. Nimmerleinstag. Das möchte er nicht. Es sollen klare Verhältnisse geschaffen werden. Kriens hat eine vertrackte Situation. Nicht um sonst hat das Volk drei Mal diese Verkehrspolitik klar und deutlich abgelehnt. Er merkt, der Gemeinderat hat Angst davor und versucht auch die Initiative zu umgehen, weil dies angenommen werden könnte. Langsam aber sicher muss die Politik dem Volkswillen angepasst werden. Räto Camenisch möchte selbstverständlich nicht in die Kompetenzen des Gemeinderates eingreifen, aber er möchte eine Meinung haben. Deshalb hat er dieses Postulat geschrieben.

Laut Judith Mathis-Wicki lehnt die CVP/JCVP-Fraktion das Postulat ab. Es liegt nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates, dem Gemeinderat vorzuschreiben, welches Departement sich um welche Sachgeschäfte zu kümmern hat. Das Verkehrskonzept ist weit fortgeschritten bis praktisch fertig, wird aber leider noch von der „Staufrei-Initiative“ blockiert. Das heisst, es macht wirklich keinen Sinn zum jetzigen Zeitpunkt das Geschäft einem anderen Departement zuzuordnen und allenfalls die ganze Planung zu gefährden und nochmals von vorne zu beginnen. Nur weil allenfalls die Stossrichtung der Verkehrsplanung dem Postulanten nicht in allen Teilen gefällt, kann nicht alles über den Haufen geworfen werden. Das Verkehrsplanungs-Unternehmen hat sehr professionelle Arbeit geleistet und die Anliegen aller Kommissionsteilnehmenden berücksichtigt. In der gemeinderätlichen Verkehrsplanungskommission sind übrigens alle Parteien, Quartiervereine und Interessenvertreter eingebunden. Der Einwohnerrat wird Gelegenheit haben, über den Inhalt der Verkehrsplanung in allen Teilen zu beraten. Nach Abschluss der Planung wird das Verkehrsdossier zur Umsetzung an das Bau- und Umweltsdepartement weiter gegeben, was sie unterstützt. Dies wird vom Gemeinderat in seiner Antwort auch so vorgeschlagen. Dass das Parkplatzreglement vom Krienser Stimmvolk abgelehnt worden ist, bedeutet nicht, dass die Krienser Bevölkerung gegen eine fortschrittliche und zukunftsorientierte Verkehrsplanung mit weniger Stau, mehr Lebensqualität und mehr Sicherheit für den Langsamverkehr ist.

Gemäss Alfons Graf muss die SVP-Fraktion von weiten Kreisen aus der Bevölkerung die Unzufriedenheit feststellen, dass das Dossier Verkehr beim Gemeindepräsident liegt. Nach drei Niederlagen in Abstimmungen ist es an der Zeit das Dossier an das Baudepartement abzugeben. Als Velohändler ist der Gemeindepräsident befangen und kann zu Verkehrsfragen keine objektive Meinung vertreten. Das wäre dasselbe, wenn der Direktor der VBL eine Auto Garage hätte und Fahrzeuge verkaufen würde. Es ist fünf vor zwölf, dass der Gemeindepräsident das Verkehrs-Dossier in sachliche Hände übergibt, bevor noch mehr Schaden und Kosten von zukünftigen, unnötigen Abstimmungen in Verkehrsfragen auf die Gemeinde zukommen.

Laut Thomas Lammer, FDP-Fraktion, ist es in der Kompetenz des Gemeinderates, wie er sich organisiert. Dem möchte er nicht widersprechen. Dass man Teile des Verkehrsdossiers insbesondere die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzeptes in der bisherigen Zuständigkeit belies, hatte mit dem geplanten und erwarteten Abschluss binnen 6 Monaten auch seine Richtigkeit. Nun scheint sich der Zeitplan aber deutlich verschoben zu haben. Es ist mittlerweile die Rede von Mitte 2018. Dieser Umstand macht einen Wechsel auch dieses Dossiers in das zuständige Departement notwendig. Die Wahrnehmung der FDP-Fraktion ist zudem, dass in Verkehrsfragen jeweils aus zwei Departementen geantwortet wird. Das ist rein organisatorisch betrachtet kein guter Zustand und führt im Beispiel des Parkplatzreglements zu ungenauen oder falschen Aussagen, was wenig imagefördernd für die Gemeinde und den Gemeinderat ist. Die Begründung der Einschätzung von strategischen Aufgaben scheint ihm da auch etwas strapaziert. Die FDP-Fraktion wird dem Postulat zustimmen.

Cla Büchi führt aus, dass die SP-Fraktion das Postulat ablehnt. Wie in der Kommission gesagt wurde, haben spezielle Umstände dazu geführt, dass die Zuständigkeit über das Gesamtverkehrskonzept beim Präsidialdepartement gelandet ist und letztlich hatte es mit der Departementsreform zu tun. Darum scheint es der SP-Fraktion nachvollziehbar, das Gesamtverkehrskonzepts dort zu Ende zu führen. Sie ist auch der Meinung, dass die Zuständigkeit von Geschäften unter den Departementen geregelt wird und in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Das kann nicht die Aufgabe des Einwohnerrates sein. Nun zum 2. Punkt des Postulats: Es ist genauso bei der Auswahl von Planern. Das kann nicht ernst gemeint sein und ist fern von jeglicher Realität. Der Einwohnerrat ist fachlich wie inhaltlich viel zu weit weg von den Geschäften und kennt die Abhängigkeiten und die Zusammenhänge zu wenig, um beurteilen zu können, wer der richtige Planer ist.

Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion zitiert § 33 Abs. 2 der Gemeindeordnung: *"Der Gemeinderat konstituiert sich selbst. Vorbehalten bleibt die Wahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten."* Es ist somit klar, dass es nicht die Sache des Einwohnerrates ist die verschiedenen Dossiers den einzelnen Gemeinderäten zuzuweisen, sondern dass dies deren Sache ist. Eine andere Regelung wäre wohl auch nicht zielführend. Denn jede und jeder in diesem Rat dürfte von Zeit zu Zeit einmal den Wunsch gehegt haben, dass das eine oder andere Dossier doch bei einem anderen Gemeinderat liegen würde. Wäre die Kompetenz also beim Einwohnerrat, könnte der Gemeinderat seine Arbeit nicht mehr nachkommen. § 33 dürfte auch dem Postulaten ganz sicher bekannt sein, ist er nun doch schon seit nota bene 13 Jahren Mitglied des Einwohnerrates. Für die Grüne/GLP-Fraktion scheint Sinn und Zweck dieses Vorstosses deshalb nur das mediale Echo gewesen zu sein und um noch einmal den Unmut über die Verkehrspolitik des Gemeinderates kund zu tun. Das kann nicht Sinn und Zweck eines Postulates sein. Die Grüne/GLP-Fraktion schliesst sich deshalb der Haltung des Gemeinderates an und ist gegen die Überweisung des Postulats.

Erich Tschümperlin glaubt, dass der Eindruck herrscht, wenn dieses Verkehrsdossier verschoben wird, eine andere Verkehrspolitik herauskommt. Das ist ein Irrtum. Die Verkehrspolitik wurde vom Gesamtgemeinderat beschlossen und wurde vom Einwohnerrat gestützt. Den Witz von Alfons Graf, dass Cyrill Wiget als Velohändler befangen ist, fand er gut. Der Umkehrwitz bedeutet, dass Cyrill Wiget der einzige Experte im Gemeinderat ist, weil er sich mit Verkehrsfragen auskennt. Diese Argumentation kann man jedes Mal ad absurdum führen. Das bringt nichts. Der Einwohnerrat kann sich vieles wünschen. Zum Glück gibt es die klare Regelung der Gewaltenteilung und es ist Auftrag des Gemeinderates. Erich Tschümperlin hat heute schon ein paar Mal gehört, dass das Volk eine andere Verkehrspolitik möchte, weil sie drei Mal gegen den Gemeinderat gestimmt hat. Es ist sehr einfach in Verkehrsfragen den Teufel an die Wand zu malen und jeden Vorstoss zu versenken. Nimmt man an die Tunnelab-

stimmung kommt vors Volk und wird versenkt. Steht er dann auch jedes Mal auf und sagt, dass das Volk eine ganz andere Verkehrspolitik möchte, weil es den Tunnel versenkt hat? Das ist nicht zielführend und trifft den Kern der Wahrheit nicht ganz.

Cyrill Wiget tut es leid, dass der Gemeinderat etwas spitz reagiert hat, wenn man ihm in die Kompetenzen dreinreden will. Räto Camenisch ist seit 35 Jahren ein guter Politiker und weiss, dass die Exekutive dies nicht so gerne hat. Der Gemeinderat steht dazu. Er hat sehr viel Hintergrundwissen, weshalb der Schnitt bei einem Projekt wann gemacht wird. Diese Kompetenzen möchte der Gemeinderat gerne spielen. Der Gemeinderat macht eine Politik. Die einzelnen Mitglieder können wohl Vorschläge einbringen, aber der Gesamtgemeinderat entscheidet. Damit der Einwohnerrat über die Strategie des Gemeinderates informiert wird, wird das Legislaturprogramm vorgelegt. Dann kann darüber gestritten werden, ob es eine gute Strategie ist oder nicht. Wenn diese Strategie steht, hat jeder Gemeinderat die Aufgabe, sich der Strategie zu fügen und diese Politik zu betreiben. Wenn jeder Gemeinderat die Farbe seiner Partei annimmt, wäre das für die Gemeinde Kriens nicht gut, denn so wird er sich nie einigen können. Bei der Departementsreform wurde bekräftigt, dass der Gemeinderat eine kohärente Politik macht. Mit der Problematik, dass der Gemeinderat auch Abstimmungen verliert, muss man leben, wenn Vorschläge gemacht werden. Man kann dies gebetsmühlenartig immer wiederholen. Es ist nicht angenehm eine Abstimmung zu verlieren. Wenn der Gemeinderat aber keine Vorschläge mehr macht, muss er sich pensionieren lassen. Wenn ein Vorschlag gemacht wird, kann es durchaus sein, auch wenn er verloren hat, dass der Vorschlag nicht schlecht war. Die Ablehnung hat kein Problem gelöst, sondern es muss weiterhin nach guten Lösungen gesucht werden. Das „Nein“ an der Urne hat bisher noch keine gute Lösung gebracht. Offensichtlich ist man mit der heutigen Situation nach wie vor unzufrieden. Vielleicht hätte die Abstimmung über das Fahrtenmodell vor 20 Jahren eine positive Auswirkung auf heute gehabt. Der Sprechende möchte Räto Camenisch beruhigen. Das Dossier hat zu Matthias Senn gewechselt, jedoch hat Cyrill Wiget noch einzelne Dossiers abzuschliessen. Nun finden noch drei Sitzungen zusammen mit dem GVK statt. Danach wechselt das Dossier definitiv. Die anderen Dossiers gingen hauptsächlich in den Tiefbau. Der Schnitt wurde immer dann gemacht, als man es als sinnvoll erachtete.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Camenisch: Gesamtverkehrskonzept an die richtige Stelle (Nr. 040/17)

Das Postulat wird mit 16:13 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein

Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

6. Postulat Sigg: Verbesserung des Verkehrsflusses und Erhöhung der Sicherheit an der Amlehn & Schachenstrasse

Nr. 041/17

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Cla Büchi opponiert der Überweisung.

Laut Leo Sigg sind der Verkehrsfluss und auch die Sicherheit der Velofahrer an der Amlehn- & Schachenstrasse in der Bevölkerung immer wieder ein Thema. Die vorliegende Situation ist offenkundig sowohl für Auto- wie auch Velofahrer ein Ärgernis und nicht zufriedenstellend. Folgend gibt er die von Velo- und Autofahrern zugetragenen Ansichten wieder:

Velofahrer machen häufig geltend:

- Es gibt viele autofahrende Ignoranten, die keine Velofahrende sehen oder respektieren.
- Die grosse Masse der Autofahrer weiss nicht, wie die Regeln betreffend Velostreifen lauten.
- Es gibt viele, die unterhalb des Centrals die leichte Rechtskurve schneiden.
- Es gibt Autofahrer, die Velofahrenden vollen Ernstes empfehlen, auf das Trottoir auszuweichen.
- Es gibt Autofahrer, die Velofahrer regelrecht ausbremsen.

Autofahrer hingegen machen geltend:

- Die Situation ist gefährlich, weil die Strasse bei Gegenverkehr zu schmal ist.
- Velofahrer behindern den Verkehrsfluss, weil sie zu langsam unterwegs sind.
- Velofahrer nehmen keine Rücksicht auf die Autos und benehmen sich wie Rowdys.

Nur wenige sind mit der heutigen Situation zufrieden. Entsprechend muss sich etwas ändern. Die vorgeschlagene Verbesserung des Verkehrsflusses und auch die Erhöhung der Sicherheit sind sowohl bei Autofahrern wie auch Velofahrern höchst umstritten, das ist Leo Sigg bewusst. Einige sind vom Vorschlag begeistert, andere sind der Ansicht, die vorgeschlagene Regelung sei ein „No-Go“. Auch bei Verkehrsplanern ist die vorgeschlagene Lösung höchst umstritten. Es gibt also sowohl Befürworter wie auch Gegner für die vorgeschlagene Lösung. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen und im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts zu beurteilen. Damit ist die GLP nicht zufrieden und der Gemeinderat erkennt die Idee des Vorstosses. Diese besteht nämlich darin, sich bei dieser sensiblen und höchst umstrittenen Massnahme nicht auf theoretische Meinungen zu verlassen, sondern ein neues Verkehrsregime zu testen. Sollte es sich bewähren, kann es ins Verkehrskonzept integriert werden, andernfalls muss eine andere Lösung gesucht werden. Es versteht sich von

selbst, dass wenn das Verkehrskonzept irgendwann mal steht und verabschiedet ist, Änderungen daran nur sehr zurückhaltend vorgenommen werden. Es ist daher unverständlich, weshalb nicht vorab Änderungen ausgetestet werden sollen. Vor allem in einem Gebiet in dem sich alle bewusst sind, dass die Zustände unhaltbar sind, die Lösungsansätze jedoch selbst bei Verkehrsplanern umstritten sind. In einem solchen Fall kann nur die Praxis über die Bewährung einer Massnahme Auskunft geben. Zur vorgeschlagenen Massnahme möchte Leo Sigg anfügen, dass diese auch in anderen Städten umgesetzt wird. Diese hat er sowohl in Meilen, wie auch in Winterthur gesehen. In der von ihm vorgeschlagenen Variante ist aber der zentrale Punkt die verschobene Aufmarkierung der Mittelleitlinie. Daran können sich die Autofahrer orientieren und fahren damit nicht ständig auf den Velostreifen. Seine Beobachtung im Strassenverkehr zeigt nämlich, dass der Grossteil der Autofahrer die Fahrzeugbreite ihres eigenen Fahrzeugs nicht einschätzen kann. Bei Gegenverkehr können viele Autofahrer nicht einschätzen, ob sie am entgegenkommenden Fahrzeug vorbeikommen, ohne nach rechts auf den Velostreifen auszuweichen, entsprechend fahren sie gewohnheitsmässig auf dem Velostreifen. Dabei realisieren Autofahrer meistens auch zu spät, dass sie das Tempo reduzieren müssten. Man soll sich mal darauf achten, welche Autofahrer bremsen und welche mehr Gas geben. Wenn sich auf dem Velostreifen dann ein Velofahrer befindet, führt dies beim aktuellen Zustand zu abrupten Bremsmanövern von den Autofahrern, selbst wenn diese eigentlich gar nicht nötig wären. Folgt hinter dem Auto ein zügiger Velofahrer, ergibt dies immer wieder gefährliche Situationen, weil auch dieser sofort abrupt bremsen muss. Dies ist nur ein Beispiel von einer gefährlichen Situation. Es gibt unzählige Beispiele, weshalb die Situation unbefriedigend und gefährlich ist. Abhilfe schaffen kann seines Erachtens nur eine Massnahme, bei welcher die Autofahrer in Richtung Kriens und damit bergauf nicht mehr auf den Velostreifen ausweichen müssen. Auch Leo Sigg wäre lieber, wenn in die Gegenrichtung auch ein Velostreifen geführt werden könnte. Dafür ist aber die Strasse eben gerade zu wenig breit. Die vorgeschlagene Massnahme ist nach Ansicht der GLP klar die bessere Lösung als die heutige Situation. Nach diesen Ausführungen bittet Leo Sigg, das Postulat zu überweisen.

Die CVP/JCVP-Fraktion opponiert laut Davide Piras gegen dieses Postulat. Sie ist klar der Meinung, dass eine solche Idee nicht im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts geprüft werden soll. Die Argumentation verfängt sich gerade in einem Punkt: Es fahren längst nicht alle Velos schneller als die Autos in Richtung Luzern. Ein Wegfall des Velostreifens ist gerade für die langsamen Velofahrer ein bedeutender Nachteil. Wird der Streifen entfernt, fehlt eine eindeutige Signalisation für Velo und Autofahrer und es führt nicht, wie der Postulat meint, zu einer Erhöhung der Sicherheit, sondern gerade zum Gegenteil, da Missverständnisse entstehen können. Die Amlehn-/Schachenstrasse ist ein Bestandteil des Gesamtverkehrskonzepts, welches zurzeit in Überarbeitung ist. Beachtenswert sind die Verkehrszahlen auf dieser Strasse: Am Dienstag 23. August 2016 wurden 3'806 Velos gezählt. In derselben Woche wurden gesamthaft 22'164 Fahrräder registriert. Spitzenreiter ist zurzeit der September 2016 mit 83'111 Velos. Diese Zahlen sind der Verkehrskommission sicherlich bekannt. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ist oberste Priorität. Wenn die anwesenden Ratsmitglieder die Sicherheit auf dieser Strasse wirklich vorantreiben wollen, wird man dies nicht durch den Wegfall eines Velostreifens erreichen, sondern durch gegenseitigen Respekt und Vorsicht im Verkehr.

Gemäss Alfons Graf, SVP-Fraktion, ist dieser Vorstoss wieder ein Paradebeispiel von linker Seite, die dauernd die Strassen in der Gemeinde umgestalten möchten. Überall sollen Schikanen eingebaut werden. Die Situation heute ist nicht für alle befriedigend, aber es soll doch zuerst einmal das Verkehrskonzept abgewartet werden, welches die Gemeinde Kriens ausarbeitet. Alles andere ist eine Zwängerei und ist gegen den Volkswillen. Für den Sprechenden, als ehemaliger Velobenutzer, ist es nicht nachvollziehbar, wenn ein Velostreifen verschwinden soll, welcher zur Sicherheit des Radfahrers dient. Und so ein Vorstoss kommt ausgerechnet

von einer „Velo freundlichen Partei“. Wie gesagt, soll zuerst auf das Gesamtprojekt vom Gemeinderat gewartet werden. Der Gemeinderat muss sich das Gesamtverkehrsprojekt auch gut überlegen. Allfällige Schikanen des Individualverkehrs wird die SVP-Fraktion wie in der Vergangenheit bekämpfen. Dass sie dabei die Unterstützung des Volkes hat, zeigten die letzten drei Abstimmungen betreffend Verkehr klar und deutlich. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Laut Thomas Lammer, FDP-Fraktion wurde schon viel an diesem Strassenzug herumgewerkelt: Mit Signalisation bei Einmündungen, ohne Ampeln, einspurig, Tempo 50 dann 40, vom Volk abgeschmetterte Initiativen und Vorstösse. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es heute funktioniert und kein neues Regime eingeführt werden soll. Sie lehnt das Postulat ab.

Die SP-Fraktion opponiert gemäss Cla Büchi der Überweisung. Somit muss Alfons Graf seine Meinung zum linken Ecken revidieren. Die Amlehnstrasse ist eine wichtige Verkehrsachse für Velofahrerinnen und Velofahrer. Dazu gehören auch schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Und gerade wegen der Sicherheit gibt es die zwei Velostreifen. Entfernt man jetzt einen Streifen, wäre das ein Rückschritt und ein falsches Zeichen. Es kann ja nicht sein, dass man die Sicherheit für die Velos abbaut, nur weil sich ein Teil der Autofahrenden nicht an die Verkehrsregeln hält. Aus diesen Gründen ist die SP-Fraktion gegen eine Überweisung und Prüfung vom Anliegen.

Erich Tschümperlin führt aus, dass auch die Grüne Partei der Überweisung opponiert. Sie beurteilt den Lösungsvorschlag anders als ihr Fraktionspartner. Es gibt eine klare Verschlechterung für Velofahrer. Alle Schulkinder, die oberhalb des Amlehnschulhauses zu Hause sind, zwingt man dazu auf der Hauptstrasse zu fahren. Das ist nicht zumutbar. Vielleicht würden diese dann auf dem Trottoir fahren und dann reklamieren die Fussgänger. Die Grüne Partei empfindet die vorgeschlagene Lösung als nicht gut. Der Sprechende warnt davor, diesen Vorschlag auszuprobieren. Alfons Graf hat hier etwas falsch verstanden. Dieser Vorschlag ist nicht gegen den MIV. Dieser erhält mehr Platz und könnte besser fahren. Die SVP-Fraktion müsste dies eigentlich begrüssen, wenn sie sich für den MIV einsetzt. Erich Tschümperlin fragt sich, ob nicht noch ein behördenverbindlicher Verkehrsrichtplan vorliegt, worin steht, dass dort eine Einbahnstrasse gemacht werden muss. Die Gemeinde ist gesetzesbrecherisch, denn dieser Verkehrsrichtplan wird auch nach 20 Jahren immer noch nicht umgesetzt. Geändert wurde dieser auch nicht. Wenn der Einwohnerrat schon etwas behördenverbindlich erlässt, müsste dies auch umgesetzt werden.

Räto Camenisch stellt fest, dass das Volk nun auch Gesetzesbrecher ist. Das Volk hat den jetzigen Zustand an der Amlehn-/Schachenstrasse genehmigt. Der Sprechende kennt diese Strasse aus Sicht des Velofahrers und des Autofahrers. Als Autofahrer nervt er sich mehr an dieser Strasse, als wenn er mit dem Velo unterwegs ist. Es hat immerhin zwei Spuren auf denen man immer fahren kann. Die einzige Einschränkung gibt es, wenn man ein anderes Velo überholen möchte. Es gibt ein Strassen- und Unfallverkehrsgesetz worin alles detailliert geregelt ist. Er weiss nicht, warum Kriens etwas neu erfinden muss. Wenn er am Stammtisch eine Bewertung abgeben muss, ist dieses Postulat eine Bieridee.

Gemäss Patrick Koch herrscht auf der Luzernerstrasse ein kleines Chaos. Es gibt eine riesige Autokolonne, die Busse kommen nicht vorwärts und die Velofahrer können nur im Slalomkurs Richtung Obernau fahren. Das ist keine Utopie, sondern ist am 20. Januar 2014 passiert. Es gab ein Tötungsdelikt an der Schachenstrasse. Daraufhin wurde die Schachen-

/Amlehnstrasse gesperrt. Man sah welche Auswirkungen die Sperrung auf die Hauptverkehrsachse hatte. Es ging überhaupt nichts mehr. Das ist der Beweis dafür, dass die Schachenstrasse während den Stosszeiten eine unentbehrliche Entlastungsstrasse ist. Eine Unterbrechung der Schachen-/Amlehnstrasse darf es nicht geben. Deshalb hat die SVP gegen das Strassenprojekt auf der Schachen-/Amlehnstrasse das Referendum ergriffen. Das Volk hat sich klar gegen das Strassenprojekt ausgesprochen. Krienser wollen nicht zurück zu Gotthelfs Zeiten und somit zum Postkutschenzeitalter. Als Allroundverkehrsteilnehmer betrachtet Patrick Koch die Situation gesamtheitlich. Weder Blumenkistenparcours, noch Signalisationswälder sind hier die Lösung. Sichere Veloverbindungen sind für ihn ein grosses Anliegen, denn er fährt viel Velo. Der vorliegende Vorstoss bringt eine Verschlimmbesserung für Velofahrer. Diese Strasse gehört ins Gesamtverkehrskonzept. Wenn es neue Lösungen gibt, kann man dies gerne anschauen. Die ganze Sache muss aber mit dem Volksverdikt vor Augen angeschaut werden. Aus den genannten Gründen ist Patrick Koch gegen die Überweisung.

Alfons Graf wollte der SP und den Grünen nichts unterstellen. Normalerweise sitzen sie halt im gleichen Boot. In dieser Frage hat er sich getäuscht.

Ohne dass Yasikaran Manoharan die genauen Zahlen kennt, würde er doch behaupten, dass die Verkehrsachse Schachen-/Amlehnstrasse für den grössten Teil der Krienser Bevölkerung die wichtigste Veloachse von Kriens nach Luzern und umgekehrt darstellt. Dies lässt sich alleine schon an der Vielzahl an Quartieren erkennen, welche an dieser Achse angrenzen oder dahin einmünden. Da er diese Achse fast täglich als Arbeitsweg benutzt, kann er die Situation auch aus eigener Sicht beurteilen. Auffallend ist doch, dass nebst den vielen Erwachsenen, vor allem auch Schüler diese Achse als Schulweg nutzen, sei es als Kantischüler, Berufsschüler oder auch als Schüler des Schulhauses Amlehn, nur um einige Beispiele zu nennen. Und gerade für diese Jungen muss ein sicherer Verkehrsweg garantiert werden. Die GLP Kriens argumentiert aber, dass mit der Streichung eines Velostreifens die Sicherheit des Velofahrers gesteigert werden kann. Da fragt sich der Sprechende an dieser Stelle, aus welcher Grundlage heraus sich der Postulant diese Annahme nimmt. Gibt es denn eine Referenz oder Studie, welche die Massnahme belegen kann? Yasikaran Manoharan ist zwar kein Verkehrsplaner, aber er vermutet, dass die Umsetzung eher das Gegenteil bewirkt. Eine Studie der Velokonferenz Schweiz aus dem Jahre 2012 bestätigt diesen Gedanken, indem sie nachweist, dass gelbe Velostreifen auf der Fahrbahn von den Velofahrern klar mehrheitlich als sicherer wahrgenommen werden und die Wahrscheinlichkeit wesentlich höher ist, dass Strassen ohne Streifen gemieden werden. Zudem stellt sich beim Weglassen des Velostreifens auch die Frage, ob allenfalls mit mehr Geschwindigkeitsüberschreitungen von Automobilisten gerechnet werden muss. Der Sprechende ist etwas irritiert über die Forderung der GLP. Das Postulat vermittelt nämlich, dass Velofahrer Bremsklötze sind, welche den armen Autofahrer behindern. Er findet es auch überhaupt nicht förderlich, wenn Velofahrer für Verkehrschaos und Verkehrsbehinderungen verantwortlich gemacht werden. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass nicht der Velofahrer schuld daran ist, dass dem Schweizer sein allerliebstes Auto immer grösser und breiter wird. Da er aber kaum ein Offroaderverbot auf dieser Achse durchsetzen kann, hat er aber noch einen anderen Vorschlag, um die Sicherheit auf dieser Achse zu verbessern. Man könnte die Verkehrsachse für Schwertransporter sperren, was die Sicherheit für Velofahrer und Autofahrer wesentlich steigern könnte. Denn diese haben auf dieser schmalen Strasse nichts zu suchen. Einen Hinweis zum Schluss noch. Der Pro-Kopf-Energieverbrauch jeder Schweizerin und jedes Schweizers soll gemäss angenommener Energiestrategie bis 2035 um 43 % gesenkt werden. Dafür müssen öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr und insbesondere das Velo stärker gefördert werden. Ob aber jemand das Velo als Verkehrsmittel wählt, hängt allerdings wesentlich davon ab, wie schnell, komfortabel und sicher das Ziel erreicht werden kann. Daher ist die Einrichtung attraktiver Velowege ins nahe Zentrum für Ag-

glomerationsgemeinden besonders wichtig. Darum bittet er den Einwohnerrat, den Fokus auf die Verbesserung der Sicherheit für Velofahrer zu setzen. Wenn man den Vorschlag testet, werden für ein Jahr alle Markierungen entfernt und danach wieder neu gemacht. Das ist finanziell gesehen ein absoluter Unfug.

Davide Piras kommt zum Vorschlag wegen dem Verbot für Schwertransporter. Es gibt Fälle, bei denen der Schwertransporter auf der Amlehn-/Schachenstrasse fahren muss, wenn er beispielsweise zum Seiteingang der Andritz Hydro muss. Mit einem Anhänger kommt ein Schwertransporter bei der Busschleife nicht um die Ecke.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Sigg: Verbesserung des Verkehrsflusses und Erhöhung der Sicherheit an der Amlehn & Schachenstrasse (Nr. 041/17)
Das Postulat wird mit 28:1 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

7. Postulat Tanner: Einführung eUmgang in der Gemeinde Kriens Nr. 046/17

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

8. Bericht dringliches Postulat Büchi: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil Nr. 008/16

Laut Raphael Spörri beantragt der Gemeinderat das Postulat aufgrund des vorstehenden Berichts als erledigt abzuschreiben. Davide Piras wird zu diesem Traktandum in den Ausstand treten.

Cla Büchi führt aus, dass anders als beim Grundstück Mülirain das Areal Andritz Hydro absolut strategischen Wert für die Gemeinde Kriens hat, was auch der Gemeinderat bestätigt. Darum hat der Sprechende auch dieses Postulat eingereicht. Der Gemeinderat argumentiert in seinem Bericht, dass die Verkäuferschaft kein Interesse hat, das Areal der Gemeinde Kriens zu verkaufen und dass die finanziellen Vorstellungen weit von dem entfernt liegen, was der Gemeinderat mit gutem Gewissen vertreten kann. Weiter sagte Matthias Senn in der Luzerner Zeitung, dass Kriens nie die Absicht hatte, das ganze Areal zu kaufen. Cla Büchi fragt sich folgendes: Wieso soll die Andritz Hydro kein Interesse haben, das Areal an die Gemeinde zu verkaufen? Gibt es da bestimmte Gründe? Der Kaufpreis liegt weit weg von dem was Kriens zahlen könne. Anhand von was für Kriterien kommt der Gemeinderat zu diesem Schluss? Zufällig hat der Sprechende Kontakt zum Investor und kennt den ungefähren Preis und der liegt seiner Meinung nach durchaus im normalen Bereich. Und was gibt es für Gründe, dass die Gemeinde nicht das ganze Areal kaufen soll? Die Gemeinde wäre ja frei, einen Teil weiter zu verkaufen. Und im Grundsatz ist es ja so, je grösser der Anteil, umso grösser ist auch der Einflussfaktor auf die Entwicklung. Kurz gesagt ist er mit dem Bericht und den Gründen, wieso ein Kauf nicht in Frage kommt, mässig zufrieden. Er spürt aus dem Bericht keine Überzeugung, das Areal wirklich kaufen zu wollen. Dabei gibt es mehrere Gründe, die klar für einen Kauf sprechen. Ein Kauf würde die Nettoverschuldung nicht erhöhen, weil das Grundstück im Finanzvermögen als Aktivposten erscheint. Und auf längere Sicht würde das Areal der Gemeinde Kriens sogar beträchtliche Einnahmen generieren. Die Gemeinde müsste als öffentliche Körperschaft keinen Mehrwertausgleich zahlen, was ihr einen finanziellen Vorteil von mind. 20 % gegenüber Mitbewerbern bringt. Die Gemeinde und der Einwohnerrat haben bei einem Kauf die Steuerung der Entwicklung selber in der Hand und muss sich keinen Sachzwängen beugen. Es werden in der nächsten Zeit weitere Verhandlungen stattfinden und der Verkauf an den Investor steht noch nicht fest. Darum beantragt Cla Büchi sein Postulat noch nicht abzuschreiben. Sollte der Verkauf an den potentiellen Investor nicht zustande kommen, ist die Ausgangslage wieder offen und die Andritz Hydro vielleicht sogar froh, mit der Gemeinde Kriens einen ernstzunehmenden Kaufinteressenten zu haben. Und noch eines: Noch ist das Areal eine reine Arbeitszone und der Einwohnerrat hat es in der Hand zu bestimmen, wann, wieviel und unter welchen Bedingungen eine Umzonung in Frage kommt.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist gemäss Andreas Vonesch für die Abschreibung des dringlichen Postulates. Seit der Überweisung des dringlichen Postulats von Cla Büchi im November 2016 hat sich die Ausgangslage zu den Verkaufsabsichten der Firma Andritz Hydro massgeblich verändert. Man spricht jetzt nicht mehr von einem rund 12'000 m² Teilverkauf des Grundstücks, sondern von einem Verkauf des gesamten Areals von 36'000 m² und einem schrittweisen Rückzug der gesamten Firma aus Kriens. Die Firma hat dies als Strategie bekanntgegeben und diese kann nicht von der Gemeinde beeinflusst werden. Klar ist auch, dass die Kaufverhandlungen mit möglichen Investoren schon sehr weit fortgeschritten sind. Aus Sicht der momentanen Finanzlage der Gemeinde, den Preisvorstellungen der Firma, sowie den Angeboten möglicher Investoren scheint es illusorisch, dass die Gemeinde das gesamte Grundstück kaufen kann. Und so wie es aussieht, ist die Firma auch nicht wirklich an einem Verkauf an die Gemeinde interessiert. Unbestritten ist aber, dass das Areal in der Mitte von Kriens ein immenses städtebauliches Potential aufweist, dem höchste Aufmerksamkeit ge-

schenkt werden soll. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass sich alle, sind das Behörden oder auch die Bevölkerung und auch ein interessierter Investor, dieser Verantwortung bewusst sind, dass auf dem Areal etwas zukunftsweisendes, etwas tolles für Kriens entstehen muss, auch wenn die Vorstellungen dazu im Moment noch recht weit auseinander liegen. Einen ersten Input können vielleicht die Resultate aus dem internationalen EUROPAN-Wettbewerb bringen, welche für den Dezember 2017 erwartet werden. Darauf kann man gespannt sein. Die Gemeinde ist im Moment nicht unter Druck. Man soll abwarten welche Vorstellungen und Pläne der Investor präsentiert. Der Einwohnerrat hat es in der Hand dann die Weichen richtig zu stellen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist sich sicher, dass auch der Gemeinderat im dauernden und engen Kontakt mit der Firmenleitung steht, weil auch er Interesse daran hat, dass dieses Areal zu einem attraktiven, lebendigen Teil des neuen Zentrums von Kriens wird.

Das Thema Landkauf hat sich laut Martin Zellweger, SVP-Fraktion, in Bezug auf das Areal Andritz Hydro mehr oder weniger erledigt. Damit ist dieses Postulat abzuschreiben. Vielmehr erstaunt es, dass die Gemeinde Kriens in Bezug auf den Umgang mit Grundstücken, d.h. Kauf und Verkauf von Grundstücken, nicht direkt auf eine zugrunde liegende Strategie zurückgegriffen hat. Liegt es denn in der Strategie der Gemeinde bestimmte, z.B. zentrumsrelevante Grundstücke zu beschaffen oder nicht? Wie sieht denn die diesbezügliche Finanzstrategie aus? Zu welchem Zweck sollten Grundstücke beschafft werden? Gibt es finanzielle Absichten oder nur raumplanerische? Sollte eine solche Grundstückbeschaffung nicht in der Strategie liegen? Wozu beschäftigt sich der Einwohnerrat dann damit oder wozu gibt es die Strategie? Genau das scheint nicht ganz transparent zu sein. Hier gibt es Handlungsbedarf. Im Rahmen von HRM2, aber auch im Rahmen des Ausbaus des Führungssystems der Gemeinde Kriens, ist der Gemeinderat gefordert eine grundlegende Strategie zu erarbeiten. Hier sollten also auch Aussagen zum Umgang mit Immobilien resp. eben mit Grundstücken gemacht werden. Ist eine solche Strategie vorhanden, so müssen nicht Spontanideen von einzelnen Parlamentariern, politische Stimmungslagen oder irgendwelche Hüftschüsse dazu führen, dass man Staub aufwirbelt und ohne Strategie Spontanaktionen hinzaubert. Die Erwartung der SVP-Fraktion an die vorgeschlagene Strategie der Gemeinde Kriens ist, dass zum Thema Umgang mit Grundstücken klare Positionen vorliegen.

Die FDP-Fraktion findet es gemäss Roger Erni einen guten und knappen Bericht vom Gemeinderat zu einer aktuellen Fragestellung von Cla Büchi. Ohne diesen Vorstoss hätte man nicht erfahren, dass am 11. November 2016 ein Treffen stattfand, am 23. November 2016 ein Schreiben verfasst wurde und am 2. Februar 2017 die Andritz Hydro den Bauvorsteher über den aktuellen Stand informiert hat. Die FDP-Fraktion erwartet auch mit Spannung die Resultate des Wettbewerbs. Die Gemeinde Kriens wird auf der Homepage nach aussen verkauft. Für die Wettbewerbsteams gibt es Vorgaben, was sie mit diesen 36'000 m² machen können. Dies ist eine grosse Chance für die Entwicklung des Andritz Hydro Areals. Die FDP-Fraktion akzeptiert, dass der Gemeinderat klar konstatiert, dass ein Kauf dieser Liegenschaft für die Gemeinde nicht möglich ist. Im Bericht ist erwähnt, dass die Unterzeichnung der Verträge im ersten Halbjahr 2017 vorgesehen ist. Kann der Gemeinderat heute etwas über den Investor sagen? Wie wird der Einwohnerrat über das weitere Vorgehen informiert?

Bruno Bienz, Grüne/GLP-Fraktion, stellt fest, dass die Antworten des Gemeinderates zum Kauf des Areals von Andritz Hydro leider nicht sehr erfolgsversprechend sind. Es gibt viele sehr gute Gründe, dass sich die Gemeinde für einen allfälligen Kauf des Areals einsetzt. Es ist fast ein Muss. Leider zeigt die Grazer Führung der Gemeinde die kalte Schulter. Das gibt zum Denken Anlass. Dass die Firmenleitung die Gemeinde aussen vorlässt, empfindet die Grüne/GLP-Fraktion als arrogant. Die Gemeinde Kriens hat in den letzten Jahren/Jahrzenten viel unternommen, damit sich die Firma weiterentwickeln und der Standort

attraktiv bleiben kann. Das ist jetzt anscheinend Schnee von gestern. Jetzt ist nur noch das Geld interessant. Die Verantwortung zu einer guten Lösung mit der Standortgemeinde übernimmt die Firma Andritz Hydro nicht. Umso mehr muss jetzt die Gemeinde und die Politik klare Zeichen setzen. Einen Schritt hat der Gemeinderat mit der Ausschreibung des internationalen European-Wettbewerbes gemacht. Auch begrüsst die Grüne/GLP-Fraktion den Auftrag für die städtebaulichen und verkehrstechnischen Fragen an der Hauptachse. Sie findet es auch wichtig, dass dem Investor im Vorfeld keine Zugeständnisse gemacht werden. Das Grundstück ist für die Gemeinde von enormer Bedeutung. Daher muss diese mittels Ortsplanung Einfluss auf die Nutzungen des Areals nehmen, wie Nutzungen als Handwerkerzentrum, für das Klein Gewerbe und auch bezahlbaren Wohnraum. Man hat bereits im Gebiet LuzernSüd für den Mittelstand unerschwingliche Mietzinse. Langsam aber sicher muss sich der Gemeinderat auch ein paar Gedanken über bezahlbaren Wohnraum machen. Dass sollte auch auf diesem Areal möglich sein. Um den möglichen Investor wird immer noch ein grosses Geheimnis gemacht. Zu hoffen ist, dass sich dieser der Verantwortung bewusst ist und nicht nur auf Maximierung aus ist. Die Grüne/GLP-Fraktion ist gespannt auf die in der Antwort erwähnten interessanten Vorstellungen für die zukünftige Nutzung. Sie wird die Entwicklung sehr genau verfolgen und allenfalls die Stimmbürger mit einschalten. Nicht vergessen möchte sie in diesem Zusammenhang die unbefriedigte Situation für die Angestellten der Andritz Hydro. Solange nicht klar ist, ob das Kopfgebäude wirklich gemietet werden kann, stehen sie vor einer unsicheren Zukunft. Die Grüne/GLP-Fraktion findet es deshalb wichtig ein klares Signal an die Firmenleitung und einem allfälligen Investor zu senden. Daher stellt sie nachher einen Antrag zu einem Commitment für den Industriestandort Kriens und zu den Arbeitsplätzen auf diesem Areal. Der Antrag lautet: *“Der Einwohnerrat befürwortet in den nächsten fünf Jahren keine Umzonung auf diesem Areal.”* Es ist ihr klar, dass diese Aussage nicht verbindlich ist. Aber es wäre ein Commitment für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Andritz Hydro in Kriens. Daher hofft sie auf Unterstützung zu diesem Anliegen. Nun kommt Bruno Bienz noch zu seiner dringliche Motion: Landkauf Andritz Hydro Nr. 10/2016. Da ja laut Bericht ein Kauf des Areals durch die Gemeinde nicht möglich ist, macht es deshalb keinen Sinn, an der Motion festzuhalten. So wie er informiert wurde, vertraut er darauf, dass diese Infos auf dem neusten Stand sind.

Der Sprechende hat ja schon an der Sitzung im November versprochen, dass wenn keine Aussicht auf Erfolg eines Landkaufs besteht, er die Motion zurückzieht. Leider ist das jetzt Tatsache geworden. Es wäre eine super Sache geworden, wenn die Gemeinde dieses Areal selber entwickeln könnte. Leider sieht die Realität anders aus. Bruno Bienz bedankt sich nochmals für die Unterstützung der Motion.

Cla Büchi betont, dass der Kauf noch nicht abgewickelt ist. Es finden immer noch Verhandlungen zwischen dem Investor und der Andritz Hydro statt. Es kann durchaus sein, dass der Investor noch abspringt. Dann hat man eine offene Ausgangslage. Weshalb sollte dann die Gemeinde nicht nochmals versuchen mit der Andritz Hydro zu sprechen und einen Kauf anzustreben?

Bruno Bienz ergänzt zu seinem Votum von vorher, dass die Grüne/GLP-Fraktion auch nicht für Abschreibung ist. Der Kauf ist wirklich noch nicht über die Bühne. Solange dies nicht passiert ist, soll der Vorstoss nicht abgeschrieben werden.

Enrico Ercolani ist der Meinung, solange die Möglichkeit eines Kaufes für die Gemeinde auch nur an einem seidenen Faden hängt, sollte dieses Postulat nicht abgeschrieben werden. Die Gemeinde verpasst das Geschäft des Jahrhunderts, wenn sie diese Liegenschaft nicht kauft.

Gemäss Franco Faé ist Tatsache, dass es momentan für einen Verkauf an die Gemeinde Kriens nicht gut aussieht. In den Gesprächen mit der Andritz Hydro wurde der Erhalt eines Briefes aus Graz in Aussicht gestellt. Dieser ist bis heute jedoch nicht beim Gemeinderat eingetroffen. Zuerst wurde von einer Teilfläche gesprochen und heute geht es um das gesamte Areal. Er widerspricht der Auffassung, dass kein Interesse seitens des Gemeinderates für den Kauf da ist. Das Interesse ist sehr wohl da. Der Kontakt mit der Andritz Hydro wurde immer aufrechterhalten. Der Investor ist dem Gemeinderat bekannt, aber die Andritz Hydro besteht darauf, dass diese Informationen nicht nach aussen getragen werden. Daran hält sich der Gemeinderat auch. Am 6. Juli 2017 findet eine Sitzung mit dem Investor, der Andritz Hydro und dem Gemeinderat statt. Er ist sich sehr wohl bewusst, dass dieses Areal für die städtebauliche Entwicklung in Kriens sehr wichtig ist. Man möchte zuerst die EUROPAN-Studie abwarten, um zu sehen, was man überhaupt aus diesem Areal machen kann. Für die Umzonung ist nicht der Gemeinderat, sondern der Einwohnerrat zuständig. Eine Immobilienstrategie gibt es nicht wirklich, aber man ist an der Erarbeitung. Auch der Umgang mit den In- und Desinvestitionen ist in Planung.

Matthias Senn ist sehr erfreut, dass das Interesse an der EUROPAN-Studie so gross ist und alle gespannt sind, was herauskommt. Er macht beliebt keinen Schnellschuss zu machen. Klar hat die Konsultativabstimmung keine bindende Wirkung, aber es ist ein erstes Zeichen. Irgendwo müssen aber auch Entscheide gefällt werden, wenn gute Grundlagen vorliegen. Der Gemeinderat wird nicht erst im Januar mit der Umzonung in erster Lesung in den Einwohnerrat kommen, sondern wird das weitere Vorgehen mit dem Einwohnerrat besprechen, sobald die Planungsphase abgeschlossen ist. Er kann sich vorstellen, dass dem Einwohnerrat ein Planungsbericht vorgelegt wird. Darin kann vorgestellt werden was alles in der Machbarkeitsstudie geprüft wurde, was die Resultate von EUROPAN sind und wie der aktuelle Stand bezüglich Verkauf ist. Dann kann der Einwohnerrat über eine mögliche Umzonung diskutieren.

Antrag Grüne/GLP: Committed

Bruno Bienz stellt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion einen Antrag zur Konsultativabstimmung wie folgt: *Der Einwohnerrat befürwortet in den nächsten fünf Jahren keine Umzonung auf diesem Areal.*

Aufgrund der heutigen Konstellation soll die Politik ein Zeichen für die Arbeitnehmenden der Andritz Hydro setzen.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat gemäss Andreas Vonesch mit diesem Antrag schon etwas Mühe. Sie bekräftigte auch immer, dass sie zu den Arbeitsplätzen steht. Das ist unbestritten. Aber auch wenn der Antrag unterstützt wird, heisst es noch lange nicht, dass die Arbeitsplätze gesichert sind. Die Andritz Hydro hat seine Strategie klar bekannt gegeben. Diese kann mit diesem Commitment auch nicht beeinflusst werden. Zuerst soll das Ergebnis von EUROPAN abgewartet werden und dann geschaut werden, was ein Investor unterbreiten kann. Wenn der Einwohnerrat nun dieses Commitment, auch wenn dieses unverbindlich ist, abgibt, ist das ein Denkverbot für den Investor. Deshalb unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion diesen Antrag nicht.

Bruno Bienz weist darauf hin, dass die Andritz Hydro die Arbeitsplätze behalten möchte. Es geht darum, dass der Einwohnerrat bekräftigt, dass er die Arbeitsplätze in Kriens behalten möchte. Der jetzige Prozess dauert lange. Er weiss nicht, ob fünf Jahre überhaupt reichen. Man kann weiterdenken und weiterfahren. Die Umzonung soll jedoch nicht vor diesen fünf Jahren erfolgen. Die Sicherheit für die Mitarbeitenden besteht so nicht, aber so haben sie ein

Commitment des Einwohnerrates, dass er dies auch so wünscht. Es geht nur ums wünschen. Verhindern kann es der Einwohnerrat nicht.

Erich Tschümperlin führt nochmals aus, worum es bei diesem Vorstoss geht. Die Andritz Hydro hat klar aufgezeigt, was sie möchte. Sie suchen einen Investor und gehen davon aus, dass die Umzonung erfolgt und gebaut werden kann. Es geht nun darum, dass der Einwohnerrat einen Pflock einschlägt und sagt was er möchte. Von aussen soll auch wahrgenommen werden, dass der Einwohnerrat dies nicht verschläft und nach der Pfeife der Andritz Hydro tanzt. Zurzeit ist man in der Verhandlungsphase und die Gemeinde muss ihre Position klar markieren. Es ist nur eine Konsultativabstimmung und nicht verbindlich. Wenn in drei Jahren jemand kommt, weiss man vermutlich nicht mehr was der Einwohnerrat heute beschlossen hat. Die Meinung soll kundgetan und gesagt werden, dass es nicht so einfach geht. Die Andritz Hydro kann nicht einfach etwas auf den Tisch legen und der Gemeinderat und Einwohnerrat tanzen nach deren Pfeife, nur weil sie viel Geld hat und gross ist. Er macht beliebt einen Pflock einzuschlagen. Vielleicht erwacht der eine oder andere und merkt, dass auch noch ein paar andere Sachen angeschaut werden müssen.

Roger Erni ist doch schon ein paar Jahre im Einwohnerrat. Heute kommt ein Antrag zu einer Konsultativabstimmung. Er weiss nicht, ob man zuerst darüber abstimmen muss, ob man überhaupt ein Zeichen setzen will. Die Fraktionen konnten sich auch nicht besprechen. Sonst kann man immer eine Frage stellen. Er möchte zuerst wissen, ob man dies fordern kann. So wie er es liest, ist er dagegen, weil es gar nichts bringt.

Kathrin Graber schlägt vor das Commitment anders zu formulieren, damit alle dahinter stehen können. Die Arbeitsplätze sollen so lange wie möglich in Kriens erhalten bleiben. Darum geht es in erster Linie. Mit dem Vorschlag hat die CVP/JCVP-Fraktion Mühe, weil die Konsultativabstimmung nicht bindend ist, aber trotzdem ist dies eine Meinung, bei der sich der Gemeinderat überlegen muss, wie er damit umgeht. Danach fragen die Investoren was dies genau heisst. Der Gemeinderat muss dann sagen, dass es nicht bindend ist, aber sie trotzdem nicht umzonen dürfen und die Industriezone bleibt. EUROPAN kommt dann auch und kann nur mit Industriezone weiter planen. Es gibt eine gewisse Unsicherheit für die Planung. Darum macht sie beliebt den Satz umzuformulieren. Sie möchte, dass die Arbeitsplätze der Andritz Hydro möglichst lange erhalten bleiben. Dazu können alle Anwesenden ja sagen. Mit der Umzonung können die Arbeitsplätze nicht gesichert werden. Die Andritz Hydro hat ihre Strategie und kann die Arbeitsplätze einfach abziehen. Wenn ein Commitment abgegeben wird, sollte man dies positiv formulieren und nicht sagen, was man während fünf Jahren nicht machen will.

Räto Camenisch fragt sich, was das soll. Das Areal gehört der Andritz Hydro. Durch den Teilverkauf und der unmöglichen Positionierung des Blockes wurde das Areal bautechnisch versaut. Die Andritz Hydro hat sich von dieser Produktion praktisch verabschiedet. Es ist kein Nachfolger im industriellen Bereich in Sicht. Das Areal ist mitten in Kriens und somit ist das Zentrum von Kriens bereits versaut. Es ist ein binäres Zentrum. Oben ist das Schappe Center und unten der Pilatus Markt und zwischendrin immer etwas. Man hätte die Chance ein Zentrum zu machen, aber die Gemeinde hat kein Geld. Nun liegt eine Studie mit einem guten Ansatz vor. Man soll dies nun laufen lassen und gut überlegen. Ein Stopp für fünf Jahre soll nicht gemacht werden. Kriens will wahrscheinlich langfristig gar keine Fabrik mitten im Zentrum, sondern eine Gestaltung wie an anderen Orten auch. Kriens muss sich überlegen, wie ein Zentrum geschaffen werden kann. Wenn der Andritz Hydro ein Knebel zwischen die Beine geschossen wird, dann wird dies so dahin vegetieren, wie es jetzt ist. Das ist auch nicht richtig. Die Gemeinde soll sich so einmischen, wie es der Gemeinderat mit Verhandlungen macht. An den Arbeitsplätzen soll es nicht aufgehängt werden. Das ist illusorisch. Die Arbeitsplätze

sind wahrscheinlich langfristig nicht gesichert und werden ohnehin verlagert. Rätö Camenisch möchte ein sauberes Zentrum, woran gearbeitet werden muss. Deshalb findet er den Antrag nicht gut.

Gemäss Cla Büchi gehen diese fünf Jahre ganz schnell durchs Land. Vor fünf Jahren wird dort sowieso nichts passieren. Es braucht noch so viele Verfahren und auch eine Volksabstimmung über die Umzonung. Es ist nicht einmal sicher, ob dies dem Investor sogar entgegenkommt. Der Investor hat so mehr Zeit und es nimmt den Druck. Darüber nachdenken, was man mit dem Areal machen möchte, verbietet niemand. Der EUROPAN-Wettbewerb läuft auf der Grundlage, dass es eine reine Arbeitszone ist. Es braucht nicht die Voraussetzung, dass das Areal bereits umgezont ist, damit man sich Gedanken machen kann, wie es in Zukunft genutzt werden kann. Das ist ja jetzt schon so. Sonst hätte man auf den EUROPAN-Wettbewerb gar nicht eingehen können.

Rolf Schmid führt aus, dass Cla Büchi gerade die Begründung gegeben hat, weshalb diese Konsultativabstimmung nicht notwendig ist. Er sagte, dass in fünf Jahren nichts passiert. Also weshalb muss sich der Einwohnerrat nun mit diesen Diskussionen Zeit totschiagen, wenn in fünf Jahren sowieso nichts passiert.

Erich Tschümperlin kommt auf den Vorschlag von Kathrin Graber zurück das Commitment positiv zu formulieren. Der Punkt hier ist ein anderer. Die Grüne/GLP-Fraktion möchte dies auch, aber ein schönes Commitment läuft runter wie Wasser. Im Moment geht die Andritz Hydro davon aus, dass sie das Areal jederzeit zum bestmöglichen Preis verkauft. Je nach Investor müssen die Mitarbeitenden sofort oder erst in fünf Jahren das Areal verlassen. Nun geht es darum ein wenig Druck zu machen und zu sagen, dass sie schon zum bestmöglichen Preis verkaufen kann. Der Investor muss sich einfach bewusst sein, dass der Einwohnerrat nicht nach seiner Pfeife tanzt. Er möchte eine qualitativ sorgfältige Entwicklung. Er hört die Diskussionen im Einwohnerrat heute schon, wenn jemand gekauft hat und kommt, heisst es man muss vorwärts machen, weil er so und so viel Millionen investiert hat. Es geht nicht länger zu warten, weil es sonst schlecht herauskommt. So wird der Einwohnerrat wieder unter Druck gesetzt und spurt dann. Vielleicht kommt dann nur die 2. oder 3. beste Lösung. Mit diesem Commitment möchte er der Andritz Hydro nur signalisieren, dass sie nicht das Gefühl hat, dass der Einwohnerrat das Areal dann einfach umzont. Es soll nun etwas auf die Bremse gestanden werden, denn dies sichert die Arbeitsplätze vielleicht etwas. Das nichts garantiert wird, ist klar. Der Einwohnerrat kann aber unterstützend wirken.

Laut Erwin Schwarz wird heute sehr viel warme Luft umgewälzt. Die einen wollen die Andritz Hydro schützen und die anderen den Investor vor einer Dummheit warnen. Ein möglicher Investor wird sich sicher solche Gedanken machen. Dieser kauft nicht ein solches Grundstück, solange er nicht weiss, was er damit möglicherweise machen kann. Hier wird nur warme Luft umgewälzt. Die Anwesenden sollen vorwärts machen.

Kathrin Graber fragt sich, weshalb man über die Frage der Umzonung heute entscheiden muss. Es ist nicht logisch und zeitlich nicht dringend. Im Dezember 2017 liegen offenbar erste Ergebnisse des EUROPAN-Wettbewerbs vor. Dann weiss man, ob es eventuell eine Umzonung braucht, wenn es ein ganz tolles Projekt ist. Was macht man dann mit dieser Konsultativabstimmung? Sie sieht den Sinn dahinter nicht, dass sich der Einwohnerrat zum heutigen Zeitpunkt bindet. Das bringt nichts. Sie beantragt folgende Bemerkung zu überweisen: „Der Einwohnerrat bekennt sich zu den Arbeitsplätzen der Andritz Hydro in Kriens und beauftragt

den Gemeinderat alles daran zu setzen die Arbeitsplätze in Kriens zu erhalten.“ Die Sprechende geht zwar davon aus, dass der Gemeinderat dies auch ohne die Bemerkung macht. Wenn man heute ein Commitment abgeben möchte, dann macht sie ihren Vorschlag beliebt.

Konsultativabstimmung Grüne/GLP

Mit 15:10 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag der Grüne/GLP abgelehnt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	Enthaltung
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

Bemerkungsantrag CVP/JCVP

Mit 14:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag der CVP/JCVP angenommen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja

Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	Enthaltung
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

Raphael Spörri weist darauf hin, dass diese Bemerkung nur im Protokoll der heutigen Sitzung nachzulesen ist.

Gemäss Andreas Vonesch hat man nun verschiedene Varianten gehört. Die einen sagen der Investor ist gefunden und alles ist unterschrittsbereit. Die anderen sagen, dass dies noch nicht so weit ist. Er möchte klar wissen, wie der aktuelle Stand ist. Wenn die Türe noch etwas offen ist, stimmt die CVP/JCVP-Fraktion nicht für die Abschreibung.

Franco Faé führt aus, dass dem Gemeinderat kommuniziert wurde, dass der Vertrag unterschrittsbereit ist. Das was im Bericht geschrieben wurde ist richtig. Der Investor und die Andritz Hydro möchten nochmals mit dem Gemeinderat an den Tisch sitzen. Was dort genau herauskommt, weiss der Sprechende nicht. Erst wenn der Vertrag unterschrieben ist, ist es definitiv.

Laut Enrico Ercolani ist eine Liegenschaft erst gekauft, wenn der Vertrag unterschrieben ist und bezahlt wurde. Sogar die Grundstückgewinnsteuern müssen bezahlt sein. Deshalb bittet er das Postulat nicht abzuschreiben.

Anita Burkhardt-Künzler unterstützt Enrico Ercolani. Was vergibt man sich, wenn das Postulat heute nicht abgeschrieben wird? Wenn ganz klar ist, wer der Investor ist, kann das Postulat immer noch abgeschrieben werden.

Abstimmung über die Abschreibung des dringliches Postulat Büchi: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil (Nr. 008/16)

Das Postulat wird mit 23:4 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	Enthaltung

Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

9. Bericht dringliches Postulat Tschümperlin: Solaranlage Brunnmatt Nr. 022/16

Laut Raphael Spörri ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Erich Tschümperlin dankt dem Gemeinderat für die detaillierte Beantwortung seines Postulats. Ende gut alles gut, könnte man meinen. Aber ganz so ist es denn doch nicht. Der Bericht zeigt auf, dass eine Anlage auf dem Brunnmattschulhaus Strom für 12 Rp/kWh produzieren kann. Das ist der halbe Preis den die Gemeinde auf dem Markt für Graustrom bezahlen muss. Innert 14 Jahren hat sich die Anlage amortisiert und danach gibt's Strom zum Nulltarif. Ein gutes Geschäft bei dem die Gemeinde Kriens Geld sparen kann und zwar nicht wenig. Leider will die Gemeinde dieses Geschäft an einen Contractor auslagern. Warum? Alles spricht dafür, dass die Gemeinde dies selber machen sollte. Ein Contractor hat gegenüber einer Gemeinde-lösung zusätzliche Kosten. Er muss die entstehenden Aufwände bezahlen und eine teurere Lösung nehmen. Es rentiert sich für ihn dennoch. Die Gemeinde könnte eine integrierte Anlage realisieren und wäre deutlich günstiger als ein Contractor. Sie muss keine zusätzlichen Kosten für Verträge, Ausschreibung, etc. finanzieren, wenn sie selber baut. Eine integrierte Anlage ist ästhetisch viel schöner, da sie eine Einheit mit dem Dach bildet und keinen Fremdkörper auf dem Dach darstellt. So sieht eine zeitgemässe Lösung aus. Wenn also die Gemeinde die Anlage selbst realisiert, spart sie gesamthaft eine schöne Summe Geld. Simpel gerechnet: Wenn die gesamten Investitionen von Fr. 100'000.00 in 14 Jahren amortisiert werden, dann spart die Gemeinde in den zweiten 14 Jahren, so lange dürfte die Anlage sicher leben, in etwa eben so viel. Mit einer Lebensdauer von 28 Jahren kann die Gemeinde gegen Fr. 100'000.00 sparen. Warum macht man das nicht? Weil man auch bei den Investitionskosten nur noch auf den Betrag schaut und auch keine Sparmassnahmen finanzieren will. Ganz nach dem Motto: Sparen, koste es was es wolle. Dass sich der Gemeinderat beim Brunnmatt Schulhaus krampfhaft auf einen maximalen Investitionsbetrag fixiert, obwohl es erwiesenermassen finanziell sinnvoll wäre diese Anlage zu erstellen, zeigt einmal mehr, dass man den Handlungsspielraum verloren hat. Es wäre eine Investition in die Zukunft und ein Pappenstiel im Vergleich zu dem, was man bei einer Annahme der Gemeindeinitiative für einen Tunnel ausgeben würde, ganz egal, welche Massnahmen dort ergriffen werden. Es liegt eine zukunfts-fähige Lösung vor, jedoch ist es schade, dass es die Gemeinde nicht selber macht, denn sie könnte viel Geld sparen.

Viktor Bienz dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat für den Bericht zum Postulat. Sie hat sich gewundert oder geärgert, dass erst auf das Nachhaken eines Einwohnerrates hin nun die Anlage geprüft wurde. Sie war immer der Überzeugung, dass eine Solaranlage auf dem Schulhaus in der heutigen Zeit richtig und sinnvoll wäre. Deshalb hat die CVP/JCVP-Fraktion damals auch dem Postulat zugestimmt und überwiesen. Sie begrüsst, dass nun die Installationsvorbereitungen für eine Photovoltaikanlage gemacht werden. Die Contractor-Ausschreibung für eine Aufdachanlage erachtet sie durchaus als ein gangbarer Weg. So nimmt auch die Gemeinde die von ihr geforderte Vorbildfunktion im Energiebereich wahr und das findet die CVP/JCVP-Fraktion wiederum Vorbildlich.

Hans Fluder, SVP-Fraktion stellt fest, dass der Gemeinderat die gestellten Fragen genau beantwortet hat. Im Bericht wird auch beschrieben, dass die Dachfläche der Schulanlage Brunnmatt zu wenig Potenzial hergibt. Das Subventionsprogramm des Bundes ist heute ausgeschöpft und neue Anlagen können davon nicht mehr profitieren. Diese Entwicklung verunsichert Investoren und Betreiber. Für das Schulhaus Brunnmatt würde nur eine Photovoltaikanlage Sinn machen. Mit der momentanen Situation der Krienser Gemeindekasse sind solche Investitionen nicht sinnvoll. Daher lehnt die SVP-Fraktion dieses Postulat ab.

Die FDP-Fraktion dankt laut Enrico Ercolani dem Gemeinderat für die gut abgefasste Beantwortung des Postulats. Sie erachtet es als sinnvoll die Solarenergie zu nutzen und begrüsst, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagene Photovoltaikanlage mit 30 kW-Spitze erstellt wird. Ein sinnvolles Projekt für die Umwelt und Zukunft.

Die SP-Fraktion hat gemäss Yasikaran Manoharan doch etwas mit Erstaunen den Bericht zur Solaranlage Brunnmatt zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat zeigt nämlich auf, dass die Erstellung der Photovoltaikanlage aus bautechnischen Gründen problemlos möglich ist. Nun weiss man auch, wie teuer die Umsetzung dieser Anlage ist und es ist sogar bekannt, dass ein Contractor Interesse an dem Projekt zeigt. Mit einer Photovoltaikanlage wird es möglich sein, günstigen und ökologischen Strom zu produzieren und zu nutzen, ohne dabei auf fremde Energiequellen angewiesen zu sein. Dazu kann die Gemeinde die Anlagekosten bei 100 % Eigennutzung bereits nach 14 Jahren amortisieren. Es spricht eigentlich überhaupt nichts gegen die Umsetzung einer solchen Anlage. Dabei hat der Sprechende noch nicht mal die ökologische Verantwortung der Gemeinde erwähnt, was mit der klaren Annahme der Energiestrategie zusätzlich bestärkt wird. Der Bericht vermittelt ja zudem, dass der Gemeinderat nicht abgeneigt ist, die Anlage umzusetzen. Deshalb war die SP-Fraktion auch so erstaunt, weshalb der Gemeinderat bei der Behandlung des Baukredits sich derart gegen die Photovoltaikanlage gewehrt hat. Auch der Architekt hat sich gegen die Umsetzung ausgesprochen. Es scheint fast den Eindruck zu machen, dass die umfangreichen Abklärungen, die hierbei gemacht worden sind, zum Zeitpunkt der Behandlung des Baukredits wenig bis gar nicht gemacht worden sind. Daher dankt die SP-Fraktion dem Postulanten, dass er die Thematik nochmals hinterfragt hat. Jedenfalls befürwortet die SP-Fraktion die Vergabe durch eine Contractor-Ausschreibung und eine Umsetzung einer Aufdachanlage oder integrierten Lösung auf dem Hauptdach. Eine Sonnenkollektoralösung für die Warmwasseraufbereitung lehnt sie aus wirtschaftlichen Gründen ab. Die Realisierung dieser Anlage wäre im Sinne der angenommenen Energieinitiative und somit ein Beitrag dazu von Kriens. Auch ab 2018 kann wieder mit Submissionsgeldern des Bundes gerechnet werden, auch dank der Energieinitiative. Abschliessend bleibt lediglich die Frage, was der Gemeinderat nun gedenkt zu tun?

Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, möchte die Aussage von Hans Fluder korrigieren, dass die Subventionsgelder ausgeschöpft sind. Das stimmt so nicht. Die Gelder sind für die

kostendeckende Einspeisevergütung ausgeschöpft. Für die Einmalvergütung sind die Kosten nicht ausgeschöpft. Das Postulat muss man auch nicht mehr überweisen, denn heute wird über den Bericht zum Postulat debattiert. Deshalb braucht er diese Unterstützung nicht mehr. Das Volk hat mit der Energiestrategie 2050 entschieden, dass man in diese Richtung gehen will. So wird der Volkswille direkt in Kriens umgesetzt. Wichtig ist, dass sich die Gesetzgebung geändert hat. Die 30 kW sind unter der alten Gesetzgebung hineingekommen. Bis 30 kW gab es die Einmalvergütung. Neu geht die Einmalvergütung bis 100 kW. Bei einer Vergabe an einen Contractor soll man das Fenster offen lassen, wenn er das Gefühl hat, mehr machen zu können. Das ist ein wichtiger Hinweis an den zuständigen Gemeinderat. Schade ist, dass die Gemeinde hier nicht selber investiert. So kann sehr viel Geld langfristig gespart werden. Die Gemeinde ist eigentlich auf Einsparungen angewiesen. Offensichtlich sieht das hier drin fast niemand so. In Zukunft muss der Einwohnerrat überlegen Sparmassnahmen zu ergreifen, auch wenn es im Moment kleine Investitionskosten zur Folge hat.

Franco Faé erklärt, dass bisher immer die Contractor-Lösung gewählt wurde. Ob man dies so weiterführen oder selber investieren möchte, kommt auf die Offerte darauf an. Darüber entscheidet dann der Gemeinderat. Dass momentan der Strommarkt etwas schwierig ist, erleben alle. Der Gemeinderat hat im Vorfeld des Bauprojektes geprüft und wurde durch den Fachplaner abgeklärt. Dem Gemeinderat wurde empfohlen darauf zu verzichten, weil die Ausnützung des Daches schlicht und einfach zu klein ist. Dazumal waren die KEV-Beiträge ausgeschossen und man konnte nichts mehr erwarten. Auch das kann nun selbstverständlich nochmals abgeklärt werden. Es braucht nur eine Abstimmung und schon ändert sich etwas. Der Baukredit ist jedoch gegeben und der Gemeinderat versucht diesen einzuhalten. Die Vorarbeiten werden sowieso gemacht. Die Submission für die Ausschreibung eines Contractors ist in der Endphase und wird in den nächsten Tagen erfolgen. Danach entscheidet der Gemeinderat über die nächsten Schritte.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Graber: Verkehrskonzept Kriens - Eigenthal Nr. 029/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Raphael Spörri fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Kathrin Graber wünscht eine Diskussion.

Raphael Spörri stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Kathrin Graber hat selten so viel Echo aus der Krienser Bevölkerung zu einem Vorstoss erhalten, wie bei diesem. Es waren Personen, die an diesem Sonntag im Januar ebenfalls nicht mit dem Postauto Richtung Holderchäppeli oder Eigenthal fahren konnten und in Kriens stehen bleiben mussten. Die Sprechende war davon auch betroffen. Zusammen mit anderen Kriense-

rinnen ist sie dann mit dem Bus nach Luzern gefahren und sind dort eine Stunde später ins nächste Postauto eingestiegen. Es war sehr eng im Postauto und sie waren rund 1 ½ Stunden unterwegs. Es sind erfreulicherweise nur wenige Tage im Jahr, bei denen der Verkehr Richtung Eigenthal nicht mehr flüssig rollt. Für diese Tage ist es sicher richtig, dass man zusammen mit Malters und Schwarzenberg schaut, wie und wo man das Verkehrskonzept anpassen kann. Kathrin Graber ist nicht überzeugt, ob allein mit dem Parkplatzverbot im Holderchäppeli das Problem gelöst werden kann. Wichtig wäre aus ihrer Sicht, dass eine Kapazitätsüberschreitung des Parkplatzes auf dem Holderchäppeli, wie für die Parkplätze im Eigenthal, unten in Kriens angezeigt werden könnte. So kann verhindert werden, dass weitere Autos unnötig nach oben fahren. Die Kursverbindung mit dem Postauto ins Eigenthal ist gerade an Wochenenden sehr gut. Stündlich kann man mit dem Postauto hoch und runter fahren, was aus ihrer Sicht eine sehr gute Kursverbindung ist. In der Beantwortung steht, dass zusätzliche Kurse eingebaut werden sollen. Wann sollen diese zusätzlichen Busse fahren? Wichtig ist für diese Busse, dass der Verkehr rollen kann und nicht verstopft ist, sonst helfen auch die zusätzlichen Busse nichts. Die Sprechende dankt dem Gemeinderat, wenn er sich dafür einsetzt, dass die Verkehrssituation im Holderchäppeli nachhaltig gelöst wird.

Michael Portmann bedankt sich im Namen der SP-Fraktion beim Gemeinderat für die Informationen rund ums Drei-Phasen-Verkehrskonzept fürs Eigenthal. Mit 20 % Aufwand wurden hier offenbar mindestens 80 % der schwierigen Situationen abgedeckt, so dass der Verkehr ins und vom Eigenthal ohne Stocken fliesst. Was das ausserordentlich, hohe Verkehrsaufkommen vom 22. Januar 2017 aber auch zeigt ist, dass man doch erst 80 % und nicht 100 % der kritischen Situationen abgedeckt hat. Neu war kritisch, dass beim Holderchäppeli nicht sehr clever nahe der Strasse parkiert wurde. Das individuelle, auf sich selber konzentrierte Parkieren einiger weniger Personen führte dazu, dass alle anderen warten mussten. Wie gross müsste denn der Parkplatz im Holderchäppeli sein oder wie viele Parkverbotstafeln müssten da stehen, damit dann nicht doch wieder «clever» parkiert wird? Auto hinstellen, einer bleibt drin sitzen, denn man hat ja für den Zeitvertreib sein Smartphone und falls jemand kontrolliert, sagt man, dass man gleich weiterfährt. Das kann doch selbst im Parkverbot keine Busse geben? Oder man will nur seine müden Kinder einladen. Bleibt zu hoffen, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Parkverbot dann tatsächlich greift, auch wenn man zu wenig Personal hat, um eine wirksame Kontrolle aufzubauen. Der Sprechende kennt noch zwei andere Möglichkeiten. Selbstverständlich wäre es auch sinnvoll, wenn vom Eigenthal her gemeldet würde, dass der Parkplatz im Holderchäppeli voll ist. Allerdings müsste dann wie im Langis der Verkehr im Obernau und Schwarzenberg gestoppt werden bis oben wieder Parkplätze frei werden. Ob das eine sinnvolle Lösung ist, wagt er zu bezweifeln, da sich dann der Verkehr einfach nur etwas weiter unten staut. Eine zweite Lösung wären sogenannte Rufbusse. Diese Busse können nach Bedarf gerufen werden. Über eine Internetseite kann dort eine Verbindlichkeit geschaffen werden, damit zur gewünschten Zeit dann auch tatsächlich von A nach B gefahren werden kann. Warum also soll die Postauto AG für die sonnigsten und schönsten Wintertage im Jahr nicht auch eine Rufbus-App anbieten? Diese wäre von zu Hause aus buchbar. Die Postauto AG hat die Sicherheit, dass die Leute die Fahrt auch antreten, da es eine Vermittlungsgebühr von vielleicht Fr. 15.00 gibt. Vielleicht würde dann die eine oder andere Person ihr Auto zu Hause in der Garage lassen und gemütlich im vernünftig gefüllten Bus ins Eigenthal fahren. Ein solcher Krienser Schlittel-/Langlaufbus wäre doch sicher auch eine einzigartige Werbung für Kriens.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Bruno Bienz auch der Meinung, dass das Eigenthal sowie das Holderchäppeli ein beliebtes Ausflugsziel ist. Leider hat dies aber einen unschönen Nebeneffekt. Der Verkehr an diesen schönen Tagen ist enorm. Leider hat man es im Jahr 2008 nicht geschafft, eine Bewirtschaftung der Parkplätze ausserhalb des Siedlungsgebietes einzuführen. Dies hätte ihrer Meinung nach sicher die Situation entschärft. Schon in der Botschaft des

Gemeinderates im 2008 wurde eine Forschungsarbeit erwähnt, welche im Auftrag des Bundes erstellt wurde, dass eine Bewirtschaftung der Parkplätze das Verkehrsaufkommen wirksam reduziert werden kann. Die Stimmbürger von Kriens haben anders entschieden. Leider aber ist das Verkehrsproblem damit immer noch nicht gelöst. Die Grüne/GLP-Fraktion hat noch einen anderen Denkansatz, nämlich das Roadpricing. Bei der Strecke Kriens-Eigenthal wäre das ihrer Meinung nach ein interessanter Denkansatz. Der Bund ist momentan an einem Projekt mit Roadpricing, leider werden dort nur Städte und Agglomerationen vertieft geprüft. Dabei wäre gerade ein solches Projekt ein interessanter Ansatz. Das eingenommene Geld könnte für eine Angebotserweiterung an solchen Spitzentagen für Postautos verwendet werden oder für den Unterhalt der ja nicht ganz billigen Strasse Obernau - Eigenthal. Schlussendlich zahlen die Krienser und Krienserinnen für den Unterhalt der Strasse und nicht die vielen auswärtigen Besucherinnen und Besucher mit ihren Autos. Dem Roadpricing sollten vielleicht doch ein paar Gedanken geopfert werden.

Davide Piras möchte zum Holderchäppeli noch etwas sagen. Er war letztes Jahr mehrere Male mit seiner Frau und Tochter dort. Sie gingen für etwa eine halbe Stunde kurz schlitteln. Es ist wirklich schön. Er gibt zu, dass er mit dem Auto nach oben gefahren ist. Mit kleinen Kindern ist es nicht so einfach ins Postauto zu gehen, nach oben zu fahren, ca. 30 Minuten schlitteln und dann wieder nach Hause fahren. Er persönlich würde es fuchsen, wenn er vielleicht Fr. 5.00 bezahlen muss. Im Eigenthal zahlt er dies gerne, denn dort geht er schlitteln, geht in den Eigenthaler Hof etwas trinken. Dort ist eine gewisse Infrastruktur vorhanden. Im Holderchäppeli ist gar nichts. Der Sprechende appelliert an den Gemeinderat, dass er diesen Punkt auch mitnimmt. Es soll nicht wie im Eigenthal eine Pauschale gemacht werden. Das man etwas zahlen muss wäre in Ordnung, aber nicht gleich Fr. 5.00.

Gemäss Matthias Senn stellt sich tatsächlich die Frage, wie viel man für etwas unternehmen möchte, dass an 360 Tagen im Jahr funktioniert und an vereinzelten Tagen nicht. Die Gemeinderäte Kriens und Schwarzenberg sind der Meinung, dass es sicherlich noch Verbesserungspotential gibt. Beim Parkplatz Holderchäppeli besteht die Möglichkeit der Bewirtschaftung und rundherum ein Zonenparkverbot zu errichten. Die Parkplatzbewirtschaftung würde dem Gebührenreglement der öffentlichen Parkplätze nicht widersprechen. Die Grundstücke gehören der Korporation und die Eigentümerin kann die Bewirtschaftung vornehmen. Die Korporation muss dies jedoch machen wollen. Zurzeit werden Gespräche zwischen dem Gemeinderat Schwarzenberg und der Korporation Luzern geführt. Zu den zwei zusätzlichen Kursen hat der Gemeinderat noch keine näheren Informationen erhalten. Wichtig ist, dass es im Obernau und Schwarzenberg einen Hinweis geben soll, wenn die Parkplätze voll sind. Das ist Bestandteil des 3-Phasen-Konzepts und sollte eigentlich auch ausgeführt werden. Der Sprechende weiss nicht, ob es am besagten Tag nicht funktioniert hat. Roadpricing ist eine gute Idee, aber die rechtlichen Grundlagen sind noch nicht vorhanden. Auf öffentlichen Strassen dürfen keine Barrierengebühren verlangt werden.

11. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Ersatzabgabe für nicht erstellte Parkplätze

Nr. 051/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Raphael Spörri fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Erich Tschümperlin wünscht eine Diskussion.

Raphael Spörri stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Eigentlich war Erich Tschümperlin nach dem ersten Zeitungsartikel insofern zufrieden, dass der Gemeinderat zugegeben hat, dass man im einen oder anderen Fall wohl eher zugunsten des Investors entschieden hat. Zudem ist er auch der Ansicht, dass weniger Parkplätze weniger Verkehr generieren, wie dies das neue Parkplatzreglement in den verdichteten Gebieten vorgesehen hatte. Andererseits hat es ihn geärgert, dass Gesetze nicht konsequent angewandt werden und die Gemeinde auf ihr zustehende Einnahmen verzichtet hat. Stutzig ist er geworden, als er in der Medienmitteilung lesen konnte, dass in den letzten 5 Jahren in keinem einzigen Fall auf die Abgeltung verzichtet wurde und das in absoluter Rekordzeit. Dazu kommt er später noch. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Interpellation offensichtlich zu einer gewissen Hektik beim Gemeinderat geführt hat. Dass eine nicht dringliche Interpellation so schnell beantwortet und die Antwort noch mit einer mehrseitigen Medienmitteilung geschmückt wird, ist wohl ein Novum. In der Medienmitteilung steht zudem, dass der Sprechende seine Interpellation aufgrund eines falschen Berichts in der Luzerner Zeitung eingereicht hat. Das stimmt so nicht. Er hat anlässlich der Einwohnerratssitzung gesagt, dass er es einen Skandal findet, falls die Gemeinde auf Abgeltungen freiwillig verzichtet. Dies aufgrund der Aussage des Gemeinderates, dass in letzter Zeit sowieso keine Abgeltungen eingezogen wurden. Diese Aussage wurde bei der Behandlung des Postulates Portmann Nr. 033/17 „Wird nun in Kriens umweltfreundliches Denken bestraft?“ gemacht. Dass der Gemeinderat daraufhin auf 5 Jahre zurück überprüft, ob dies auch nie passiert ist, ist erstaunlich und zwar auch weil trotz hoher Arbeitsbelastung das Bau- und Umweltdespartement wohl weit über 100 Baugesuche überprüfen kann. Nimmt man an, dass eine seriöse Überprüfung pro Bauprojekt mindestens 1 Stunde benötigt, dann gibt dies einen Aufwand von 100 Stunden. Seine Interpellation ist am 2. Mai 2017 eingegangen und die Antwort ist auf den 10. Mai 2017 datiert. Dazwischen liegen 6 Arbeitstage. Sollten es gar 200 oder 300 Baugesuche gewesen sein, dann wird diese Überprüfung zur Farce. Dass eine solche Überprüfung von einem neuen Mitarbeiter vorgenommen wurde ist zwar gut gemeint. Aber welcher neue Mitarbeiter riskiert seine Stelle indem er als erstes Verfehlungen seines neuen Arbeitgebers aufdeckt? Wenn schon braucht es eine unabhängige Person. Andere Gemeinden ziehen seines Wissens regelmässig und mehr Geld aus Abgeltungen ein als Kriens. Das kann Zufall sein, aber Kriens ist eine der grössten Gemeinden im Kanton mit der wohl grössten Bautätigkeit. Aus diesen Gründen hat Erich Tschümperlin beim Gemeinderat um die Auskunft bezüglich zwei zufällig ausgewählten Bauprojekten gebeten. Diese liegen im Zentrum und hier kann es Probleme mit dem Erstellen von Parkplätzen geben. Dabei konnte er feststellen, dass bei einem Bauprojekt tatsächlich die Abgeltung gemäss Aussage des Gemeinderates nicht erhoben wurde. Als Begründung wird angeführt, dass der Bauherr die Parkplätze nicht realisieren durfte und später eine Tiefgarage in der Umgebung geplant ist. Diese Tiefgarage gibt es nach Jahren immer noch nicht und wann sie kommt steht in den Sternen. Die Abgeltung kann der Gemeinderat nicht mehr einziehen, da er sie in der Baubewilligung nicht geltend gemacht hat. Gemäss Reglement müssten 50 % vor Baubeginn bezahlt werden. Auch wenn der Investor keine Parkplätze bauen kann, muss der Grundeigentümer eine Abgeltung zahlen, weil die Leute auf öffentliche Parkplätze ausweichen. Zudem erspart sich der Eigentümer ja auch die entsprechenden Investitionen. Dies wurde früher auch so gehandhabt. Erich Tschümperlin ist ein Fall bekannt, wo die Gemeinde Kriens aufgrund einer Umnutzung eine Parkplatzabgeltung einziehen wollte. Es ist dem Sprechenden klar, dass der Gemeinderat die Abgeltung erlassen kann, jedoch immer im Rahmen des Parkplatzreglements. Und er macht es offensichtlich auch. Das wollte er wissen und mehr nicht. Erich Tschümperlin hat nie behauptet, dies sei illegal. Er hat behauptet, dass es ein Skandal ist, wenn der Gemeinderat zugunsten der Investoren und zu Ungunsten der Gemeindekasse entscheidet. Der Sprechende zieht folgendes Fazit: Es ist gut, wenn die Ge-

meinde kritische Fragen zur Corporate Governance (Grundsätze der Unternehmensführung) schnell beantwortet. Wenn die berechtigte Frage im Raum steht, ob korrekt und sauber gearbeitet wurde, sollte dies auch korrekt und sauber abgeklärt werden. Sich selber zu überprüfen ist manchmal der falsche Ansatz. Vorschnelle Reinwaschung kann mehr schaden als nützen. Und wer behauptet er hat zu 100 % alles richtig gemacht, muss sich auf Fragen gefasst machen und macht sich selber angreifbar. Wenn er mit seiner Zufallsanfrage eine 50 % Erfolgsquote hat, fragt er sich wie es da mit dem Rest steht. Dies stimmt ihn doch ziemlich nachdenklich. Statt die Debatte im Rat und den Kommissionen abzuwarten, liest er in einer Medienmitteilung und im KriensInfo knallharte Behauptungen, die so wohl nicht haltbar sind. Die Aussage zum Sprechenden ist nachweislich falsch. Wer so einfährt muss sich auf Fragen gefasst machen. Von ihm aus hätte man diese Diskussion nicht in der Öffentlichkeit führen müssen, so wie dies jetzt der Fall ist und damit ein Gesichtverlust droht. Er erwartet vom Gemeinderat eine adäquate Reaktion und eine Klärung, sowie eine Debatte in der zuständigen Kommission. Dies ist so bereits aufgegleist. Dies muss nicht in der Öffentlichkeit sein, aber er will eine Klärung.

Matthias Senn erklärt, dass die Überprüfungen nicht aufgrund des Vorstosses, sondern aufgrund des Zeitungsartikels gemacht wurden. Es wurde als unhaltbare Situation bezeichnet. Der Zeitungsartikel ist mit Fakten entstanden, die nicht einmal dem Baudepartement bekannt waren. Der Gemeinderat stellte sich deshalb die Frage, ob in den letzten fünf Jahren Parkplatzerersatzabgaben vernachlässigt wurden. Es benötigt keine Stunde Aufwand pro Baubewilligung, denn die meisten Baubewilligungen betreffen keinen Parkplatz. Bei diesen geht es um einen Wintergarten oder Solaranlagen etc. Die Anzahl der Baubewilligungen für neue Wohnungen ist relativ überschaubar. Deshalb war der Aufwand des Mitarbeiters vernünftig. Jeder Vorstoss des Einwohnerrates verursacht in der Verwaltung mindestens einen halben Tag Aufwand. Im vorliegenden Fall wurde die Frage vorher bereits geprüft. Der Gemeinderat wollte wissen, was die Wahrheit ist. Die Wahrheit ist in der Beantwortung der Interpellation beschrieben. Wenn er nun ein Beispiel nennt, wo der Gemeinderat auf eine Parkplatzerersatzabgabe verzichtet hat, ist das so. Aber der Gemeinderat hat ein gewisses Ermessen. Man kann auch die Frage umgekehrt stellen, weshalb der Gemeinderat den Parkplatz nicht bewilligt hat, nachdem der Bebauungsplan Dorfkern frühestens in zehn Jahren so ist, wie man ihn damals beschlossen hat. Manchmal ringt der Gemeinderat auch um Kompromisse. Wahrscheinlich ist das so zu Stande gekommen. Den genauen Grund weshalb man dort verzichtet hat, kennt der Sprechende nicht. Wie bereits beim Bebauungsplan Mülirain erwähnt, ist die Definition des reduzierten Parkplatzbedarfs bei den Sondernutzungsplänen entscheidend, ob bei den Parkplatzerersatzabgaben Geld geholt werden kann. Das hat man in den letzten neun Jahren tatsächlich gemacht. Dadurch gab es in den meisten Fällen keinen Anlass Ersatzabgaben zu veranlassen. Beim Mülirain wurde die Anzahl Parkplätze auf 50 - 100 % festgelegt. Wenn der Investor innerhalb dieser Anzahl bleibt, wird er nie Ersatzabgaben bezahlen. In den Kommissionen gab es noch die Frage zum Inkasso. Der Gemeinderat hat dies nun angeschaut. Es gibt drei Bereiche bei denen der hälftige Betrag nach Erstellung der Baubewilligung in Rechnung gestellt werden kann. Das sind die Anschlussgebühren bei der Siedlungsentwässerung und Wasserversorgung sowie bei den Parkplatzerersatzabgaben. Bei der Siedlungsentwässerung und der Wasserversorgung wird dies konsequent gemacht, da es sich hier um hohe Summen handelt, bei denen es sich lohnt diese in Rechnung zu stellen. Bei den Ersatzabgaben gibt es die Praxis, dass bereits im Entscheid erwähnt wird, dass die Parkplatzerersatzabgaben nach der Bauabnahme in Rechnung gestellt werden. Diese Untersuchung hat nun auch gezeigt, dass es relativ lange gehen kann, bis ein Bauprojekt fertig erstellt ist. Diese Praxis will der Gemeinderat ändern. In Zukunft wird die Hälfte nach dem Baubewilligungsentscheid in Rechnung gestellt und die andere Hälfte nach der Bauabnahme.

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist die CVP/JCVP-Fraktion grossmehrheitlich mit der Beantwortung dieser Interpellation zufrieden. Diese Interpellation ist aus einer Frage im Einwohnerrat entstanden, welche der zuständige Gemeinderat nicht sofort genügend befriedigend beantworten konnte. Deshalb werden diese Antworten umso gespannter erwartet. Trotzdem wirft sich bei ihr die Frage auf, ob diese Interpellation durch interne Abklärungen vorab weniger Aufregung gebracht hätte? Zumal sie unter anderem auf einen Zeitungsbericht abgestützt war, bei welchem anscheinend die Geschwindigkeit der Recherche wichtiger war, als deren Genauigkeit. Die ausführliche Überprüfung durch einen gemeindeeigenen und neutralen Sachbearbeiter bringt diesem Gremium hiermit die Antworten und die Sicherheit, dass der Gemeinderat das geltende Parkplatz-Reglement umsetzt, und dass die der Gemeinde zustehenden Ersatzabgaben einfordert. Lediglich die im Reglement enthaltene Akontozahlung von 50 %, die ein Bauherr jeweils vor Baubeginn für nicht erstellte Parkplätze zu leisten hat und welche nicht vorab eingefordert wurden, könnten dem Gemeinderat als Kritikpunkt vorgeworfen werden. Doch diese Ersatzabgaben werden nach Fertigstellung der Bauten in Rechnung gestellt und sind somit ebenfalls nicht verloren. Bei zukünftigen Projekten regt die CVP/JCVP-Fraktion an, dass der Gemeinderat dies nun konsequent so handhaben sollte. Wie aus der Beantwortung hervorgeht, könnten somit bei den Überbauungen Nidfeld, sowie Eichhof West bei einem Minderbedarf des festgelegten, reduzierten Parkplatzbedarfs Ersatzabgaben eingefordert werden. Ebenso besteht diese Möglichkeit beim Schweighof, aber halt erst mit der Einreichung der letzten Baugesuche. Trotzdem ist auch nicht zu vergessen, dass es dem Einwohnerrat immer ein Anliegen war die Anzahl der Parkplätze bei verschiedenen Grossprojekten in deren Bebauungsplänen zu reduzieren, um den Mehrverkehr, den solche Bauten zwangsläufig generieren, nicht überborden zu lassen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat die Fragen des Interpellanten ausführlich beantwortet hat, jedoch ist es auch ihr nach wie vor ein Anliegen, dass die zu leistenden Ersatzabgaben für nicht erstellte Parkplätze, konsequent eingefordert werden, damit diese Einnahmen gezielt für den ÖV oder für öffentliche Parkplätze eingesetzt werden können. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine ausführliche Beantwortung.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Michèle Binggeli der Meinung, dass dies ein wichtiges Thema ist, welches der Interpellant anspricht. Die Gemeinde kann es sich schlicht nicht leisten auf Einnahmen wie die Ersatzabgaben für nicht erstellte Parkplätze zu verzichten. Es ist deshalb wichtig, diese stets einzuziehen, wenn es möglich ist und das Ermessen nicht grundsätzlich zu Gunsten eines Verzichts auszuüben. Es sollte auch dann kein Verzicht erfolgen, wenn das Erstellen der Parkplätze bautechnisch oder gesetzlich nicht möglich ist. Dazu kann die Sprechende ein Beispiel aus eigener Erfahrung vorbringen, was zwar einen Spielplatz betrifft. Beim Bau ihres Wohnhauses hätte auch ein Spielplatz erstellt werden müssen. Dieser wurde soweit auch geplant, aber die Gemeinde sagte, dass dieser nicht gebaut werden kann, da der Waldabstand und andere Voraussetzungen nicht eingehalten wurden. Die Ersatzabgabe musste dann trotzdem bezahlt werden. Dies ist auch bei den Parkplätzen möglich und sollte auch so gehandhabt werden. Die SVP-Fraktion begrüsst die soeben von Matthias Senn erwähnte Praxisänderung, so dass in Zukunft 50 % der Abgaben nach Erstellung der Baubewilligung eingefordert werden. Diese Praxisänderung ist gut und entspricht auch dem Reglement. Soweit ist die SVP-Fraktion mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden und bedankt sich.

Als Beat Tanner, FDP-Fraktion, vor einigen Wochen in der NLZ lesen musste, dass die Gemeinde Kriens offenbar jahrelang keine Rechnungen für Ersatzabgaben für Parkplätze stellte, war er geschockt. Gemeindepräsident Cyrill Wiget wurde zitiert: „*Wir waren generell zurückhaltend damit, Abgeltungen einzukassieren.*“ Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Personen aus anderen Gemeinden haben den Sprechenden auf diesen Artikel angesprochen und gespottet. Eine Gemeinde mit finanziellen Problemen, welche nicht einmal die Ersatzabgaben

richtig einkassiert, ist unglaublich. In der Beantwortung dieser Interpellation muss er aber feststellen, dass dies nicht so ist. Auf der einen Seite ist die FDP-Fraktion erleichtert, dass die Tatsachen anders liegen als im Artikel der NLZ beschrieben und auf der anderen Seite muss die Kommunikation der Gemeinde hinterfragt werden. Sie findet es unhaltbar, dass der Gemeindepräsident, wenn auch als Stellvertreter des Vorstehers des Baudepartements, Auskunft über Geschäfte gibt, ohne von Fakten Kenntnis zu haben. Die Gemeinde Kriens wurde in der Region massiv in ein schlechtes Licht gerückt, was auch mit der vorliegenden Antwort nicht bereinigt werden kann. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat seine Kommunikationspolitik zu hinterfragen und so aufzugleisen, dass das Image in Zukunft nicht verschlechtert, sondern gezielt verbessert werden kann. Solche Vorfälle schaden dem Standortmarketing besonders.

Michael Portmann dankt im Namen der SP-Fraktion dem Gemeinderat für die Transparenz bezüglich dem heutigen Parkplatzreglement. Jetzt sind die Fakten auf dem Tisch. Auch wenn die Ersatzabgaben nicht in dem Ausmass in die Gemeindekasse fließen, wie man dies erwartet hat, sieht sie, dass der Einwohnerrat bei all den Bebauungsplänen in LuzernSüd immer wieder den vom Gemeinderat dargelegten Reduktionen der Parkplätze zugestimmt hat. Primär war der SP-Fraktion wichtig, dass die Zahl der Parkplätze nicht im gleichen Ausmass wie bis anhin ansteigt. Wie man bei der Initiative „staufreies Kriens“ gesehen hat, steigen die Kosten sofort ins Unermessliche, wenn man zusätzlichen Platz für den motorisierten Individualverkehr schaffen will. Da entstehen plötzlich Jahrhundert-Projekte mit sehr ungewissem Ausgang. Entscheidend sind folgende Fragen: Was will man in Kriens überhaupt haben? Soll sich Kriens zu einer lebenswerten und fröhlichen Stadt oder einer Schlafstadt in der Agglomeration entwickeln? Was macht Kriens denn eigentlich lebenswert? Stadtplaner in Dänemark haben nach intensiven Studien von öffentlichen Räumen in Städten einen wunderbar einfachen Parameter gefunden, mit welchen sich beurteilen lässt, was Städte lebenswert macht. Man schaut sich einfach an, wie viele Kinder und ältere Menschen sich in den öffentlichen Räumen bewegen. Je mehr Kinder und ältere Menschen sich in den öffentlichen Räumen bewegen, desto höher ist die „Portemonnaie-Dichte“. Das ist eine weitere aussagekräftige Grösse und mit steigender Portemonnaie-Dichte steigen auch die Gewinne der Läden, die sich in den öffentlichen Räumen befinden. Will man Fussgängerzonen, Fahrradwege und gute Verbindungen mit dem Bus ins Zentrum oder Blechlawinen? Ist die Portemonnaie-Dichte entlang der Luzernerstrasse trotz Parkhäusern und Parkplätzen nicht bereits unrettbar tief respektive für die Läden schon beinahe existenzgefährdend? Blechlawinen machen im Moment nicht glücklich. Die SP-Fraktion sieht aber auch, dass die bisher vom Gemeinderat initiierten Massnahmen greifen und Kriens an vielen Stellen wieder lebenswerter wird. Für den Spielplatz Langmatt wurde die Gemeinde sogar mit einem Preis und Preisgeld ausgezeichnet. Gleichzeitig sieht sie auch, dass bei einigen Projekten die Ersatzabgaben noch ausstehen, da die Parkplatzzahl noch nicht abschliessend festgelegt werden konnte. Aufgrund der grösseren Zahl von Parkplätzen wird sich hier sicher auch der eine oder andere Betrag für die Gemeindekasse ergeben, welcher dann beispielsweise auch den Aufwand für den Velohighway decken könnte. Für die weitere Zukunft weist die SP-Fraktion den Gemeinderat deutlich darauf hin, dass er die Reduktionen bei den Parkplätzen bei Bau- und Gestaltungsplänen klar und eindeutig kommuniziert. Gerade bei der neuen Saalsporthalle ist es aus ihrer Sicht unerlässlich, dass der Entscheid und die Kriterien „Keine Parkplätze“ für die Saalsporthalle zu bauen transparent, klar und eindeutig kommuniziert werden, damit sie ein solches Projekt unterstützen kann. Für sie bedeutet dies, dass zu diesem Projekt beispielsweise ein tragfähiges Parkplatz-Konzept für Grossanlässe zusammen mit allen Akteuren entwickelt werden müsste. Wie sagt der 70-jährige Jan Gehl, der führende Stadtplanungs-Philosoph in Kopenhagen, die übrigens schon drei Mal hintereinander zur lebenswertesten Stadt der Welt ausgezeichnet wurde, so schön: *„Eine Stadt lebenswert zu machen muss nicht teuer sein, weil wir die öffentlichen Räume nur fürs menschliche Tempo zugänglich machen müssen und nicht für den Autover-*

kehr.“ Damit bleibt zu hoffen, dass die geringen Ersatzabgaben dann doch noch ihren ursprünglichen Zweck erfüllen, um Kriens immer lebenswerter zu machen.

Matthias Senn dankt für die Statements. Für die Zukunft muss man sich überlegen, wie man weitergehen möchte. Das Parkplatzreglement mit einem neuen Vorschlag wurde ja abgelehnt. Es muss geschaut werden, ob man das bestehende Parkplatzreglement weiterführen oder eine andere Möglichkeit suchen soll, indem die Ersatzabgaben nicht auf den reduzierten Bedarf, sondern auf 100 % berechnet werden sollen.

Thomas Lammer hat zwei kleine Bemerkungen. Das Gerücht über die Saalsporthalle, dass keine Parkplätze erstellt werden, hält sich hartnäckig. Das stimmt so nicht. Für die Besucher werden keine Parkplätze erstellt, jedoch für die Bewohner selbstverständlich schon. Dieses Gerücht soll man vergessen. Der zweite Punkt sind die Recherchen der Zeitung. Wenn ein Journalist eine Auskunft des Gemeindepräsidenten erhält, muss er diese als wahr und richtig erachten. Wenn sich diese im Nachhinein als falsch herausstellen, hat dieser nicht schlecht recherchiert, sondern nur eine falsche Auskunft erhalten.

12. Motion Zellweger: Frühzeitige Prüfung Sparpaket 2019

Nr. 053/17

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Martin Zellweger und die SVP-Fraktion bedanken sich beim Gemeinderat für die umfassende Begründung der Motion. Die SVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat an der Strategie festhält, 2018 kein Defizit zu schreiben. Mit seiner Reaktion auf die zu erwartenden Auswirkungen des kantonalen Sparpakets und den damit erfolgten Anweisungen an die Finanzdienste, ein Optimierungspaket von mind. Fr. 850'000.00 umzusetzen, geht der Gemeinderat in die richtige Richtung. Weiterhin besteht hier natürlich das Risiko, dass dieses Paket nicht genügt, sollten z.B. die kantonsbedingten Mehrkosten höher ausfallen, wie das ebenfalls in der Antwort auf die Motion in Erwägung gezogen wird. Leider hat der Gemeinderat mit seiner Begründung in Bezug auf die Vorbereitung des Jahres 2019 nicht überrascht. Leider hat er den Faden nicht aufgenommen, indem er auf die der Motion zu Grunde liegende Absicht des Motionärs eingegangen ist, nämlich: Massnahmen für eine weniger optimistische Planung 2019 zu erarbeiten und dem Einwohnerrat frühzeitig zur Diskussion vorzulegen. Stattdessen beschreibt der Gemeinderat umfassend und ausführlich wie ihm die Hände gebunden sind, die Erwartungen des Motionärs zu erfüllen. Er beschreibt, dass der aus der Motion abgeleitete Betrag von ca. 5.2 Mio. Franken nicht eingespart werden kann und soll. Er zeigt dabei aber auch in keiner anderen Weise, wie er denn auf ein mögliches verzögertes Wachstum in dieser Art reagieren möchte. Der Grund, weshalb Martin Zellweger diese Motion eingereicht hat, ist wie folgt: Der aktuell gültige AFP 2017-2021 plant ab dem Jahr 2019 positive Ergebnisse für die laufende Rechnung. Diese Entwicklung ist Teil der 4-Säulenstrategie und wurde der Krienser Bevölkerung als Grundlage für die Stabilisierung der Schulden Situation und für einen langfristigen Schuldenabbau aufgezeigt. Auf dieser Basis wurde auch die massive Verschuldung für die Zentrumsbauten vom Stimmvolk angenommen. Die vom Gemeinderat geplanten Ergebnisse bauen weitgehend auf die erwartete Bevölkerungsentwicklung in den neuen Entwicklungsräumen. Dieses erwartete Bevölkerungswachstum in Kriens soll entsprechend positiv auf die Steuereinnahmen wirken. Das geplante Wachstum des Ergebnis entspricht mit den heutigen Annahmen des geltenden AFP grafisch gesehen einem

Hockey-Stick, der, hält man ihn verkehrt und leicht angeschrägt, zu Beginn schön flach wächst und am Ende plötzlich sehr steil ansteigt. Leider kommt Kriens aus dem Flachbereich nicht so richtig heraus und schiebt den Hockey-Stick in jährlicher Regelmässigkeit ein bisschen nach hinten in die Zukunft. Dort, wo dann alles besser sein wird. Wie bereits öfters proklamiert, folgt die SVP-Fraktion der auf Optimismus gebauten Finanzplanung des Gemeinderates nicht. Das erwartete Wachstum verzögert sich. Zum zweiten Mal in Folge mussten die Erwartungen in der Planung 2016 und 2017 reduziert werden. Auch das erwartete Ergebnis für 2019 wurde im AFP 2017 gegenüber 2016 um gut 1.2 Mio. Franken reduziert. Und jetzt zeigt auch noch die Rechnung 2016 zur Überraschung aller ein rückläufiges Bevölkerungswachstum. Der erhoffte Anstieg ist auch im 2016 wieder nicht im prognostizierten Umfang eingetroffen. Jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten mit dieser Situation umzugehen. Man kann weiter auf schönes Wetter hoffen, optimistisch bleiben und glauben, dass es dann schon gut kommt, oder man kann den Hockey-Stick wieder ein bisschen nach hinten schieben, eben in die Zukunft, wo dann schon alles gut kommt. Der Gemeinderat schreibt ja in seiner Ablehnung der Motion auch, dass er ab 2018 „ein ausgeglichenes Resultat“ anstrebt. Diese Finesse in der Formulierung tönt für ihn, wie wenn das Resultat 2019 gedanklich schon revidiert wird. Es tönt wie, wenn man sich schon damit zufrieden gibt, wenn 2019 ein ausgeglichenes Resultat zutrifft. Wohlverstanden, der Finanzplan und die Strategie sagen eigentlich Ertragsüberschüsse ab 2019 voraus und nicht einfach keine Defizite. Kriens muss Schulden sanieren, das negative Eigenkapital wieder äufnen und nicht einfach keinen Verlust mehr schreiben. Das ist das Ziel. Der SVP-Fraktion gefällt keine dieser Varianten. Die 3. Variante wird in der Motion vorgeschlagen. Sie stellt sich einer pessimistischeren Planung, besser gesagt nach ihrer Auffassung einer realistischen Planung. Weiter möchte sie transparent wissen, wie man damit umgeht, wenn halt doch nicht alles so gut kommt oder nicht so schnell so gut kommt. Wie sieht es denn aus, wenn man das Versprechen der 4-Säulenstrategie einhalten will, den angekündigten Schuldenabbau im 2019 angeht und nicht womöglich das negative Eigenkapital noch weiter belasten möchte? Mit der Motion wird dem Parlament eine faire Chance gegeben, den Gemeinderat zu beauftragen, frühzeitig die höchst wahrscheinlich anstehende Diskussion mit dem Einwohnerrat aufzunehmen. Der Gemeinderat hat ein Jahr Zeit, die Szenarien auszuarbeiten. Das Parlament hat die Chance frühzeitig eine Diskussion zu führen, welche unumgänglich sein wird. Die SVP-Fraktion möchte gerne den Zwang zu Budget-Referenden und budgetlosen Zuständen verhindern. Dann muss diese Sache halt frühzeitig thematisiert werden, wohlverstanden, für das Budget 2019. Der Gemeinderat lehnt die Motion ab, unter anderem da er bereits für 2018 und die Folgejahre Sparmassnahmen im Budget, resp. AFP 2018-2022 vorsieht. Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Optimierungspaket von Fr. 800'000.00 hält einer weniger optimistischeren Planung mit zusätzlichen kantonsbedingten Kosten kombiniert mit einem verzögertem Wachstum offensichtlich nicht Stand. Trotzdem verzichtet der Gemeinderat auf weitere Massnahmen und moniert, dass der Einwohnerrat im Budgetprozess 2018 ja weitere Massnahmen einbringen kann. Da macht es sich der Gemeinderat doch ein bisschen einfach und schiebt die Verantwortung einfach auf den Einwohnerrat ab. Man soll sich für das Vorgehen ein Beispiel bei der Stadt Luzern oder beim Kanton nehmen. Dort nimmt die Exekutive ihre Verantwortung so wahr, dass sie dem Parlament Vorschläge für ein Paket unterbreitet hat. Das Parlament kann dort Stellung dazu nehmen und wird nicht bereits vorab aufgefordert die Massnahmen selber zu definieren. Ja, es gehört auch dazu unattraktive Massnahmen aufzuzeigen und zur Diskussion zu bringen. Es kann kein Grund sein, nicht-optimistische Szenarien zu vermeiden, nur weil die Massnahmen unattraktiv sind, so wie dies in der Begründung daher kommt. Die SVP-Fraktion nimmt gerne dazu Stellung, führt die Diskussion und ist vorbereitet. Aber der Sprechende hat das Gefühl die Krienser Exekutive zögert hier. Der Gemeinderat lehnt es „zurzeit“ ab einen Planungsbericht auszuarbeiten mit dem Inhalt eines Sparpaketes mit Kosteneinsparungen im Rahmen von 3 % und somit rund 5.2 Mio. Franken. Er interpretiert das Wort „zurzeit“, dass es später dann halt doch noch sein könnte. Schade wenn man dann zu spät dran ist. Nun, wieso schlägt der Motionär die Ausarbeitung eines Sparpaketes in der genannten Grössenordnung von 3 % vom Gesamtaufwand der Rechnung 2016 resp. 5.2 Mio. Franken vor? Es ist eine Ableitung aus der Entwicklung in der Ver-

gangenheit und eine Projektion auf die Zukunft. Martin Zellweger möchte dazu zwei Grafiken aufzeigen. Stellt man die Planzahlen für die Steuereinnahmen der Vermögens- und Einkommenssteuern gemäss den AFP 2015, 2016 und 2017 einander gegenüber, so zeigt sich, dass die Werte kontinuierlich nach unten korrigiert wurden. Dies jeweils aufgrund der effektiven Resultate, welche jeweils nicht den geplanten Anstieg zeigten. Schreibt man diese Entwicklung auf einen hypothetischen Plan AFP 2018 und AFP 2019 weiter, mit einer jährlichen Reduktion von ca. 1.5 Mio. Franken, so reduzieren sich die Erträge im 2019 um ca. 3 Mio. Franken. Wohlverstanden, die Steuereinnahmen der Einkommens- und Vermögenssteuern resp. der Steuerertrag des laufenden Jahres von 2018 auf 2019 steigt dann immer noch um über 5 %. Nimmt man noch die Situation dazu, dass sich die Abweichungen im Verlauf der eher regulären Planjahre ergeben haben und man jetzt von einem plötzlich steilen Wachstum ausgeht, so sind die Risiken entsprechend und die Abweichung kann zusätzlich wachsen. Je nach Fehlen von Sondersteuern und Nachzahlungen ist also eine Abweichung von 3-4 Mio. Franken oder mehr absolut realistisch, wenn man den Optimismus etwas extrapoliert. Rechnet man jetzt noch das Optimierungspaket 2018 von Fr. 850'000.00 dazu und rechnet mit einem kantonalen Sparpaket von 1 Mio. Franken statt nur Fr. 850'000.00, dann ist man schnell bei den 5 Mio. Franken oder bei den erwähnten 3 % der Ausgaben der Rechnung 2016. Noch kurz zur nächsten Darstellung. Gemäss Finanzplan hat man für das Jahr 2019 ein positives Ergebnis geplant, welches dazu dient Schulden abzubauen, das Eigenkapital zu äufnen und das 4-Säulen-Versprechen einzuhalten. Fehlen die aufgezeigten Erträge von ca. 5 Mio. Franken, so kann man das versprochene Ergebnis nur durch zusätzliche Einnahmen, wie beispielsweise höhere Steuern, was die SVP-Fraktion nicht will, oder eben Kosteneinsparungen einhalten. Martin Zellweger kommt nun zum Fazit. Aufgrund einer verzögerten Entwicklung des Einnahmenwachstums rechnet die SVP-Fraktion bei einer nicht-optimistischen Sichtweise mit einem um bis zu ca. 5 Mio. Franken tieferen Ertrag gegenüber dem AFP 2017-2021 für das Jahr 2019. Das für die langfristige Schuldensanierung und Eigenkapital-Sicherung geplante und dem Stimmvolk aufgezeigte Ergebnis kann so nicht erreicht werden. Also müssen Massnahmen geprüft werden, wie man mit dieser Situation umgeht. Aus diesem Grund gibt die SVP-Fraktion mit ihrer Motion dem Gemeinderat die Chance, auch die Variante „nicht-optimistisch“ frühzeitig vorzubereiten. Sie möchte sich frühzeitig auf ein Szenario einstellen und möchte vorbereitet sein, die Diskussion geführt haben, um dann nicht über Referenden und budgetlose Zustände klagen zu müssen, sondern zu wissen, worauf man sich eingelassen hat. Die SVP-Fraktion möchte eine komplette Auslegeordnung und da gehören auch unattraktive Massnahmen dazu. Sie möchte nicht Begründungen, was alles nicht gemacht werden kann. Es soll alles auf den Tisch, worüber man als Sparmassnahmen verfügt. Was letztendlich umgesetzt wird, zeigt dann die Diskussion. Martin Zellweger würde sich sehr wundern, wenn dieses Vorgehen von den restlichen Einwohnerratsmitgliedern nicht auch gewünscht würde. Abwarten und mal schauen wie es dann kommt, ist doch keine Option. Die Augen vor einem möglichen, negativeren Szenario zu verschliessen, ist ebenfalls keine Option. Diese Aufgabe auf das Parlament abzuschieben, ist definitiv keine Variante. Also soll dem Gemeinderat doch die Möglichkeit gegeben werden sich frühzeitig vorzubereiten, ohne bereits zur Umsetzung gezwungen zu werden. Bei Annahme der Motion wird der Gemeinderat den B+A vor Ende Juni 2018 vorlegen. Die Resultate der Diskussion werden dann in den Budgetierungs-Prozess einfließen können. Die SVP-Fraktion appelliert an die Weitsicht.

Laut Rolf Schmid, CVP/JCVP-Fraktion, ist die Gemeinde Kriens gezwungen, aufgrund seiner finanziellen Situation und der grossen Investitionen seinen Gürtel eng zu schnallen, manchmal noch enger aufgrund des verzögerten Wachstums. Martin Zellweger hat dies in seinen Ausführungen klar dargestellt. Immer wieder kommen Vorstösse, die den Gürtel noch enger schnallen wollen, so dass der Gemeinde der Schnauf genommen wird. Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt diese Motion ab und unterstützt die Haltung des Gemeinderates. Die Beantwortung bzw. Darlegung seiner Meinung ist aus ihrer Sicht sehr gut gemacht und nachvollziehbar dargestellt. Die Forderung des Motionärs, 3 % der Rechnung 2016 einzusparen, also rund 5.2

Mio. Franken, überspannen ihres Erachtens den Bogen. 5.2 Mio. Franken einzusparen hätte ein massiver Leistungsabbau zur Folge. Es wurde schon verschiedentlich darauf hingewiesen. Der Gemeinderat hat mehrmals bewiesen, dass er es mit der 4-Säulenstrategie ernst meint und den AFP konsequent darauf ausrichtet. Das Bevölkerungswachstum wird eintreffen. Man siehe die rege Bautätigkeit auf dem gesamten Gemeindegebiet. Abgesehen davon ist die Finanzabteilung mit der anstehenden Umstellung auf HRM2 und dem Budget 2018 sehr stark belastet und das bei sehr knappen personellen Ressourcen. Da die Gemeinde mit den Finanzen auf Kurs ist und schon mehrfach Diskussionen geführt worden sind, erachtet die CVP/JCVP-Fraktion diese Motion als unnötig und lehnt sie ab. Denn auch die Motion der SVP lebt von vielen Hypothesen.

Roger Erni, FDP-Fraktion, hat zu den Ausführungen von Martin Zellweger nicht mehr viel zu sagen. Er möchte nur zwei Inputs einbringen. Seit Jahren moniert die FDP-Fraktion das Gleiche, was Martin Zellweger aufgezeigt hat. Beim Gemeinderat Kriens geht es leider nicht ohne Druck. Der Motionär hätte auch 2 % oder 4 % fordern können und der Gemeinderat hätte bei beidem gesagt, dass es nicht geht. Der Kanton Luzern hat aufgrund eines Entscheides mit einem 1.3 Md. Franken Budget 60 Mio. Franken sparen müssen. Auf diese Umsetzung ist die FDP-Fraktion gespannt. Wenn Kriens gleich viel sparen müsste, wären es 10 Mio. Franken. Die FDP-Fraktion ist klar für Überweisung und hofft, dass der Gemeinderat, auch wenn die Motion abgelehnt wird, trotzdem das eine oder andere umsetzt. Wenn das stimmt was Martin Zellweger gesagt hat, dann gibt es keine Überschüsse, sondern Defizite.

Aus Sicht von Yasikaran Manoharan, SP-Fraktion, sollte das Wort "Sparen" zum Unwort des Jahres gewählt werden. Das Wort "Sparen" gibt nicht das her, was es verspricht. Es geht nicht um den positiven Gedanken, dass man etwas auf die Seite legen will, für später. Im finanziellen Kontext bedeutet "Sparen" immer Verzicht und ist gleichzusetzen mit Leistungsabbau. Und Leistungsabbau hat schlichtweg nichts mit guter Finanzpolitik zu tun. Für die Betroffenen ist es immer eine bittere und schmerzhaft Realität. Das beste Beispiel dazu bietet ja der Kanton Luzern, der nach wie vor orientierungslos ohne Budget dasteht. Gestern konnte man in der Medienmitteilung des Regierungsrates das Massnahmen-Packet nachlesen, was einen nur wütend machen kann:

- Beiträge an die Prämienverbilligung (inklusive für Kinder und Jugendliche) werden gestrichen
- An der Gesundheitsversorgung, Polizei, bei Integrationsangeboten wird gespart
- Enormer Abbau bei der Bildung ist zu erwarten, weniger Stipendien werden vergeben
- Abbau in der Kultur, wie zum Beispiel die Schliessung des Natur- und Historischen Museums

Und es ist jedes Mal das gleiche: Familien, Normalverdienende, Schulkinder, kranke Menschen, Studierende, de facto der einfache Bürger ist vom Leistungsabbau am meisten betroffen. Und wenn Kriens nun auch mit dieser Art Politik anfängt, die nur noch das Ziel verfolgt, Leistungen abzubauen, wird es in Kriens nicht lange gehen, bis man mit Kritik und Widerstand rechnen muss. Die SVP Kriens hat von Beginn an die 4-Säulenstrategie bekämpft und tut es auch jetzt noch. In Kriens braucht man aber keine Hau-Ruck Übung, sondern eine beständige und nachhaltige Strategie, die zum Ziel führt. Und mit dem eingeschlagenen Weg ist Kriens in der Gesamtbetrachtung gut unterwegs. Die SP-Fraktion hält an der 4-Säulenstrategie fest und hat das Vertrauen in den Gemeinderat. Der Gemeinderat zeigte sich kostenbewusst und hat seine Ausgaben im Griff. Man braucht nun etwas Geduld bis der Turnaround geschafft ist. Sparen auf Vorrat macht keinen Sinn insbesondere, da dadurch ein Leistungsabbau unumgänglich ist. Die SP-Fraktion ist klar gegen einen Leistungsabbau und daher einstimmig gegen die Motion.

Die Grüne/GLP-Fraktion möchte laut Erich Tschümperlin dem Gemeinderat für die detaillierte und fundierte Zusammenstellung danken. Sie lehnt die Motion aus folgenden Gründen ab. Wie der Gemeinderat schreibt, hat der Einwohnerrat im Rahmen des Budgets die Möglichkeit Sparanträge einzubringen. Zudem entwickelt sich die Einnahmenseite tatsächlich so, wie dies in der 4-Säulenstrategie angedacht war, wenn auch etwas langsamer. In Kriens sind momentan 1'000 Wohnungen im Bau. Er geht nicht davon aus, dass der Investor die Wohnungen dann nicht vermietet. Es ist mehr als nur optimistisches Wunschdenken, wenn gesagt wird, dass das Steuersubstrat ansteigen wird. Ein Sparpaket oder gar einen Kahlschlag kurz bevor die Einnahmenseite endlich ihren Beitrag leistet, wäre kontraproduktiv. Alle Einwohnerratsmitglieder wollen, dass Kriens als attraktive Gemeinde wahrgenommen wird. Die neuen Wohnungen sind ein wichtiger Teil davon. Wenn die Gemeinde nun mit einem drastischen Abbau bei den noch verbliebenen, frei bestimmbaren Ausgaben Schlagzeilen macht, schadet das weit mehr, als allenfalls ein zusätzliches Defizit für ein Jahr, wie dies Martin Zellweger befürchtet. Dasselbe gilt auch für die Investitionen ins Zentrum, Schappe Süd und Teiggi. In diese Attraktivitätssteigerung hat die Gemeinde viel investiert und einen positiven Effekt ausgelöst. Diesen sollte man nicht so kurz vor dem Sanierungsziel „ausgeglichene Rechnung“ verspielen. Standortfaktoren beinhalten weit mehr als nackte Zahlen. Schon beim Start des Zentrums und der notwendigen 4-Säulenstrategie war klar, dass dies alles zusammenhängt. Das muss man sich bei allen Massnahmen immer wieder in Erinnerung rufen. Aufgrund der sorgfältigen Begründung des Gemeinderates ist die Grüne/GLP-Fraktion überzeugt, dass er mit dem nötigen Augenmass aber auch der nötigen Härte das Ziel eines ausgeglichenen Budgets verfolgt und sich bewusst ist, was auf ihn zukommt, wenn es nicht erreicht wird. Der Einwohnerrat wird mit dem jeweiligen Budget und den aktuellen Zahlen zum entsprechenden Zeitpunkt die Möglichkeit haben, zusätzliche Sparvorschläge einzubringen, wenn dies als nötig erachtet wird. Die Gemeinde wird sich immer wieder mit Veränderungen auseinandersetzen müssen. Das finanzielle Desaster des Kantons machte eine langfristige Planung fast unmöglich. Und soll die Planung 2019 schon den von der SVP unterstützten Tunnel berücksichtigen? Erich Tschümperlin fragt sich, wie sich die SVP die künftigen Finanzen vorstellt, mit einem Tunnel, der die Krienser Rechnung mit mehreren Millionen jährlich belasten wird. Vorausschauende Planung in Ehren, aber was nützt sie, wenn man bei den Ausgaben die Vernunft verliert.

Beat Tanner versteht nicht ganz, dass man eine solche Auslegeordnung nicht machen will. Man vergibt sich ja gar nichts, sondern schafft Handlungsoptionen. Wenn der Worst-Case eintritt, weiss man schon, was gemacht werden kann. Dem Sprechenden ist keine Unternehmung bekannt, das nur auf einer Schönwetter-Strategie fährt. Auch keine grössere Stadt macht dies so. Diese machen eine solche Auslegeordnung, ohne das es das Parlament fordern muss. Die Risiken sind gross. Die Kostenabwälzungen des Kantons werden noch zunehmen. Er rechnet sogar damit, dass die Übernahme der Ergänzungsleistungen nicht mehr zum Kanton zurückgehen wird. Es sind Illusionen, dass die Gemeinde nach zwei Jahren wieder entlastet wird. In der Finanzplanung wurde dies eingestellt und trifft Kriens auch. Andere Gemeinden rechnen schon damit, dass die Mehrbelastungen bleiben. Beat Tanner kommt nun zum angesprochenen Wachstum. Klar werden viele Wohnungen gebaut. In der Gemeinde Emmen wurden auch viele Wohnungen gebaut und dort hat man Mühe diese zu vermieten. Er prophezeit, dass auch in Kriens nicht alle Wohnungen auf einen Stichtag vermietet werden können. Es dauert sicherlich 3-4 Jahre. Wenn mit dem ganzen Steuerertrag gerechnet wird, ist das nicht richtig. Das Wachstum ist nicht alles. Man muss auch wissen, ob es ein qualitatives Wachstum über der Steuerkraft ist oder nicht. Wenn der Sprechende Emmen anschaut, hat er Angst, denn diese Gemeinde wächst rasant. Aber mit dem Wachstum verliert Emmen. Das wird sicherlich ein Fusionskandidat. Die CVP geht mit der Ablehnung heute eine grosse Verantwortung ein, vor allem wenn durch jemanden aus ihren Reihen das Finanzdepartement geführt und auch der Zukunft nicht genug Rechnung getragen wird.

Anita Burkhardt-Künzler weist auf die gebetsmühlenartigen Aussagen der SVP hin, dass sie den Volkswillen umsetzen will. Am 28. Februar 2016 hat sich das Stimmvolk mit 70 % hinter das Budget und somit auch hinter die 4-Säulenstrategie gestellt. Sie ist der Meinung, dass man dies nun auch nochmals gebetsmühlenartig bringen kann. Die Gemeinde ist auf dem richtigen Weg und man soll es so laufen lassen. Niemand weiss, was die Zukunft bringt. Da gibt sie Recht, aber immer alles schwarz malen hat auch keine Zukunft. Sich tot zu sparen und als Gemeinde alles zu verbauen, weil überall gespart wird, kann nicht zukunftsweisend sein.

Räto Camenisch ist bereits seit 13 Jahren im Einwohnerrat und hat viele Budgets, Rechnungen und AFP gesehen. Es ist immer das gleiche Schema. Es wird immer alles nach dem Prinzip der Hoffnung hinausgeschoben. Am Anfang hat die SVP die 4-Säulenstrategie auch unterstützt, aber jetzt wird es zum 4-Säulenschwindel, weil immer alles hinausgeschoben wird. Der Beweis des Schwindels zeigt sich darin, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, diesen Vorstoss zu überweisen. Der Gemeinderat möchte nichts korrigieren. Beat Tanner hat bereits gesagt, dass sich jedes anständige Gemeindewesen Gedanken macht, wie die Kurve besser wird. Dazu gehören auch Reduktionsmassnahmen. Mit der Motion wird kein Beschluss verlangt, dass eingespart wird, sondern eine Auslegeordnung über diesen Betrag, was gestrichen werden kann. Es gibt Sachen darunter, die derart aus dem Giftschränk kommen, die der Rat sofort ablehnt. Das ist so, aber so hat man wenigstens darüber gesprochen. Man soll einmal wissen, wo geht die Linie durch geht, wo man etwas machen kann und wo nicht. Aber der Gemeinderat will gar nichts und einfach weiter wursteln. Es geht in Richtung Verschleierungstaktik. Mit dieser Art und Weise wird die Gemeinde finanziell an die Wand gefahren.

Gemäss Erich Tschümperlin wurde mehrfach behauptet, dass sich der Gemeinderat keine Gedanken macht und wurstelt. Er kann sich nicht vorstellen, dass sich der Gemeinderat keine Gedanken macht. So unbedarft kann man nicht sein. Dem Gemeinderat wird mit diesen Aussagen Unrecht getan. Der sogenannte 4-Säulenschwindel wurde bisher in Bezug auf Rechnung und Budget einigermaßen eingehalten. Er versteht diese Panik nicht ganz. Es gab eine ähnliche Situation bereits schon einmal. Der Gemeinderat hat gemerkt, dass es klemmt und hat dazumal die FGK eingebunden. Der FGK wurde ein dickes Dossier mit Posten vorgelegt. Alle Posten wurden einzeln durchgegangen und man hat geschaut, wo Einsparungen gemacht werden können. Diese waren als freibestimbare und gebundene Ausgaben markiert. Wenn der Gemeinderat merkt, dass es aus dem Ruder läuft, wird man dies sicherlich wieder machen. Heute weiss man nicht einmal welche Aufgaben 2019 den Gemeinden zufallen. Wenn man nun bereits Listen macht, die dann vielleicht obsolet sind, ist die Erstellung unnötig. Es wird ja nicht verlangt, dass etwas unternommen, sondern eine Auflistung gemacht wird. Der Gemeinderat würde somit nicht früher reagieren. Der Sprechende verlangt Zahlen vom Gemeinderat dann, wenn gehandelt werden muss. Er erwartet auch, dass zu diesem Zeitpunkt die KFG einbezogen wird und man wieder stundenlang die Posten durchgeht.

Martin Zellweger ist etwas erstaunt über die einzelnen Voten. Man spricht heute noch nicht davon, dass dann gespart wird. Mit der Motion möchte er dem Gemeinderat längerfristig Zeit geben, um dies vorzubereiten. Die Aussage, dass die SVP nun mit diesen Massnahmen gegen den Volkswillen ankämpft, kann er nicht verstehen. Bei der Abstimmung dieses Referendums wurden andere Zahlen vorgelegt, als dass jetzt in der Planung drin sind. Diese Zahlen sind nach unten gegangen. Das Referendum wurde mit anderen Zahlen verkauft und ist heute nicht so eingetroffen. Das muss einem auch bewusst sein. Wenn im nächsten AFP wieder alles nach hinten geschoben wird, hat der Gemeinderat nicht das gehalten, was er beim Referendum versprochen hat. Weiter wurde gesagt, man solle nicht in Panik ausbrechen. Das will der Sprechende eben nicht. Man soll vorausdenken und heute die Arbeit für den nächsten

Frühling vorbereiten. Es heisst nicht, dass man heute damit beginnen muss. So kann der Gemeinderat vor dem Budget etwas auflegen, was man dann auch genauer sieht. Der Sprechende wird gespannt auf die Zahlen warten und hofft, dass diese besser und die Sparmassnahmen dann gar nicht nötig sind.

Laut Anita Burkhardt-Künzler wurde die 4-Säulenstrategie mit dem damaligen Gemeinderat Paul Winiker ausgearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte die SVP die 4-Säulenstrategie noch. Wursteln zu unterstellen ist eine Frechheit. Bei der Budgetabstimmung wurden dem Stimmvolk Einsparungen aufgezeigt. Genau dort stand die SVP auf und sagte, dass mit diesem Giftschränk das Stimmvolk manipuliert wird, es Schwarzmalerei ist und es sicherlich nicht so raus kommt. Sie findet es amüsant, dass man jetzt wieder von diesem Giftschränk spricht. Diese Massnahmen sind immer noch vorhanden und können einfach vorgelegt werden. Wenn dann gewisse Massnahmen besprochen werden, kommt bestimmt die SVP als erstes und sagt, dass sie hier und dort nicht sparen möchte.

Rolf Schmid weist darauf hin, dass der aktuelle Finanzchef der CVP noch nicht einmal seit 3 Jahren im Amt ist. Vorher waren die Finanzen unter den Fittichen der SVP und nochmals vorher unter den der FDP. Hinter die gesamte Entwicklung kann man ein grosses Fragezeichen setzen. Es geht heute nur um die Auslegeordnung und nicht um Kürzungen. Er fragt sich, wie oft man diese Auslegeordnung noch machen will. Der Gemeinderat hat bereits aufgezeigt, wo Einsparpotential besteht bzw. was es heisst, wenn noch mehr Einsparungen vorgenommen werden müssen. Dieser Vorstoss ist nichts anderes als eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme für das Finanzdepartement, welches personell bereits eng geschnallt ist.

Alfons Graf stellt fest, dass der Sparwille bei der CVP und den Linken gleich null ist. Es wäre nur ein Versuch. Die 3 % wird man logischerweise nicht erreichen können. Die CVP und die Linken sind Weltmeister im Geld ausgeben. Der Sprechende hinterfragt auch das Sparen des Gemeinderates. Zurzeit läuft eine Volksmotion zur Reduktion der Löhne des Gemeinderates. Der Gemeinderat zögert es bis zur letzten gesetzlichen Frist hinaus. Der Gemeinderat hätte mit gutem Beispiel voran gehen können und den B+A früher dem Einwohnerrat vorlegen können. Jede und jeder, der diese Motion nicht unterstützt, hat kein Interesse am Sparen und nimmt die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler nicht wahr.

Gemäss Räto Camenisch hat der Kanton ja bekanntlich ein grosses Loch. Dieses ist da, weil mehr ausgegeben als eingenommen wird. Der Kanton möchte ja auch keine Systemänderung und beharrt auf dem Bestehenden, wie Kriens, und macht einfach ein paar Retuschen. Jetzt ist es passiert, weil noch ein paar Einnahmen vom Bund weggefallen sind. Etwas anderes als eine Steuererhöhung ist ihnen nicht eingefallen. Der Kanton wurde vom Volk zurückgepfiffen. Nun ist man vor dem Eklat und ist nicht mehr ratlos. Die Linken des Kantonsrates wurden abgehängt und die Rechten unternehmen inklusive der CVP etwas, um den Staat wieder zu sanieren. In Kriens ist die CVP leider noch nicht so weit. Auf jeden Fall kommt im Kantonsrat eine Lösung zu Stande. Diese Lösung wird skizziert und es gibt einen runden Tisch. Das ist genau das, was man in Kriens nicht auch machen soll, sondern man muss bereits vorher denken. Deshalb begreift er nicht, weshalb Gewisse die Motion nicht überweisen wollen, nur weil diese von der SVP eingereicht wurde. Beim Kanton hilft die CVP mit, die Probleme zu lösen. Räto Camenisch weiss nicht, was die CVP Kriens schlussendlich möchte.

Davide Piras möchte auf folgendes hinweisen. Diejenigen, die zu dieser Motion ja sagen, sagen ja zu folgendem:

- Stellenabbau im Unterhalt
- Schwimmunterricht wird abgeschafft
- Betreuungsgutscheine werden nicht mehr herausgegeben
- Vereinsbeiträge werden gestrichen
- Telebus, Bellpark, Sonnenbergbahn werden nicht mehr unterstützt
- Erhöhung der Gebühren bei Baubewilligungen, Musikschule, Tagesstrukturen, Parkplätze, Spitex, Hauswirtschaft, Billettsteuer für Vereine etc.

Mit diesen Massnahmen könnte die Gemeinde sparen. Die Desinvestitionen sollten am besten gestoppt werden. Aber nein, hier ist man schizophoren. Hier wird gesagt, dass diese doch wichtig sind, wie die Sanierung der Schulhäuser Meiersmatt und Brunnmatt. Auch die Sportanlage Kleinfeld wurde einstimmig im Einwohnerrat angenommen. Das ist auch richtig so. Aber man soll mit dieser Motion nicht schizophoren sein und bei anderen Sachen für die Realisierung sein. Das geht einfach nicht. Beim Leistungsabbau könnte beispielsweise auch die Gemeindebibliothek, Infobar, KiG und Sozialinspektor abgeschafft werden. Dann erreicht die Gemeinde das geforderte Ziel. Aber das Volk wurde gefragt, ob es auf diese Sachen verzichten will und das Volk sagte nein. Also muss auch die SVP den Volkswillen entgegennehmen und auch diese Richtung weiterfahren. Man soll gradlinig sein.

Erich Tschümperlin hat Räto Camenisch schon zugehört, dass es nun einen runden Tisch braucht, damit es weiter geht. Er kann sich an Zeiten erinnern, als Peter Portmann im Einwohnerrat garantierte, dass Steuersenkungen ohne jeglichen Leistungsabbau möglich sind. Die Liegenschaftssteuern wurden abgeschafft. In der Zeitung wurde davon gesprochen, dass die Mieten sinken werden. Das fehlt nun alles. In den letzten 10 Jahren machte die Gemeinde gut acht Steuersenkungen. Nun ist man in der Politik der Sachzwänge und es kann nicht mehr ausgegeben werden, als das man hat. Den Leuten wurde gesagt, dass es ohne Komforteinbusse möglich ist. Das sieht man heute beim Kanton und den Gemeinden. Deshalb ist er nicht bereit auf Teufel komm raus zu sparen. Zuerst müssen die Versprechen eingehalten werden, welche gemacht wurden.

Martin Zellweger bedankt sich bei Davide Piras für die Aufzählung. Mit dieser Prüfung muss ja gar nichts mehr gemacht werden, da bereits alles aufgezählt wurde. Er sieht auch, dass Polemik wichtiger ist als die Sachlichkeit. Er erinnert an das mögliche Szenario, welches sehr möglich eintreffen kann. Die Gemeinde hat die Chance dies zu prüfen. Man kann dies verneinen, wegschauen oder auch nach vorne schauen. Den zukunftsgerichteten Weg ist er gewohnt und kennt er.

Rolf Schmid kommt auf das Wort Polemik zu sprechen. Er ist auch für eine sachliche Diskussion und es passiert im Einwohnerrat auch sehr sachlich. Von Seiten der SVP wird sehr viel Polemik gemacht. Heute hat man dies schon mehrmals gehört. Wenn nun einmal von der anderen Seite auch etwas schärfer argumentiert wird, darf man nicht gleich die beleidigte Leberwurst sein.

Davide Piras macht keine Polemik. Er hat die Aufzählung aus den Unterlagen des Gemeinderates zur Abstimmung. Das ist Sachpolitik, die hier geführt wird. Auf diese Aufzählung können alle zugreifen. So sieht man wo gespart werden kann. Denjenigen, die gegen diese Motion sind, geht es nicht um Polemik, sondern darum, dass sie in diesen Punkten nicht sparen möchten. Sie wollen ein lebenswertes Kriens mit Schwimmunterricht und den anderen genannten Positionen.

Laut Franco Faé möchte der Gemeinderat an seinen Zielen festhalten. Selbstverständlich hat dieser Weg Risiken. Abweichungen und Massnahmen, die die Gemeinde ergreifen muss und nicht durch sie selber beeinflussbar sind, sind da. Alle wissen was KP17 bringt. Auch gibt es ein neues Finanzleitbild des Kantons. Der VLG und die K5-Gemeinden haben reagiert. Nächste Woche findet eine Sitzung der K5 Gemeinden statt, wo man sich ausführlich über die angekündigten Massnahmen unterhält. Beat Tanner meinte, dass es illusorisch ist zu denken, dass die Ergänzungsleistungen wieder vom Kanton übernommen werden. Es war eine klare Forderung der Gemeinden, dass diese wieder an den Kanton zurückgehen. K5 wird ganz sicher dafür kämpfen. Man weiss, was das heisst. Dort haben die Gemeinde nichts zu beeinflussen und man muss aufpassen, dass nicht noch mehr Massnahmen des Kantons angenommen werden, bei denen die Gemeinden hoffnungslos ausgeliefert sind und nicht selber bestimmen können. In der Diskussion zum Budget und AFP ist die Mitsprache des Einwohnerrates gefragt und auch gewährleistet. Der Gemeinderat zeigt zuerst seinen Weg auf. In den Schlechtwetterlagen hat der Gemeinderat mögliche Massnahmen immer angezeigt. Davide Piras hat darauf hingewiesen und in der Begründung wurden diese auch aufgeführt. Diese wurden schon sehr ausführlich diskutiert. Es stimmt nicht, dass der Gemeinderat nichts Optimistisches hat. Er hat mit den Zentrumsbauten sehr viel Optimismus an den Tag gelegt. Viele beneiden Kriens, dass man diesen Schritt gewagt hat. In LuzernSüd und im Zentrum sieht man eine Entwicklung. Wenn nun bereits mit Leerwohnungsbeständen gerechnet wird, fragt er sich, ob die Investoren alle nicht rechnen können. Franco Faé glaubt daran. Alle anstehenden Projekte werden ganz bestimmt ein Wachstum bringen. Wenn symbolisch gesagt wird, dass Kriens die Kurve kriegen muss, dann ist das richtig. Aber wenn von auswärts Hindernisse in den Weg gelegt werden, die nicht vorhersehbar sind, kann Kriens diese nicht beeinflussen. Hindernisse müssen umfahren werden und dies bedeutet, dass man einen längeren Weg gehen muss. Deshalb ist auch etwas Geduld gefragt. Er ist nach wie vor zuversichtlich und nicht zuletzt zeigt dies auch die Steuerkraft, die ist im Jahr 2016 gestiegen ist.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Zellweger: Frühzeitige Prüfung Sparpaket 2019 (Nr. 053/17)

Die Motion wird mit 15:13 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	Enthaltung
Tanner, Beat	ja

Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

13. Postulat Ercolani: Fachbegleitungen für Beschaffungen

Nr. 057/17

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Da der Gemeinderat das Postulat ablehnt sah Enrico Ercolani sich gezwungen, zusätzlich zu den bereits im Postulat erwähnten Begründungen, am 14. Juni 2017 und 21. Juni 2017 weitere Fakten nachzuliefern. Es war eigentlich nie sein Ziel, diese unerfreulichen Zustände zu veröffentlichen. Die ablehnende Haltung des Gemeinderates zwang ihn dazu. Nebenbei hat er im Voraus dem Gemeinderat mitgeteilt, dass er dies bei einer Ablehnung machen wird. Als gewählter Einwohnerrat fühlt Enrico Ercolani sich verpflichtet Bürgerinnen und Bürger vor Schäden mit sehr hohen Kostenfolgen zu schützen. Er hofft nun, dass die Einwohnerratsmitglieder seine zusätzlichen Informationen gelesen haben und ist überzeugt, dass auch sie mit der heutigen Situation nicht glücklich sein können. Deshalb hier noch einige Fakten. Im Maler- und Gipsergewerbe wird die Fachbegleitung heute noch in vielen Fällen erfolgreich genutzt. Die Fachbegleitung hat Enrico Ercolani als Präsident der Luzerner Maler 2002 gegründet. Er arbeitete die Details dazu aus. Grundlagen und Gründe dazu waren:

- Betrug am Bau und damit konnten auch vielfach die Begründungen wegen den grossen Preisunterschieden klargestellt werden
- Untaugliche Offerte, die ohne Fachkenntnis keine Qualitätsangaben und Spekulationen zulassen
- Prävention zu Schadensverhinderung
- Schutz der Bauherren, Architekten und Bauleiter
- Weniger Streitereien am Bau
- Bessere Qualität für weniger Kosten, sofern die Fachbegleitung richtig eingesetzt wird

Was auf der Baustelle Schappe Süd abläuft ist heutiger Alltag im Neu- und Umbau. Nur berufsbezogene Fachbegleitungen, von der Offerte bis zur Abrechnung, können wirklich Abhilfe schaffen. Damit Fachbegleitungen kostengünstig und effizient eingesetzt werden können, braucht es wiederum viel Fachwissen. Das Gemeindepersonal muss entsprechend geschult werden. Enrico Ercolani weist nochmals darauf hin, dass er weder den Gemeinderat, noch Angestellte der Verwaltung kritisieren will. Sie haben unendliches Vertrauen zu Unternehmen, Architekten und Bauleitern. Dieses ist leider, wie es sich einmal mehr zeigt, nicht immer gerechtfertigt. Die Begründung hat er auch in seinen Informationen vom 14. Juni 2017 und 21. Juni 2017 geschrieben. Architekten und Bauleiter bestätigen ihm immer wieder, dass sie von der heutigen Situation am Bau überfordert sind. Immer weniger qualifiziertes Personal, neue Vorschriften und immenser Preis- und Termindruck bleiben nicht ohne Folgen. Die Schäden, die durch unqualifizierte Planungen und Arbeiten entstehen, bezahlt zuletzt der Steuerzahler. Die Gebäudeunterhaltskosten werden entsprechend strapaziert. Enrico Ercolani wiederholt sich nicht gerne, aber ein Argument der Gegner, dass Fachbegleitungen mehr kosten, ist absolut falsch. Es ist bewiesen und leicht nachvollziehbar, dass Fachbegleitungen Kosten sparen. In den meisten Fällen schon während der Bauzeit mit Sicherheit aber mittel und langfristig. Auch darüber hat er am 14. Juni 2017 und 21. Juni 2017 geschrieben. Noch ein Wort zur Festlegung von Materialqualitäten bei Ausschreibungen. Stellt man sich vor, man will ein Auto kaufen und schreibt drei Garagen für eine Offerte ohne Angaben von Grösse, Farbe, PS etc. an. Auf Anfrage der Garage, was man will teilt man mit, dass sie nichts von Autos verstehen

und man soll doch einfach eine Offerte machen. Man bekommt dann die Offerten und ist über die Preisunterschiede total erstaunt. Man hat doch bei allen ein Auto bestellt. Da kann doch etwas nicht stimmen, da will sich jemand ungerechtfertigt bereichern. Die Anwesenden haben ihn sicherlich verstanden. Tatsache ist, dass der grösste Teil der Offerten ohne Fachbegleitung genau nach diesem Modell ausgeschrieben werden. Der Normpositionen-Katalog lässt nur mit Fachwissen Qualitätsbestimmungen zu. Enrico Ercolani hat eigentlich erwartet, dass der Gemeinderat auf Grund seiner Begründungen seinen Entscheid der Ablehnung rückgängig macht nach dem Motto: „Es ist nie verboten, einsichtig zu werden!“ Dem Gemeinderat soll geholfen und deshalb das Postulat überwiesen werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Anita Burkhardt-Künzler ebenfalls für eine Ablehnung dieses Postulats. Die Problematik die Enrico Ercolani mit seinem Postulat verfolgt, ist für alle sicher eine Nachvollziehbare. Man spürt seine Leidenschaft, mit welcher er für seine Sache brennt, auch anhand seines Mailverkehrs. Die CVP/JCVP-Fraktion versteht dieses Anliegen zwar und es ist auch in vielen Punkten begreiflich, möchte er doch damit viele Schäden und Kosten verhindern, doch ist es für sie eine zurzeit unnötige Variante. Der Gemeinde stehen genügend gut ausgebildete Spezialisten zur Verfügung, welche viel Fachkompetenz besitzen, um allfällige Fehler zu erkennen und frühzeitig zu reagieren. Ausserdem wurde erst kürzlich in diesem Rat ein Beschaffungsreglement für die Gemeinde Kriens verabschiedet, welches vom Postulanten selber angeregt wurde. Er selbst sagt, er sei „der Vater dieses“. Die gemeindeeigenen Fachleute sind ihres Erachtens durchaus in der Lage anhand vom neuen, ausführlichen Reglement Ausschreibungen durchzuführen, welche garantieren, dass jene Unternehmen den Zuschlag erhalten, welche auch die notwendigen Ausbildungen haben. So sind Unternehmen, welche Fachpersonal mit höherer Fachprüfung beschäftigen, durchaus in der Lage die von ihnen geforderten Aufgaben fachgerecht zu erfüllen. Lässt man doch erst einmal dieses Beschaffungsreglement greifen, bevor man den „Gemeindeapparat“ durch neue Bestimmungen zusätzlich belastet. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass durch die richtigen Ausschreibungen schon vieles verhindert werden kann. Sie dankt dem Postulanten für seinen Herzbluteinsatz. Sie ist jedoch aus den zuvor genannten Gründen gegen eine Überweisung desselben.

Martin Zellweger, SVP-Fraktion meint, dass Enrico Ercolani mit seinem Postulat einen wichtigen Beitrag, direkt aus der Praxis des Bauwesens bringt. Die Beschaffungen im Baubereich sind meist umfangreiche Investitionen mit nachhaltiger Wirkung. Eine gute Qualität auf lange Zeit ist deshalb sicher ein wichtiger Faktor, auch wenn es darum geht, die Kosten langfristig zu kennen und im Griff zu halten. Die Ausführungen von Enrico Ercolani sind umfassend und gut nachvollziehbar. Die Vielfalt aber auch Komplexität des Baugewerbes stellt hohe Ansprüche auch an den kompetenten Bauherrn. Dies leuchtet ein. Selbstverständlich ist bei einer solchen Auflage immer die Gefahr, dass die Bürokratie ausgedehnt wird und dadurch Mehrkosten entstehen. Darauf ist bei einer Umsetzung natürlich unbedingt zu achten. Die SVP-Fraktion kann den Ausführungen von Enrico Ercolani zum Einbezug von Fachbegleitungen in seinen Begründungen und der aufgezeigten positiven Wirkung auf die Qualität und letztendlich die langfristigen Kosten der Bautätigkeit sehr gut folgen. Aus diesem Grund unterstützt sie sein Postulat. Ob ähnliche Fachbegleitungen in anderen Bereichen, wie beispielsweise beim Internet/Extranet und Webauftritt angebracht wären und letztendlich langfristig Kosten reduzieren würden, lässt er mal dahingestellt.

Yasikaran Manoharan, SP-Fraktion, hat für diesen Vorstoss lobende aber auch kritische Worte zu vergeben. Wie Enrico Ercolani es schon erwähnt hat, hat sich das Bauen über all die Jahre massgebend verändert. Nicht nur die Bauart hat sich wesentlich verändert, sondern auch die gebäudetechnischen Anforderungen sowie der Anspruch an Wohnkomfort sind ge-

stiegen, Normen / Vorschriften und Gesetze sind verschärft worden, eine Vielzahl an neuen Bauprodukten überfluten jedes Jahr den Markt und neue Berufsgattungen entstehen im Baugewerbe. Gleichzeitig müssen Planer und Ausführende, Projekte in Rekordzeiten umsetzen. Beispielsweise muss aktuell ein Luzerner Büro mit einem gewonnen Architekturwettbewerb innerhalb von 3,5 Jahre 120 Mio. Franken verbauen, was höchst ambitioniert ist. Gleichzeitig muss auch der digitalen Entwicklung in der Baubranche Achtung geschenkt werden. Das BIM, Building Information Modelling oder auf Deutsch Bauwerksdatenmodell, wird das Bauen in den kommenden Jahren wesentlich mitbeeinflussen. Auch die Bauabteilung der Gemeinde Kriens wird von dieser Entwicklung nicht verschont bleiben. Und auch hier gilt der Grundsatz, wie so oft: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Zusammenfassend, ein unglaublicher Zeit- und Kostendruck lastet auf Planern und Ausführenden in der Baubranche. Weshalb Yasikaran Manoharan so eine lange Einleitung vorliest ist, dass er aufzeigen möchte, dass das Bauen um einiges komplexer und undurchschaubarer geworden ist, als sich manch einer vorstellen kann. Im baulichen Gewerbe gibt es mittlerweile über 130 fachspezifische Berufsgattungen und der Planer wird nahezu gezwungen, sich je nach definierten Bauaufgaben in den Fachbereich einzuarbeiten und für die Devisierung den Leistungsumfang zu definieren. Und dazu braucht es gute technische Kenntnisse und viel Erfahrung um Leistungen in den einzelnen Gewerken beurteilen zu können. Und auf der Baustelle muss der Bauleiter sicherstellen, dass alle diese Arbeiten korrekt ausgeführt werden. Der Bauherr erwartet einen fehlerfreien Bau, der auch Jahre nach der Garantieabnahme schadensfrei nutzbar ist. Um das aber zu erzielen, braucht es das Vertrauen zu guten Unternehmern und eben auch berufsspezifische Experten, welche als Fachberater die Arbeiten begleiten und abnehmen. Die SP-Fraktion wird sich nicht für eine Luxuslösung oder eine „Nice to have“-Lösung einsetzen. Jedoch kann sie die Gedankengänge von Enrico nachvollziehen und Lösungsansätze in dieser Richtung befürworten. Für den Einsatz von solch einer Fachbegleitung sprechen folgende Punkte:

- Eine Fachbegleitung kann dazu beitragen, fehlerhafte Ausführungen oder Schadenfälle zu verhindern. Aber eine Fachbegleitung kann auch dazu beitragen, bereits bei der Planung und Ausschreibung Optimierungen bei den Kosten und Aufwand zu erkennen. Eine Fachbegleitung wird sicherlich kostenintensiv sein, dafür könnte über die Gesamtbetrachtung und auch langfristig gesehen wiederum Kosten gespart werden.
- Fachbegleitung gibt den Planern, der Bauleitung und vor allem den Bauherren mehr Sicherheit. Die Arbeiten müssen von den Begleitern kontrolliert und abgenommen werden. Das setzt den Unternehmer unter Druck, seine Arbeiten korrekt und gewissenhaft auszuführen. Fehler am Bau können nie zu 100 % ausgeschlossen werden, aber somit wesentlich vermindert.
- Bei einer Fehlberatung müsste die Fachbegleitung haften.
- Die Qualität der Arbeiten können verbessert werden.
- Somit könnten Betrug und Missbrauch bei der Vergabe von Bauleistungen eingedämmt werden.

Was aber dagegen spricht, sind folgende Punkte:

- Bei welcher Arbeitsgattung fängt man an eine Fachbegleitung einzusetzen und wo hört man auf? Wie viele Fachbegleitungen will man beiziehen und was passiert, wenn sich diese Berater widersprechen. Was passiert, wenn der Berater mit dem Unternehmer uneinig ist und es zu Unstimmigkeiten führt, weil der Unternehmer nicht einverstanden ist, dass eine Drittperson über seine Arbeit urteilt? Im Grunde genommen kann sich dies zu einem Rattenschwanz entwickeln, was für Planer und Bauherr zu einem Fiasko führen kann.
- Bereits jetzt werden zu bestimmten Projekten Controlling-Stellen, Spezialisten und Fachvereine zur Beratung beigezogen. Zudem werden bereits Planer-Submissionen nach vordefinierten Kriterien ausgeführt. Diese beiden Massnahmen erlauben bereits eine Qualitätssicherung und wären die günstigere Alternativen zu Fachbegleitungen.

- Der letzte Punkt ist umstritten, nämlich der Kostenpunkt für die Fachbegleitung.

Die SP-Fraktion anerkennt die Arbeit der Bauabteilung. In den letzten acht Jahren konnten über 100 Mio. Franken verbaut werden, die Kosten wurden eingehalten und die Qualität sichergestellt. Nur eines bleibt zu bedenken. Wie gut es verbaut ist, wird man erst in 5, 10 oder 20 Jahren erkennen. Und die Mängel, die beim Schappe Süd aufgetaucht sind, kann man leider auch nicht klein reden. Ganz zu schweigen von den hohen Nachtragskrediten. Vielfach kommen solche Fälle gar nicht zum Vorschein. Da kommt der Sprechende gleich zum Kritikpunkt an Enrico Ercolani, den er zu Beginn angedroht hat. Er findet es hoch kritisch, wenn Einwohnerratsmitglieder oder Drittpersonen auf der Baustelle ihre Runden drehen, für Unruhe sorgen und abschliessend noch den Gemeinderat öffentlich auffordern, die Arbeiten an einen anderen Unternehmer zu vergeben. Hierbei werden klar Grenzen überschritten und die Kompetenzen von Gemeinderat und Bauabteilung und darüber hinaus die Kompetenzen des Architekten und der Bauleitung überschritten. Zudem löst das Schlechtreden von einzelnen Unternehmern auf der Baustelle Unruhe und unnötige Diskussionen aus, die an die Öffentlichkeit geraten. Dass Enrico Ercolani Fehler entdeckt hat, ist ja gut, aber es wäre der richtige Weg gewesen, wenn er mit den Fehlern zum Gemeinderat gegangen wäre und die Probleme von der Bauabteilung gelöst werden. Die SP-Fraktion möchte, falls das Postulat durchkommt, eine schlanke, kostengünstige und planer- und bauherrenfreundliche Lösung präsentiert haben. Da die SP-Fraktion in dieser Frage Unstimmig ist, wurde eine Stimmfreigabe beschlossen.

Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt laut Leo Sigg die Forderung des Postulanten vollumfänglich. Gerade im Baugewerbe ist eine fachkundige Begleitung unumgänglich, was wohl jeder bestätigen kann, der schon mal einen Umbau oder ähnliches vornehmen liess. Die Schäden für nachträgliches Sanieren sind immens. Aber vielfach wird vergessen, dass bei solchen Schäden meistens auch ein Rechtsstreit entbrennt, bei dem die Kosten auch immens sind. Wenn sich also bereits ein grösserer Schaden vermeiden lässt, rechnet sich die Fachbegleitung für Bauprojekte bereits. Entsprechend geht die Grüne/GLP-Fraktion auch davon aus, dass sich die Fachbegleitung mehr oder weniger kostenneutral auf die Rechnung auswirkt. Nach diesen Ausführungen ist sie für die Überweisung des Postulats.

Enrico Ercolani möchte noch Fragen beantworten. Die Abweisung der Fachbegleitung durch Unternehmer gibt es nicht. Auf jeder Offerte steht zum Vornherein, dass sich der Bauherr vorbehält die Fachbegleitung einzusetzen. Der Unternehmer weiss vor Abgabe der Offerte, dass er damit rechnen muss. Es ist nicht die Meinung, dass für jede Arbeit die Fachbegleitung eingesetzt wird. Aber jeder Beruf hat Schwachstellen bei denen am gleichen Ort immer wieder Fehler passieren. Jeder Fachexperte kennt diese Schwachstellen. Wenn das Postulat überwiesen wird, muss er mit diesen Leuten zusammensitzen und ein Papier ausfertigen, wo ein Fachbegleiter eingesetzt wird und wo nicht. Jede richtig eingesetzte Fachbegleitung bringt Geld und kostet weniger, als dass sie bringt. Das ist eine absolute Sicherheit. Anita Burkhardt-Künzler hat das Beschaffungsreglement angesprochen. Es ist richtig, dass dieses Reglement erheblich zu einer besseren Qualität beiträgt, wenn bei zukünftigen Ausschreibungen nachgefragt wird, welche Ausbildung die ausführenden Personen haben. Heute gibt es leider sehr viele Firmen, bei denen der Chef und die Arbeiter nie eine Lehre absolviert haben. Diese führen Arbeiten aus, bei denen sie vollkommen überfordert sind. Deshalb braucht es Fachleute, die dies sehen und auch aufdecken. Den Vorwurf, dass er etwas entdeckt hat, nimmt er entgegen. Der Gemeinderat hat aber nicht reagiert, als er es ihm gesagt hat. Mit der Ablehnung des Postulats hat der Gemeinderat zwar schon reagiert. Enrico Ercolani wollte es aber gar nicht an die Öffentlichkeit bringen. Der Gemeinderat wollte leider nicht mitarbeiten. Er hatte deshalb keine andere Wahl.

Davide Piras hat eine Frage zu Rechtsstreiten. Was ist wenn sich ein Fachplaner irrt und ein Fehler gemacht wird? Wer haftet dann?

Wenn der Kantonsbaumeister auf Enrico Ercolani gehört hätte, würde das Dach des KKL heute nicht 13 Mio. Franken kosten. Dieser fragte den Sprechenden dazumal wer die Fachbegleitung bezahlt. Enrico Ercolani möchte den Kantonsbaumeister heute gerne fragen, wer nun heute das Dach bezahlt. Im Maler- und Gipserunternehmerverband gibt es eine Versicherung, die auch ein Architekt abschliessen kann. Wenn dieser eine Fehlberatung macht, ist dies von der Versicherung gedeckt. Man kann nicht einfach einen Fachbegleiter holen, sondern muss ganz klar schauen, was dahinter steckt. Es ist nicht so einfach.

Rolf Schmid hat sich mit einem Spezialisten unterhalten, der auch viele Fachbegleitungen macht. Er bestätigte ihm, dass dies eine grenzwertige Geschichte ist, was hier gefordert wird. Enrico Ercolani hat das Dach des KKL angesprochen. Die Stadt Luzern musste diese 13 Mio. Franken bezahlen, weil diese Firma Bankrott ging. Es hätte auch ganz anders sein können. Es sind Fehler passiert, doch die ausführende Firma konnte nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Enrico Ercolani argumentiert vom Gipser- und Malergewerbe her. Gerade in diesem Gewerbe wurde lange Schindluderei getrieben. Es wurden viele Sachen gemacht, die sich im Baugewerbe nicht gehören. Es geht nicht, dass man überall einen Fachbegleiter hat und schaut, dass alles richtig gemacht wird. Der Sprechende macht dies auch nicht, wenn er sein Auto in die Garage bringt. Er steht nicht dahinter und schaut, ob der Mechaniker genau das macht, was auch nötig ist.

Gemäss Franco Faé zeigt die Beantwortung des Gemeinderates auf, worum es geht und wie bisher gearbeitet wurde. Er kommt nochmals auf das Schappe Süd zu sprechen. Es ist eine Altbau-Baustelle, die alle vor grosse Herausforderungen stellt. Es gibt auch Mehraufwand, als bei einem Neubau. Die Architekten, die Bauleitung und die Gemeinde sind sich der grossen Herausforderung bewusst. Die erste Meldung von Enrico Ercolani kam in Bezug auf die Isolation. Er weist in aller Form zurück, dass der Gemeinderat nicht reagiert hat. Der Sprechende hat dies sofort weitergeleitet. Ohne seine Intervention erhielt er die Rückmeldung, dass dies bereits festgestellt wurde und man dem nachgegangen ist. Auf die Meldung hin ist man diesem Mangel intensiver nachgegangen. Ein Beispiel beim Schappe zeigt auch die Malerarbeiten, welche durch den Sohn des Postulanten ausgeführt werden. Auch dort konnte man erst nach den ersten Arbeiten am Verputz feststellen, welche Arbeiten anstehen. Das ist bei einem Altbau nun einmal so. Man hat sich bereits im vornherein darüber Gedanken gemacht und wusste es dann. Es wurde nochmals beurteilt und anders ausgeführt, als geplant. Auch die Meldungen der Holzverkleidungen wurden umgehend weiter gemeldet. Der Bauleiter hat dies bereits auch schon festgestellt und hat darauf reagiert. Die dritte Meldung zu den Ausführungen der Isolationsarbeiten hat der Sprechende umgehend gemeldet. Diese Arbeiten waren bereits abgeschlossen. Aufgrund dieser Meldung hat die Immobilienabteilung den Bauphysiker beauftragt. Dieser wird die Mauer teilweise nochmals öffnen. Das Resultat ist noch ausstehend. Der Gemeinderat ist gespannt, was dort herauskommt. Noch immer ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Vorbereitungen der Immobiliendienste und der Fachplaner korrekt sind. Man muss auch unterscheiden zwischen Fachplaner und Fachbegleiter, denn das ist nicht dasselbe. In den letzten Jahren sind in Kriens keine gravierenden Schäden vorgekommen, weil auf bewährte Unternehmer gesetzt wird, die auch einen guten Ruf haben. Der Vorstoss von Anita Burkhardt-Künzler steht aber im Widerspruch, denn dieser fordert, dass weniger Fachplaner eingesetzt werden sollen. Sein Fazit ist, dass man einen grossen Unterschied zwischen einem Alt- und Neubau machen muss. Beim Neubau des Zentrums Pilatus setzt die Alfred Müller AG überhaupt nicht auf Fachbegleitungen, sondern setzt alles mit den eigenen Fachplanern um. Der Gemeinderat hat sich gefragt, ob der Vorstoss der richtige Weg

war. Er ist froh um Feststellungen und nimmt diese gerne entgegen, aber vielleicht nicht so, wie es Enrico Ercolani in letzter Zeit gemacht hat. Die Abteilung Immobiliendienste wird Enrico Ercolani noch kontaktieren, um mit ihm an einen Tisch zu sitzen, um das Zukünftige zu besprechen. Der Beizug eines Fachplaners kann etwas bringen. Es gibt aber auch dort keine Garantie. Der Gemeinderat hat Vertrauen in sein Personal und glaubt, dass man ohne Fachbegleitung auf dem richtigen Weg ist. Dies schliesst jedoch nicht aus, bei einem anderen Projekt jemanden einzubeziehen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Ercolani: Fachbegleitungen für Beschaffungen (Nr. 057/17)

Das Postulat wird mit 20:9 Stimmen überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

14. Motion Rösch: Planungskredit für Neubau Restaurant Parkbad Kleinfeld

Nr. 058/17

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

15. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Raphael Spörri bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 7. September 2017.

Heute schliesst Raphael Spörri nicht mit einem Zitat, sondern mit ein paar Worten seinerseits. Es ist noch etwas früh um Rückschau zu halten. Trotzdem darf man auf das Erreichte stolz sein. Hat der Einwohnerrat doch einige wichtige Geschäfte beraten und beschlossen, hat sich ausgetauscht und ja, manchmal auch gestritten. Dies muss aber eine gelebte Demokratie aushalten und so hat der Einwohnerrat mit seinen Beschlüssen Kriens weiter gebracht. Davon ist der Sprechende überzeugt. Auch wenn Sieg und Niederlage in der Politik manchmal nahe beieinanderliegen, kann sich ein Jeder sicher auf beiden Seiten wieder finden. Im nächsten Amtsjahr wird eine neue Kraft hier sitzen. Raphael Spörri rät ihm bereits heute die Sommerferien zu geniessen, denn die Arbeit wird nicht weniger. Er wünscht allen eine schöne Sommerzeit, schöne Ferien und Zeit ohne Aktenstudium, Kommissions- und Fraktionssitzungen und politischen Auseinandersetzungen. Raphael Spörri dankt für die Arbeit und das Engagement zum Wohle von Kriens.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt. Die Sitzung schliesst um 19:20 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Raphael Spörri

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp